

A2 EP-WS Was uns schützt.

Antragsteller*in: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 11.09.2023)

Antragstext

1 Liebe Wählerinnen und Wähler,
2 am 9. Juni 2024 haben Sie die Wahl. Wir stehen vor der Entscheidung, ob wir das
3 erhalten,
4 was uns stärkt, und das stärken, was uns schützt. Es geht um nicht weniger als
5 unseren
6 Frieden und Wohlstand.

7 **Woher wir kommen: ein Europa, das Frieden** 8 **schaft**

9 Es ist die größte Errungenschaft unseres Kontinents: Wo noch vor wenigen
10 Jahrzehnten
11 Europäer gegeneinander auf dem Schlachtfeld kämpften, überwiegen nun Zutrauen
12 und
13 Zusammenhalt. Wo einst Frontlinien und Stacheldraht trennten, später dann Mauern
14 und
15 Grenzposten, verbindet nun das Bekenntnis zu Freiheit, Rechtsstaat und
16 Demokratie.

17 Aus Feinden sind Nachbarn, aus Nachbarn längst Freunde geworden.

18 Die Europäische Union steht in einer Welt voller Konflikte als Garantin für
19 Schutz und

20 Frieden: Es ist gar nicht lange her, da klang das noch für viele wie
21 selbstverständlich. Mit

22 dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zerbrach diese Gewissheit.

23 Dieser Krieg richtet sich gegen den Willen der Ukrainerinnen und Ukrainer, in
24 Frieden zu

25 leben. Er richtet sich gegen ihren Wunsch, Teil der europäischen Familie zu sein
26 und zu

27 bleiben. Er richtet sich aber auch gegen europäische Werte, gegen Demokratie und
28 Menschenrechte – und erinnert uns daran, welchen Schutz die Europäische Union

29 für uns alle

30 bedeutet.

31 In einer Welt, deren Herausforderungen mitnichten an nationalen Grenzen
32 haltmachen, kann ein

33 starkes und geeintes Europa die Sicherheit bieten, nach der sich so viele
34 Menschen sehnen.

35 Denn wo die Durchsetzungskraft des einzelnen Nationalstaates endet, fängt die
36 der

37 Europäischen Union erst an.

38 Vor diesem Hintergrund wollen wir Europa schützen, damit es uns schützt. Wir
39 wollen es

40 stärken, weil es uns stark macht. Wir wollen seine Handlungsfähigkeit sichern,
41 um unsere
42 Freiheit zu wahren.

43 **Wohin wir wollen: ein Europa, das Wohlstand** 44 **mehrt**

45 Frieden in Europa und unser Wohlstand sind untrennbar miteinander verbunden.
46 Mehr noch, ihre
47 Verknüpfung war Ausgangsidee der europäischen Einigung: Die Interessen der
48 einzelnen Staaten
49 sollten derart eng miteinander verwoben werden, dass Krieg fortan „nicht nur
50 undenkbar,
51 sondern materiell unmöglich“ werde.

52 Es war ein Wagnis. Und es gelang. Aus den Ruinen von Krieg und Zerstörung
53 entstand eine
54 politische Ordnung mit geteilten Werten, auf der Grundlage von Demokratie und
55 Rechtsstaatlichkeit, basierend auf Freiheit und Solidarität – der
56 unverzichtbaren Ergänzung
57 wirtschaftlicher Einigung.

58 Nun stehen wir vor der nächsten großen Aufgabe. Wachsende Spannungen in der
59 Welt, der
60 technologische Wandel und die Klimakrise: Sie alle stellen uns und unsere
61 Gesellschaft,
62 stellen Wirtschaft und Politik vor neue Herausforderungen. Wir müssen deshalb
63 mehr tun, als
64 den bestehenden Wohlstand bloß zu verteidigen. Wir müssen jetzt dort vorangehen,
65 wo die
66 Arbeitsplätze und der Wohlstand der nächsten Jahrzehnte entstehen.

67 Europa zu stärken, ist also kein Selbstzweck; wir tun es, um Ihren Wohlstand,
68 Ihre Freiheit
69 und Ihre Sicherheit zu schützen.

70 Im Zentrum unseres politischen Angebots steht eine Infrastrukturunion: aus
71 Wasserstoffnetzen
72 und Glasfaserleitungen, aus Stromtrassen und Schienen, aus Solarpanelen und
73 Windparks, aber
74 auch aus modernen Krankenhäusern und verlässlichen Kitas – aus Institutionen
75 also und
76 Standards, die Gerechtigkeit stärken und Ihre Rechte schützen. Wir wollen Europa
77 ganz
78 wörtlich verbinden.

79 In einer Zeit, da insbesondere China und die USA massiv in die klimaneutrale
80 Modernisierung
81 ihrer Wirtschaft investieren, brauchen wir eine strategische europäische
82 Investitionspolitik, die dafür sorgt, dass Europa im internationalen Wettbewerb
83 besteht –
84 und sich im Rennen um den ersten klimaneutralen Wirtschaftsstandort der Welt

85 durchsetzt.
86 Wenn wir das Klima schützen, schaffen wir: gute Arbeitsplätze, saubere
87 Infrastruktur und
88 sicheren Wohlstand.

89 Gute Politik baut indes nicht nur Infrastruktur auf, sondern auch Bürokratie ab:
90 Sie
91 reguliert, wo es die Sicherung des Allgemeinwohls erfordert, hält wichtige
92 Schutzstandards
93 aufrecht – dreht zugleich aber auch unnötige Regulierung zurück, die Wirtschaft
94 und
95 Gesellschaft ausbremst, Investitionen hemmt und den Alltag erschwert.

96 Indem wir so die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen auf den Märkten der
97 Zukunft
98 sichern, legen wir das Fundament für gute Jobs und faire Löhne, für die
99 Gewinnung von Fach-
100 und Arbeitskräften, für Sicherheit in unsicheren Zeiten. Wir wollen unseren
101 Wohlstand nicht
102 nur für die Wenigen mehren, sondern sicherstellen, dass er bei den Vielen
103 ankommt, die ihn
104 erarbeiten: in der Breite der Gesellschaft.

105 Indem wir unseren Wohlstand auf klimaneutrale Beine stellen, schützen wir unsere
106 vielleicht
107 kritischste Infrastruktur: unsere vielfältige Natur und Artenvielfalt, unsere
108 Umwelt und
109 unser Klima. Die Folgen des Klimawandels haben wir in den letzten Jahren europa-
110 und
111 weltweit immer drastischer zu spüren bekommen. Extremwetter haben Leben
112 gekostet, Häuser und
113 Ernten, Wohlstand und Arbeitsplätze zerstört.

114 Indem wir in die Standortvorteile von morgen investieren – erneuerbare Energien
115 und rasche
116 Digitalisierung, modernste Batterietechnik und grüner Stahl oder die Ausbildung
117 unserer
118 Kinder und lebenswerte Dörfer –, bauen wir ein Europa, das Schutz bietet: für
119 seine
120 Bürgerinnen und Bürger, für Sie und uns alle.

121 Wir wissen: All das gelingt nur europäisch. Europäisch aber gelingt es.

122 **Der Weg dorthin: Verantwortung**

123 Wir wollen Verantwortung übernehmen. Darum bitten wir um Ihr Vertrauen. Wir
124 treten an für
125 eine Politik, die nicht übertönt, sondern überzeugt. Für eine Politik mit klaren
126 Zielen, die
127 zugleich Brücken zur gemeinsamen Lösung baut. Für eine Politik, die Antworten
128 gibt.

129 Gerade weil wir wissen, dass wir gemeinsam mehr erreichen können als im
130 nationalen
131 Alleingang, wollen wir die Europäische Union demokratischer und nahbarer machen.
132 Wir wollen
133 Europa, unbedingt – aber noch besser. Besser für Sie. Ein Europa, wie es sein
134 könnte.

135 Dabei sind wir bereit, über unseren Schatten zu springen, wenn es bedeutet, dass
136 wir dadurch
137 gemeinsam vorankommen. Verantwortung nämlich, die nicht aufgesetzt, sondern
138 ernst ist,
139 bedeutet immer auch Kompromiss. Europäischer Fortschritt war gerade in einem
140 Europa der
141 Vielfalt nie die vermeintlich reine Lehre, nie dafür oder dagegen, nie schwarz
142 oder weiß.
143 Wer deshalb den Kompromiss als solchen ablehnt, dem geht es ums Rechthaben,
144 nicht darum,
145 Lösungen zu finden; der nimmt hin, dass das Vertrauen in die Demokratie
146 erodiert; der nimmt
147 in Kauf, dass die Einheit Europas leidet.

148 Diese Einheit „war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie
149 ist heute
150 eine Notwendigkeit für uns alle.“ Was Konrad Adenauer vor rund 70 Jahren sagte,
151 könnte
152 aktueller kaum sein. Vom Traum zur Hoffnung zur Notwendigkeit: Die Europäische
153 Union ist
154 alles davon. Sie mag bisweilen anstrengend sein und ja, sie muss besser werden.
155 Doch sie
156 bleibt der Schlüssel zu einem Leben in Wohlstand und Sicherheit.

157 Europa hat beides erlebt: dunkelste Kapitel unserer Geschichte, aber auch die
158 Fähigkeit des
159 Menschen, neue Kapitel aufzuschlagen, Freiheit zu erkämpfen und Demokratie zu
160 verteidigen.
161 Wenn wir heute vor gleich mehreren Jahrhundertaufgaben stehen, allesamt
162 menschengemacht, wenn
163 deren Gleichzeitigkeit und Größe auch mal überwältigend wirken mögen, wissen wir
164 als
165 Europäerinnen und Europäer: Die Antwort wird es auch sein – menschengemacht und
166 europäisch.

167 Was bei alledem zählt, ist nicht, wer gewinnt oder Recht behält. Europäischer
168 Erfolg hat
169 keine politische Farbe. Erfolgreich ist, was das Leben der Menschen in
170 Deutschland und
171 Europa lebenswerter macht. Was uns stärker macht. Was auch Sie schützt.

172 Eine solche Politik: Das ist unser Angebot an Sie.

173 Liebe Wählerinnen und Wähler,

174 am 9. Juni 2024 haben Sie die Wahl. Wir stehen vor der Entscheidung, ob wir das
175 erhalten,

176 was uns stärkt, und das stärken, was uns schützt. Es geht um nicht weniger als
177 unseren
178 Frieden und Wohlstand.

179 **Woher wir kommen: ein Europa, das Frieden** 180 **schafft**

181 Es ist die größte Errungenschaft unseres Kontinents: Wo noch vor wenigen
182 Jahrzehnten
183 Europäer gegeneinander auf dem Schlachtfeld kämpften, überwiegen nun Zutrauen
184 und
185 Zusammenhalt. Wo einst Frontlinien und Stacheldraht trennten, später dann Mauern
186 und
187 Grenzposten, verbindet nun das Bekenntnis zu Freiheit, Rechtsstaat und
188 Demokratie.

189 Aus Feinden sind Nachbarn, aus Nachbarn längst Freunde geworden.

190 Die Europäische Union steht in einer Welt voller Konflikte als Garantin für
191 Schutz und
192 Frieden: Es ist gar nicht lange her, da klang das noch für viele wie
193 selbstverständlich. Mit
194 dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zerbrach diese Gewissheit.

195 Dieser Krieg richtet sich gegen den Willen der Ukrainerinnen und Ukrainer, in
196 Frieden zu
197 leben. Er richtet sich gegen ihren Wunsch, Teil der europäischen Familie zu sein
198 und zu
199 bleiben. Er richtet sich aber auch gegen europäische Werte, gegen Demokratie und
200 Menschenrechte – und erinnert uns daran, welchen Schutz die Europäische Union
201 für uns alle
202 bedeutet.

203 In einer Welt, deren Herausforderungen mitnichten an nationalen Grenzen
204 haltmachen, kann ein
205 starkes und geeintes Europa die Sicherheit bieten, nach der sich so viele
206 Menschen sehnen.
207 Denn wo die Durchsetzungskraft des einzelnen Nationalstaates endet, fängt die
208 der
209 Europäischen Union erst an.

210 Vor diesem Hintergrund wollen wir Europa schützen, damit es uns schützt. Wir
211 wollen es
212 stärken, weil es uns stark macht. Wir wollen seine Handlungsfähigkeit sichern,
213 um unsere
214 Freiheit zu wahren.

215 **Wohin wir wollen: ein Europa, das Wohlstand**
216 **mehrt**

217 Frieden in Europa und unser Wohlstand sind untrennbar miteinander verbunden.
218 Mehr noch, ihre
219 Verknüpfung war Ausgangsidee der europäischen Einigung: Die Interessen der
220 einzelnen Staaten
221 sollten derart eng miteinander verwoben werden, dass Krieg fortan „nicht nur
222 undenkbar,
223 sondern materiell unmöglich“ werde.

224 Es war ein Wagnis. Und es gelang. Aus den Ruinen von Krieg und Zerstörung
225 entstand eine
226 politische Ordnung mit geteilten Werten, auf der Grundlage von Demokratie und
227 Rechtsstaatlichkeit, basierend auf Freiheit und Solidarität – der
228 unverzichtbaren Ergänzung
229 wirtschaftlicher Einigung.

230 Nun stehen wir vor der nächsten großen Aufgabe. Wachsende Spannungen in der
231 Welt, der
232 technologische Wandel und die Klimakrise: Sie alle stellen uns und unsere
233 Gesellschaft,
234 stellen Wirtschaft und Politik vor neue Herausforderungen. Wir müssen deshalb
235 mehr tun, als
236 den bestehenden Wohlstand bloß zu verteidigen. Wir müssen jetzt dort vorangehen,
237 wo die
238 Arbeitsplätze und der Wohlstand der nächsten Jahrzehnte entstehen.

239 Europa zu stärken, ist also kein Selbstzweck; wir tun es, um Ihren Wohlstand,
240 Ihre Freiheit
241 und Ihre Sicherheit zu schützen.

242 Im Zentrum unseres politischen Angebots steht eine Infrastrukturunion: aus
243 Wasserstoffnetzen
244 und Glasfaserleitungen, aus Stromtrassen und Schienen, aus Solarpanelen und
245 Windparks, aber
246 auch aus modernen Krankenhäusern und verlässlichen Kitas – aus Institutionen
247 also und
248 Standards, die Gerechtigkeit stärken und Ihre Rechte schützen. Wir wollen Europa
249 ganz
250 wörtlich verbinden.

251 In einer Zeit, da insbesondere China und die USA massiv in die klimaneutrale
252 Modernisierung
253 ihrer Wirtschaft investieren, brauchen wir eine strategische europäische
254 Investitionspolitik, die dafür sorgt, dass Europa im internationalen Wettbewerb
255 besteht –
256 und sich im Rennen um den ersten klimaneutralen Wirtschaftsstandort der Welt
257 durchsetzt.
258 Wenn wir das Klima schützen, schaffen wir: gute Arbeitsplätze, saubere
259 Infrastruktur und
260 sicheren Wohlstand.

261 Gute Politik baut indes nicht nur Infrastruktur auf, sondern auch Bürokratie ab:
262 Sie
263 reguliert, wo es die Sicherung des Allgemeinwohls erfordert, hält wichtige
264 Schutzstandards
265 aufrecht – dreht zugleich aber auch unnötige Regulierung zurück, die Wirtschaft
266 und
267 Gesellschaft ausbremst, Investitionen hemmt und den Alltag erschwert.

268 Indem wir so die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen auf den Märkten der
269 Zukunft
270 sichern, legen wir das Fundament für gute Jobs und faire Löhne, für die
271 Gewinnung von Fach-
272 und Arbeitskräften, für Sicherheit in unsicheren Zeiten. Wir wollen unseren
273 Wohlstand nicht
274 nur für die Wenigen mehren, sondern sicherstellen, dass er bei den Vielen
275 ankommt, die ihn
276 erarbeiten: in der Breite der Gesellschaft.

277 Indem wir unseren Wohlstand auf klimaneutrale Beine stellen, schützen wir unsere
278 vielleicht
279 kritischste Infrastruktur: unsere vielfältige Natur und Artenvielfalt, unsere
280 Umwelt und
281 unser Klima. Die Folgen des Klimawandels haben wir in den letzten Jahren europa-
282 und
283 weltweit immer drastischer zu spüren bekommen. Extremwetter haben Leben
284 gekostet, Häuser und
285 Ernten, Wohlstand und Arbeitsplätze zerstört.

286 Indem wir in die Standortvorteile von morgen investieren – erneuerbare Energien
287 und rasche
288 Digitalisierung, modernste Batterietechnik und grüner Stahl oder die Ausbildung
289 unserer
290 Kinder und lebenswerte Dörfer –, bauen wir ein Europa, das Schutz bietet: für
291 seine
292 Bürgerinnen und Bürger, für Sie und uns alle.

293 Wir wissen: All das gelingt nur europäisch. Europäisch aber gelingt es.

294 **Der Weg dorthin: Verantwortung**

295 Wir wollen Verantwortung übernehmen. Darum bitten wir um Ihr Vertrauen. Wir
296 treten an für
297 eine Politik, die nicht übertönt, sondern überzeugt. Für eine Politik mit klaren
298 Zielen, die
299 zugleich Brücken zur gemeinsamen Lösung baut. Für eine Politik, die Antworten
300 gibt.

301 Gerade weil wir wissen, dass wir gemeinsam mehr erreichen können als im
302 nationalen
303 Alleingang, wollen wir die Europäische Union demokratischer und nahbarer machen.
304 Wir wollen
305 Europa, unbedingt – aber noch besser. Besser für Sie. Ein Europa, wie es sein
306 könnte.

307 Dabei sind wir bereit, über unseren Schatten zu springen, wenn es bedeutet, dass
308 wir dadurch
309 gemeinsam vorankommen. Verantwortung nämlich, die nicht aufgesetzt, sondern
310 ernst ist,
311 bedeutet immer auch Kompromiss. Europäischer Fortschritt war gerade in einem
312 Europa der
313 Vielfalt nie die vermeintlich reine Lehre, nie dafür oder dagegen, nie schwarz
314 oder weiß.
315 Wer deshalb den Kompromiss als solchen ablehnt, dem geht es ums Rechthaben,
316 nicht darum,
317 Lösungen zu finden; der nimmt hin, dass das Vertrauen in die Demokratie
318 erodiert; der nimmt
319 in Kauf, dass die Einheit Europas leidet.

320 Diese Einheit „war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie
321 ist heute
322 eine Notwendigkeit für uns alle.“ Was Konrad Adenauer vor rund 70 Jahren sagte,
323 könnte
324 aktueller kaum sein. Vom Traum zur Hoffnung zur Notwendigkeit: Die Europäische
325 Union ist
326 alles davon. Sie mag bisweilen anstrengend sein und ja, sie muss besser werden.
327 Doch sie
328 bleibt der Schlüssel zu einem Leben in Wohlstand und Sicherheit.

329 Europa hat beides erlebt: dunkelste Kapitel unserer Geschichte, aber auch die
330 Fähigkeit des
331 Menschen, neue Kapitel aufzuschlagen, Freiheit zu erkämpfen und Demokratie zu
332 verteidigen.
333 Wenn wir heute vor gleich mehreren Jahrhundertaufgaben stehen, allesamt
334 menschengemacht, wenn
335 deren Gleichzeitigkeit und Größe auch mal überwältigend wirken mögen, wissen wir
336 als
337 Europäerinnen und Europäer: Die Antwort wird es auch sein – menschengemacht und
338 europäisch.

339 Was bei alledem zählt, ist nicht, wer gewinnt oder Recht behält. Europäischer
340 Erfolg hat
341 keine politische Farbe. Erfolgreich ist, was das Leben der Menschen in
342 Deutschland und
343 Europa lebenswerter macht. Was uns stärker macht. Was auch Sie schützt.

344 Eine solche Politik: Das ist unser Angebot an Sie.

A3 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller*in: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 11.09.2023)

Antragstext

1 Vom kleinen Handwerksbetrieb über den regional verankerten Mittelständler bis
2 hin zum
3 internationalen Großunternehmen: Europas vielgestaltige und innovative
4 Wirtschaft ist global
5 wettbewerbsfähig – und Deutschland profitiert wie kein zweiter Mitgliedstaat von
6 der
7 europäischen Integration und dem Binnenmarkt. Produkte und Dienstleistungen aus
8 Thüringen
9 oder Hessen werden zwischen Andalusien und Lappland, zwischen Riga und Nikosia
10 gehandelt,
11 als lägen diese Orte nur wenige Kilometer voneinander entfernt. Wir sind auch
12 deshalb die
13 viertstärkste Wirtschaftsnation der Welt, weil wir auf europäischer Ebene die
14 Kräfte
15 bündeln.

16 Europa macht uns stark. Europa zu stärken, ist deshalb in unserem ureigenen
17 Interesse. Vor
18 allem geht es nun darum, dort voranzugehen, wo die Stärke der nächsten Jahre und
19 Jahrzehnte
20 entsteht. Dafür haben wir einen Plan: die klimaneutrale Modernisierung unserer
21 Wirtschaft
22 und Infrastruktur. Sie ist für uns kein Selbstzweck, sondern der Schlüssel zu
23 mehr
24 Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand, zu Lebensqualität, zu guten Arbeitsplätzen
25 und fairen
26 Löhnen, zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen – und damit zu einer stabilen
27 Grundlage für
28 mehr soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt in ganz Europa.

29 Wir setzen alles daran, dass Europa nicht an der Seitenlinie steht, während
30 China oder die
31 USA massiv in die Entwicklung ihres Standortes und der Zukunftstechnologien
32 investieren. Wir
33 nehmen die Herausforderung an: Wir wollen, dass sich Deutschland und Europa auf
34 den Märkten
35 der Zukunft durchsetzen – bei erneuerbaren Energien und Wasserstoff, bei
36 digitalen
37 Dienstleistungen und Künstlicher Intelligenz (KI), bei modernster
38 Batterietechnik und grünem
39 Stahl. Das ist eine Frage der Unabhängigkeit. Wirtschaftspolitik ist heute auch
40 Sicherheitspolitik.

41 Europas Wohlstand und seine Lebensqualität sind unmittelbar mit seinen
42 natürlichen
43 Grundlagen verbunden – mit fruchtbaren Böden und sauberen Meeren, mit
44 Lebensräumen für eine

45 große Artenvielfalt, mit einer intakten Natur an den Küsten und in den Wäldern.
46 In ihrem
47 Zusammenspiel gedeiht Landwirtschaft in unmittelbarer Nachbarschaft zu High-
48 Tech-
49 Unternehmen, sind Handwerksbetriebe in lebenswerten ländlichen Räumen verankert,
50 lässt sich
51 aus den Städten in wenigen Stunden in Wälder oder Berge reisen.

52 Wohlstand in Europa bedeutet fair bezahlte Jobs und gute öffentliche
53 Dienstleistungen in
54 einem funktionierenden Wirtschaftsraum. Wohlstand bedeutet aber eben auch
55 saubere Luft,
56 reines Wasser und bezahlbare, gute Lebensmittel.

57 Wir treten an, unseren Wohlstand zu erneuern, indem wir ihn auf ein
58 klimaneutrales Fundament
59 stellen – eines, das über die nächsten Jahre und Jahrzehnte trägt. Wir haben den
60 European
61 Green Deal auf die Agenda gesetzt, er ist die richtige Strategie. Jetzt sorgen
62 wir dafür,
63 dass er in allen Bereichen seine Wirkung entfaltet: von der Energieerzeugung
64 über Mobilität
65 und Landwirtschaft bis hin zur Industriepolitik. Denn Klimaschutz wird zunehmend
66 zu einem
67 entscheidenden Wettbewerbs- und Standortfaktor. Wollen wir unseren Wohlstand
68 bewahren und
69 neuen schaffen, müssen wir Europäer*innen nicht nur das Klima schützen, sondern
70 auch diesen
71 Wettbewerb annehmen.

72 Voraussetzung hierfür ist eine aktive europäische Wirtschafts- und
73 Industriepolitik, die
74 Innovation ermöglicht und nachhaltige Infrastruktur baut; die den Mut zu
75 gezielten
76 strategischen Investitionen aufbringt; die uns unabhängig macht von den
77 Autokratien dieser
78 Welt – und unser aller Leben damit krisenfest und bezahlbar. Wir wollen deshalb
79 jetzt – von
80 der Sonnenenergie aus Andalusien bis hin zum Wind über der Nordsee – die
81 erneuerbaren
82 Energien und die Stromnetze in ganz Europa ausbauen. Wenn wir aus der
83 Europäischen Union
84 (EU) eine moderne Infrastrukturunion machen wollen, dann tun wir das, um die
85 industrielle
86 Produktion, um Strom und Wärme, um günstige Energie für alle zu sichern.

87 Wenn wir in Forschung und Entwicklung investieren, dann tun wir das, damit sich
88 die besten
89 Ideen weiterhin auf unserem Kontinent zu Hause fühlen. Wenn wir Bürokratie
90 abbauen, dann tun
91 wir das, um die EU in den Dienst der Europäer*innen, nicht der Paragraphen und
92 Behörden zu
93 stellen. Und wenn wir die Potenziale der Digitalisierung nutzen, dann tun wir

94 das, um Daten
95 im Sinne der Menschen in Europa nutzbar zu machen, nicht umgekehrt.
96 Kein Land in Europa ist diesen Aufgaben allein gewachsen. Gemeinsam aber sind
97 wir es.
98 Gemeinsam in der EU sind wir in der Lage, politische Antworten zu geben, die
99 wirksam und
100 wirkmächtig genug sind, um es mit der globalen Erwärmung und systemischer
101 Konkurrenz
102 gleichermaßen aufzunehmen.
103 Diesen Weg gehen wir. Wir wollen eine gerechte und handlungsfähige EU, die
104 Sicherheit
105 schafft im Hier und Jetzt – und zugleich die Weichen stellt für den Wohlstand
106 und
107 Zusammenhalt von morgen. Wir wollen eine EU, in der Wohlstand im Einklang mit
108 der Natur und
109 dem Klima entsteht. Und wir wollen eine EU, in der nicht die soziale oder
110 geografische
111 Herkunft, der Zugang zu Bildung oder das Geschlecht über die Chance auf ein
112 gutes Leben
113 entscheiden, sondern in der alle Menschen am Wohlstand teilhaben können.
114 Für dieses Europa treten wir an. Dieses Europa wollen wir sein.

115 **1. Ein klimaneutrales Europa**

116 In Energiesicherheit investieren

117 Um die Klimaziele zu erreichen, braucht Europa eine echte Energieunion mit
118 effizienter und
119 nachhaltiger Energieversorgung, die die Potenziale des gesamten Kontinents nutzt
120 und
121 miteinander verbindet. Wir bauen erneuerbare Energien als Teil einer aktiven
122 Wirtschafts-
123 und Industriepolitik europaweit massiv aus: Bis 2035 sollen sie den wesentlichen
124 Beitrag
125 dazu leisten, die europäische Stromversorgung zu 100 Prozent klimaneutral
126 sicherzustellen.
127 Denn nur die Erneuerbaren garantieren eine unabhängige Versorgung und auf Dauer
128 günstigen
129 Strom, mit dem Europa langfristig wettbewerbsfähig wirtschaften kann. Wir
130 wollen, dass
131 Deutschland auf diesem Weg mit gutem Beispiel vorangeht.

132 Deshalb brauchen wir in den nächsten Jahren überall in Europa die
133 Elektrifizierung von
134 Verkehr, Industrie und Haushalten sowie massive Investitionen in den Ausbau von
135 Wind und
136 Solar. In Zukunft wollen wir dabei noch stärker europäisch zusammenarbeiten.
137 Gleichzeitig

138 müssen wir energieeffizienter werden und die entsprechenden Vorgaben weiter
139 anpassen.

140 Um den Strom überall in Europa verlässlich dorthin zu transportieren, wo er
141 gebraucht wird,
142 wollen wir im Rahmen der Infrastrukturunion das europäische Stromnetz stärken
143 und dabei vor
144 allem die Verbindungen zwischen den Mitgliedstaaten massiv ausbauen. Ein
145 stabiles
146 europäisches Stromnetz macht uns widerstandsfähiger und erhöht unsere
147 Versorgungssicherheit.
148 Das hat die Energiekrise sehr deutlich gezeigt, als die Staaten Europas sich
149 gegenseitig
150 beispringen konnten. Wir wollen es deshalb nun auch für 100 Prozent erneuerbare
151 Energien fit
152 machen. So können wir die Synergien in der EU nutzen, in der immer irgendwo der
153 Wind weht
154 oder die Sonne scheint. Wir etablieren eine EU-Netzplanung – insbesondere für
155 grenzüberschreitende Projekte und den Ausbau der Windenergie in den Meeren der
156 EU. In
157 Zukunft müssen darüber hinausgehend die Stromnetze, Wasserstoffnetze, Gasnetze
158 und
159 Wärmenetze zusammengedacht werden. Wir richten das Strommarktdesign, die
160 Netzentgelte und
161 die Bedingungen von Stromspeichern systematisch auf die Integration erneuerbarer
162 Energien
163 aus.

164 Generationen von Menschen in den Kohlerevieren haben einen wertvollen Beitrag zu
165 Energiesicherheit, zum Fortschritt und zu unserem Wirtschaftsstandort geleistet.
166 An diesen
167 Einsatz und diese Expertise knüpfen wir in den europäischen Energieregionen an.
168 Jedoch wird
169 Kohle zunehmend unrentabel, ist zudem die klima- und gesundheitsschädlichste
170 Form der
171 Energieerzeugung und hat deshalb keine Zukunft. Wir werden die Voraussetzungen
172 schaffen, um
173 in der EU die Kohleverstromung beenden zu können. Die Kohleregionen unterstützen
174 wir dabei,
175 dass ihnen der Umstieg auf die neuen Energien bis zum Jahr 2030 gelingt.
176 Gleichzeitig hat
177 uns insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine gezeigt, wie
178 abhängig wir
179 noch von Erdgas sind und welche Schwierigkeiten das mit sich bringt. In den
180 kommenden Jahren
181 ist im Einklang mit unseren Klimazielen deshalb auch ein endgültiger Abschied
182 vom fossilen
183 Erdgas nötig. Wir wollen es vollständig durch erneuerbare Energien kombiniert
184 mit grünem
185 Wasserstoff ersetzen.

186 Atomkraft ist keine nachhaltige Form der Energieerzeugung und sie ist nicht
187 geeignet, die

188 Klimakrise zu bekämpfen. Sie ist erheblich teurer als Erneuerbare, mit hohen
189 Risiken
190 verbunden und gerade in Zeiten von Hitze und Dürre unzuverlässig. Der Bau neuer
191 Kraftwerke
192 ist teuer und langwierig. Der Müll belastet noch unzählige nachfolgende
193 Generationen. Wir
194 setzen in der EU nicht auf Atomkraft als taugliche Form der Energiegewinnung.

195 Uns begeistern zukünftige Chancen und Potenziale neuer Energietechnologien,
196 weshalb wir
197 Forschung und Entwicklung neuer Ideen auch weiterhin vorantreiben wollen. Um in
198 den nächsten
199 Dekaden einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Klimakrise und zur
200 Energiesicherheit
201 leisten zu können, kommt die Kernfusion jedoch zu spät.

202 Den Weg zum klimaneutralen Kontinent beschreiten

203 Echte Fortschritte sind gemacht: Bis heute hat Europa die Emissionen gegenüber
204 1990 um rund
205 ein Drittel gesenkt. Mit dem „Fit for 55“-Paket will die EU bis 2030 mindestens
206 55 Prozent
207 ihrer Emissionen im Vergleich zu 1990 einsparen. Durch den reformierten
208 Emissionshandel wird
209 ein schnellerer europäischer Kohleausstieg rentabel. Wir haben die Ausbauziele
210 für
211 erneuerbare Energien verdoppelt. Und für fossile Energie, Stahl oder
212 Chemieprodukte, die
213 nach Europa importiert werden, muss bald an der Grenze ein Preis für ihren CO₂-
214 Fußabdruck
215 bezahlt werden. Die Autoindustrie stellt ihre Produktion auf Elektrofahrzeuge
216 um. Gebäude in
217 der EU werden gedämmt und Anreize für klimafreundliches Heizen gesetzt. Damit
218 hat Europa den
219 richtigen Weg eingeschlagen.

220 Die EU muss diesen Weg zum klimaneutralen Wohlstand entschieden weitergehen.
221 Europa soll der
222 erste klimaneutrale Kontinent werden. Von diesem Ziel darf es kein Abrücken
223 geben, und es
224 muss zuverlässig erreicht werden. Für 2035 und 2040 braucht es deswegen
225 Zwischenziele, die
226 die EU sicher zu Klimaneutralität in Erfüllung des Pariser Klimaabkommens
227 führen. Das
228 Zwischenziel für 2035 wollen wir, wie es alle Staaten im Rahmen des Pariser
229 Klimaabkommens
230 international zugesagt haben, auch bei den Vereinten Nationen (UN) verbindlich
231 hinterlegen.
232 Für die Umsetzung müssen unter anderem der Rahmen für Klimaschutzmaßnahmen und
233 die
234 europäischen Emissionshandelssysteme angepasst werden.

235 Natürliche CO₂-Senken und technologischen Fortschritt nutzen

236 Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir schnell raus aus Kohle, Öl und Gas
237 und rein in
238 erneuerbare Energien und Wasserstoff. In einigen wenigen Branchen wird es aber
239 auch in
240 Zukunft Emissionen geben, die schwer oder nach heutigem Stand der Technologie
241 gar nicht zu
242 vermeiden sind, etwa in der Zementindustrie. In diesen Bereichen wollen wir
243 technologische
244 Chancen nutzen und das CO₂ direkt bei der Produktion abscheiden, speichern und
245 gegebenenfalls nutzen (Carbon Capture Use and Storage, CCUS). Wo nötig, soll
246 dies aktiv
247 gefördert werden. Wir wollen einen europaweit einheitlichen Regelungsrahmen
248 dafür schaffen
249 und eine integrierte europäische Infrastruktur – inklusive gemeinsamer
250 europäischer CO₂-
251 Speicher – entwickeln.

252 In der Zukunft wird es laut Analysen des Weltklimarats zunehmend schwieriger,
253 auf den 1,5-
254 Grad-Pfad zu kommen. Deshalb müssen wir die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre
255 aktiv
256 senken, damit sich wieder ein stabiles und nachhaltiges Niveau einstellt. Dafür
257 stärken und
258 entwickeln wir negative Emissionen – also natürliche und technische Prozesse,
259 die der
260 Atmosphäre CO₂ wieder entziehen. Intakte Ökosysteme sind unsere besten
261 Verbündeten, denn vor
262 allem Wälder und Moorböden sind natürliche CO₂-Speicher. Deswegen benötigen wir
263 klare Regeln
264 für die Landwirtschaft, den Humusaufbau, die Wiedervernässung von Mooren und die
265 Aufforstung
266 von Wäldern. Gleichzeitig wollen wir die Potenziale technischer
267 Negativemissionen wie die
268 CO₂-Entnahme aus der Luft oder Bioenergie mit CO₂-Speicherung in der Anwendung
269 prüfen und an
270 Pilotprojekten evaluieren. Die EU braucht – wie Deutschland – klare Ziele für
271 das Erreichen
272 von Negativemissionen, ohne diese gegen die Reduktionsziele des Emissionshandels
273 zu handeln.

274 Grünen Wasserstoff als Energieträger der Zukunft einsetzen

275 Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, also grüner Wasserstoff, kann Energie
276 speichern und
277 transportabel machen. Er ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer zukünftigen
278 Energieversorgung, denn er kann fossile Energieträger überall dort ersetzen, wo
279 Elektrifizierung keine Option ist. Wir wollen dafür sorgen, dass Europa bei der
280 Anwendung

281 Vorreiterin wird. Um ihre Potenziale zu heben, entwickeln wir die Europäische
282 Wasserstoffstrategie weiter und unterstützen die Erforschung von umfassenden
283 Ansätzen zur
284 Erzeugung und Anwendung. Beispielsweise können durch dezentrale Lösungen die
285 Netzausbaukosten minimiert und wo immer möglich die Abwärme in Wärmenetzen
286 eingesetzt
287 werden. Mit Instrumenten wie Klimaschutzverträgen und einem umfassenden
288 Investitionsprogramm
289 sorgen wir für einen schnellen Hochlauf der Produktion dieser
290 Schlüsseltechnologie.

291 Wir wollen die Investitionen in den Aufbau eines neuen transeuropäischen
292 Wasserstoffkernnetzes erhöhen und die Umrüstung der bestehenden Gasinfrastruktur
293 für den
294 Transport und die Speicherung fördern. Durch neue Pipelines wie H2Med können wir
295 grünen
296 Wasserstoff beispielsweise aus den sonnenreichen Regionen Südeuropas in die
297 Industriezentren
298 Deutschlands transportieren. Das ist ein Bestandteil einer leistungsfähigen
299 Infrastrukturunion.

300 Wir setzen uns zusätzlich für den Aufbau eines globalen Marktes für grünen
301 Wasserstoff und
302 strategische Partnerschaften für dessen Handel zwischen der EU sowie wind- und
303 sonnenreichen
304 Ländern weltweit ein. Dank einer Vielzahl potenzieller Partnerländer können wir
305 auf diesem
306 Weg eine diversifizierte Energieversorgung sichern und einseitige Abhängigkeiten
307 vermeiden.
308 Durch Partnerschaften und den Transfer von Know-how sorgen wir zudem dafür, dass
309 die Länder
310 des Globalen Südens in die Wertschöpfungskette integriert werden und von der
311 grünen
312 Energiezukunft profitieren.

313 Da die Produktionskapazitäten erst aufgebaut werden müssen, wird Wasserstoff
314 vorerst ein
315 sehr knapper Rohstoff bleiben. Zur Senkung der CO₂-Emissionen setzen wir daher
316 vorrangig auf
317 die Elektrifizierung von Antrieben, Produktionsprozessen und Heizungen, da sich
318 grüner Strom
319 so am effizientesten nutzen lässt. Wasserstoff wollen wir also priorisiert dort
320 einsetzen,
321 wo eine Elektrifizierung nicht oder nur sehr schwer möglich ist. Dazu gehören
322 etwa die
323 Produktion von Grundstoffen wie Stahl- oder Chemieerzeugnisse, der
324 Schwerlasttransport sowie
325 der interkontinentale See- und Luftverkehr. Zudem werden wir grünen Wasserstoff
326 bei geringer
327 Solar- und Windenergieerzeugung sowie besonders hoher Last zur Stromerzeugung
328 einsetzen, um
329 die Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien jederzeit sicherzustellen.

330 Klimaneutralität sozial und bürgernah erreichen

331 Klimaneutralität sichert und mehrt Wohlstand, ist aber auch mit Veränderungen
332 verbunden.
333 Dieser Prozess verlangt den Menschen viel ab. Nicht nur deshalb muss
334 klimaneutral immer auch
335 sozial heißen. Mit dem Klimasozialfonds, der primär aus dem Emissionshandel
336 gespeist wird,
337 geben wir den Mitgliedstaaten die Mittel an die Hand, das umzusetzen. Dabei
338 werden
339 Leistungen für Menschen finanziert, die besonders von steigenden Energie- und
340 Transportkosten betroffen sind. Wir wollen deshalb, dass die Mitgliedstaaten –
341 wie etwa
342 Österreich mit dem Klimabonus – ein Klimageld pro Kopf auszahlen.

343 Erneuerbare Energien sind Bürgerenergien. Sie ermöglichen es den Menschen und
344 Kommunen, ihre
345 Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen. Das ist solidarisch und
346 demokratisch, denn
347 damit bleiben die Erträge vor Ort. Wir haben es in der Bundesregierung erheblich
348 vereinfacht, selbst erneuerbare Energien zu nutzen. Das soll europaweit gelten:
349 Der Einsatz
350 von Bürgerenergie soll noch finanziell attraktiver und einfacher werden. Wir
351 wollen
352 europäisch besser verankern, dass Bürger*innen an der Energiewende teilhaben
353 können – indem
354 sie Mitglied eines Bürgerwindparks werden, den Strom ihrer Photovoltaikanlage
355 direkt an ihre
356 Nachbar*innen verkaufen oder die in ihren Autos und Pufferbatterien gespeicherte
357 Energie
358 einfach zur Netzstabilisierung einsetzen.

359 Erneuerbare Energien garantieren den Menschen, dass sie ihre Wohnungen auch
360 zukünftig
361 bezahlbar heizen können. Deshalb unterstützen wir die Weiterentwicklung der
362 europäischen
363 Anforderungen an die Effizienz von Gebäuden und Heizungen, um Gebäude schnell
364 und günstig
365 von der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu befreien. Wir setzen dabei
366 vor allem auf
367 Beratung und finanzielle Anreize. Wir möchten, dass alle Mitgliedstaaten
368 kommunale
369 Wärmepläne entwickeln, die aufzeigen, welche Potenziale es für Erneuerbare gibt
370 und wie
371 Abwärme oder Kraft-Wärme-Kopplung genutzt werden kann.

372 Mit einem effizienten Strommarkt, geringen Infrastrukturkosten und intelligent
373 aufeinander
374 abgestimmten Mechaniken von Stromverbrauch und -erzeugung bleibt der Vorteil der
375 günstigen
376 Stromerzeugung bei den Verbraucher*innen. Durch die Umstellung der Förderung von
377 erneuerbaren Energien auf Differenzverträge sichern wir die

378 Stromverbraucher*innen gegen
379 hohe Kosten ab.

380 2. Ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort

381 In Innovation und Resilienz investieren

382 Um die Infrastrukturunion zu verwirklichen, entscheiden wir uns für eine
383 strategische
384 europäische Investitionspolitik. Das Wiederaufbauprogramm Next-Generation-EU
385 (NGEU) hat uns
386 in der Pandemie vor einer schweren Krise bewahrt und stark dazu beigetragen,
387 dass Europa
388 wirtschaftlich und politisch zusammengehalten hat. Mit dem Ende von NGEU im Jahr
389 2026 droht
390 diese wichtige Säule der Finanzierung europäischer Investitionen wegzubrechen.
391 NGEU kann uns
392 als Vorbild für eine effektive gemeinsame europäische Finanzierung von großen
393 Investitionsvorhaben – wie dem Aufbau der Infrastrukturunion – dienen.

394 Wir wollen daher ab 2026 ein großes Investitionsprogramm für Innovation und
395 Resilienz mit
396 drei klaren Zielen schaffen: Erstens wollen wir, dass Europa im Rahmen der
397 Infrastrukturunion durch starke gemeinsame Infrastrukturen weiter zusammenwächst
398 – mit einem
399 voll ausgebauten und integrierten europäischen Schienen-, Strom- und
400 Wasserstoffnetz.
401 Zweitens wollen wir überall in Europa den klimaneutralen Umbau der Industrie
402 genauso wie den
403 Aufbau der Industrien von morgen fördern. Und drittens wollen wir unsere
404 Wirtschaft und
405 unsere Gesellschaften widerstandsfähiger gegen und unabhängiger von Autokratien
406 machen.

407 Industriepolitik aktiv gestalten

408 Europa ist ein starker Wirtschaftsstandort mit einer vielfältigen Landschaft aus
409 kleinen,
410 mittleren und großen Unternehmen, die eine wesentliche Grundlage für unseren
411 Wohlstand ist.
412 Wir werden dafür sorgen, dass das so bleibt. Dafür sind zwei Hebel für uns
413 zentral:

414 Zum einen stärken wir den Binnenmarkt, also den gemeinsamen Regulierungsrahmen
415 der EU für
416 Unternehmen. Dieser gemeinsame Rahmen, in dem kein Mitgliedstaat seinen eigenen
417 Firmen
418 unfaire Vorteile verschaffen darf und dessen Regeln in vielen Bereichen den
419 Goldstandard auf
420 der Welt setzen, leistet gerade für Deutschland als Exportland einen
421 unschätzbaren Beitrag

422 zu unserem Wohlstand. Ihn werden wir weiter vertiefen und seine Grundlagen
423 verteidigen.

424 Zum anderen müssen wir feststellen: Insbesondere China, aber auch die USA mit
425 ihrem
426 Inflation Reduction Act investieren massiv in den Aufbau neuer
427 Produktionsstandorte für
428 Zukunftstechnologien. Wir nehmen diesen Wettbewerb an: Für die EU gilt es, dem
429 eine eigene
430 aktive Wirtschafts- und Industriepolitik entgegenzusetzen, die Europas Stärken
431 stärkt. Sie
432 setzt bei der Forschung an und reicht bis zur Unterstützung bei Investitionen.
433 Dazu gehört
434 einerseits eine Angebotspolitik, die Bürokratie abbaut und Anreize für private
435 Investitionen
436 setzt, andererseits starke öffentliche Förderprogramme etwa für
437 Zukunftstechnologien wie
438 Elektrolyseure, Windräder, E-Autos und Mikrochips. Denn wir wollen, dass Europa
439 an der
440 Spitze der Märkte der Zukunft steht und dass die Produkte der Zukunft in Europa
441 erdacht und
442 hergestellt werden. So sichern wir Jobs und Wohlstand in Europa. Gerade der
443 Aufbau einer
444 europäischen Halbleiterindustrie ist elementar für die Erneuerung des
445 Industriestandortes
446 Europa und dient unserer wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit.

447 Hier werden wir einen Neuanfang anschieben: In der EU hat sich ein
448 Förderdschungel
449 entwickelt, der es Unternehmen sehr schwer macht, schnell und unbürokratisch an
450 die
451 bereitstehenden Mittel zu kommen. Das ist ein entscheidender Wettbewerbsnachteil
452 – etwa im
453 Vergleich zu den USA. Wir treten für eine kohärente und leicht verständliche
454 Industriepolitik ein, bei der auch Förderpolitik und Beihilferecht Hand in Hand
455 gehen. Dafür
456 wollen wir relevante Teile der bisher nationalen Industriepolitiken auf die
457 europäische
458 Ebene verlagern, die dafür finanziell sehr viel besser ausgestattet und in die
459 Lage versetzt
460 wird, schnell und wirksam zu handeln.

461 Unsere Wirtschaft für den globalen Wettbewerb rüsten

462 Die europäische Industrie kann nur langfristig wettbewerbsfähig sein und Europa
463 gleichzeitig
464 seine Klimaziele einhalten, wenn industrielle Produktionsprozesse komplett
465 klimaneutral
466 werden. Dafür werden wir die industrielle Basis erneuern.

467 Immer mehr Unternehmen investieren massiv in eine Umstellung ihrer Produktion.
468 Dafür muss

469 die Politik den Rahmen schaffen: einen klaren Reduktionspfad im europäischen
470 Emissionshandel. Wir füllen ihn durch einen massiven Ausbau der erneuerbaren
471 Energien und
472 der Infrastruktur für Strom und grünen Wasserstoff mit Leben, damit genug grüne
473 Energie zu
474 wettbewerbsfähigen Preisen überall in Europa zur Verfügung steht.

475 Das wird allerdings nicht reichen: Wir wollen die Unternehmen mit einem
476 europäischen
477 Programm zur Dekarbonisierung der Industrie unterstützen. Dazu wollen wir einen
478 europaweiten
479 Einsatz von Klimaschutzverträgen (Carbon Contracts for Difference) aus dem EU-
480 Haushalt
481 finanzieren und somit in einem Auktionsverfahren diejenigen Unternehmen
482 finanziell fördern,
483 die möglichst kosteneffizient ihre Produktion klimaneutral umrüsten und dabei am
484 meisten CO₂

485 einsparen. Hier gilt das Effizienzprinzip: größere Fußabdrücke, die einfacher
486 und günstiger

487 eingespart werden können, zuerst. Zusätzlich wollen wir europäische grüne
488 Leitmärkte für

489 einige besonders energieintensive Produkte aus klimaneutraler Produktion wie
490 etwa grünen

491 Stahl schaffen. Dafür wollen wir beispielsweise bei öffentlichen Aufträgen eine
492 Mindestquote

493 von grünem Stahl vorschreiben, die stetig ansteigt. Somit wird ein neuer
494 Absatzmarkt

495 geschaffen, der klimaneutrale Produktion über einen Marktmechanismus in Gang
496 setzt.

497 Schließlich wollen wir auch für die Umstellung von Produktionsprozessen auf
498 klimaneutrale

499 Verfahren die Planungs- und Genehmigungsverfahren erheblich beschleunigen, weil
500 dies zu

501 schnellerer Emissionsminderung bei gleichzeitigem Erhalt von industrieller
502 Substanz und

503 guten Arbeitsplätzen beiträgt.

504 Mit der zeitlich gestaffelten Einführung von Resilienz- und

505 Nachhaltigkeitskriterien bei

506 öffentlichen Ausschreibungen und öffentlichen Förderprogrammen wollen wir
507 gezielt die

508 Produktion dieser Produkte in Europa begünstigen.

509 Den Binnenmarkt stärken

510 Der EU-Binnenmarkt ist zentral für den Wohlstand der Bevölkerung der EU und
511 hilft,

512 Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken. Er ist auch ein zentraler Hebel, die
513 klimaneutrale

514 Modernisierung unserer Wirtschaft voranzubringen. Er ermöglicht es den
515 europäischen

516 Unternehmen, Waren und Dienstleistungen überall in der EU anzubieten. Und

517 Arbeitnehmer*innen
518 ermöglicht er, überall in der EU zu arbeiten. Deshalb wollen wir den Binnenmarkt
519 stärken und
520 vertiefen: Wo es in Europa eine gemeinsame Regel gibt, müssen Unternehmen nicht
521 mehr 27
522 verschiedene befolgen.

523 Wir gestalten die Regeln für den Binnenmarkt so, dass er dabei hilft,
524 übergeordnete Ziele zu
525 erreichen: Demokratie, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit, Umwelt- und Klimaschutz
526 sowie die
527 Schaffung von fair bezahlten Arbeitsplätzen. Wir wollen den Binnenmarkt auch
528 nutzen, um
529 widerstandsfähiger gegenüber Krisen und unabhängiger von Rohstoffimporten zu
530 werden.

531 Um funktionierenden Wettbewerb zum Nutzen von Verbraucher*innen und kleinen
532 Unternehmen
533 durchzusetzen, haben wir in Deutschland das Wettbewerbsrecht verschärft. Ein
534 solches Update
535 braucht auch das EU-Wettbewerbsrecht. Dafür wollen wir das New Competition Tool
536 wiederbeleben, das die Kommission schon einmal vorgeschlagen hatte.

537 Eine starke Wettbewerbspolitik, die die Bildung von zu starker Marktmacht
538 bekämpft und
539 Subventionswettläufe innerhalb der EU möglichst unterbindet, macht den Erfolg
540 des
541 Binnenmarktes aus. Daran wollen wir auch in Zukunft festhalten. Allerdings steht
542 Europa
543 heute im Ringen um die Märkte der Zukunft im globalen Wettbewerb mit anderen
544 Staaten, die
545 sich nicht an diese Regeln halten. Gerade für die grünen Zukunftstechnologien
546 muss die EU-
547 Kommission deshalb einen dauerhaften neuen Beihilferahmen schaffen, der den
548 Mitgliedstaaten
549 eine aktivere, europäisch koordinierte Industriepolitik ermöglicht und dabei
550 zugleich
551 Wettbewerbsverzerrungen verhindert. Dazu gehören schnellere Planungssicherheit
552 bei
553 Beihilfeverfahren, Ausnahmen für die Unterstützung von neuen Produktionsanlagen
554 in den
555 Zukunftstechnologien und bei der Umstellung von Produktionsprozessen auf
556 Klimaneutralität.

557 Ein Ansatz dafür sind die strategischen Förderprojekte IPCEI, mit denen die EU
558 die
559 Industriepolitik der Mitgliedstaaten in Schlüsselsektoren wie dem Aufbau der
560 europäischen
561 Wasserstoffinfrastruktur und die Wertschöpfungsketten rund um Mikroelektronik
562 ermöglicht und
563 koordinieren will. Für mehr Planungssicherheit für Unternehmen müssen die
564 Beihilfeverfahren
565 gerade im Kontext der IPCEIs beschleunigt werden.

566 Fachkräfte ausbilden, gewinnen und halten

567 Wir wollen, dass der Wohlstand denjenigen zukommt, die ihn erarbeiten. Wir
568 wollen mehr

569 Gerechtigkeit für die Mitte der Gesellschaft. Dazu sind gute Arbeitsbedingungen,
570 sichere
571 Jobs und anständige Löhne das beste Mittel. So wachsen wir aus der Mitte heraus.
572 Fachkräfte
573 sind das Rückgrat der europäischen Wirtschaft. Das gilt gleichermaßen für
574 akademisch
575 ausgebildete Fachkräfte wie für solche mit handwerklicher oder industrienaher
576 Ausbildung.

577 Davon hängt auch das Gelingen der Energiewende ab. Das heißt auch: Mit
578 Investitionen in
579 Klimaschutz fördern wir gleichzeitig sichere und zukunftsfeste Arbeitsplätze.

580 Dafür müssen wir junge Menschen entsprechend ausbilden, Weiterbildungsangebote
581 für alle
582 bereithalten – besonders auch für ältere Arbeitnehmer*innen – und Fachkräfte von
583 außerhalb
584 gewinnen. Gleichzeitig müssen wir Frauen die Möglichkeit geben, sich voll
585 einzubringen. In
586 vielen EU-Ländern arbeiten Millionen Frauen oft unfreiwillig in Teilzeit oder
587 gar nicht. Wir
588 brauchen auf EU-Ebene eine feministische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik,
589 die soziale
590 Infrastruktur für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mitdenkt.

591 Wir wollen es Frauen leichter machen, einen technischen – und damit häufig auch
592 gut
593 bezahlten – Beruf zu wählen. Wir wollen einen Bonus einführen, den Unternehmen
594 und Betriebe,
595 in denen bislang unterdurchschnittlich wenig Frauen beschäftigt sind, bei der
596 EU-
597 Fördermittelvergabe erhalten können, wenn sie mehr Frauen ausbilden bzw.
598 beschäftigen.

599 Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Betrieben werden wir neue Ideen
600 entwickeln, wie wir
601 eine gleichberechtigte Teilhabe der Geschlechter in der Wirtschaft ermöglichen
602 können.

603 Europa konkurriert mit weiteren Weltregionen, wenn es um die Anwerbung von
604 Fachkräften geht,
605 vom Bauingenieur über die Handwerkerin bis zur Fachkraft im Krankenhaus. Wir
606 setzen uns
607 daher für eine umfassende EU-Fachkräftestrategie ein. Bei der Anwerbung aus
608 Drittstaaten
609 sollte die EU-Blue-Card-Initiative ausgeweitet werden und vielen weiteren
610 Berufsgruppen
611 zugutekommen.

612 Viele Beschäftigte, die in der fossilen Industrie arbeiten, sorgen sich um ihr
613 Auskommen,

614 wenn ihre Industriezweige elektrifiziert werden. Den Wandel zu einer
615 klimaneutralen
616 Wirtschaft wollen wir deshalb mit gut bezahlten Arbeitsplätzen, attraktiven Aus-
617 und
618 Weiterbildungsmöglichkeiten, Tarifbindung sowie wirtschaftlicher und sozialer
619 Sicherheit
620 zusammenbringen, gerade in noch strukturschwachen Regionen. Unsere
621 Industriepolitik bietet
622 dafür einen Hebel: Die Vergabe von EU-Geldern wollen wir stärker daran koppeln,
623 dass
624 Ausbildungsplätze eingerichtet, Sozialstandards eingehalten und geltende Tarife
625 befolgt
626 werden.

627 **3. Stabile Finanzen**

628 Europa finanziell wappnen

629 Eine zentrale Stellschraube für die Handlungsfähigkeit der EU ist ihre
630 finanzielle
631 Ausstattung: Was wir uns in Europa gemeinsam vornehmen, müssen wir auch zu einem
632 relevanten
633 Teil mit europäischen Mitteln finanzieren können. Diesen Anspruch wollen wir
634 endlich
635 erfüllen, denn in den nächsten fünf Jahren sind weitreichende Entscheidungen zur
636 Finanzierung unserer gemeinsamen europäischen Vorhaben bis weit in die 2030er-
637 Jahre zu
638 treffen.

639 Dabei werden uns zwei Prinzipien leiten: Erstens wollen wir die finanzielle
640 Ausstattung der
641 EU insgesamt durch neue Eigenmittel und höhere nationale Beiträge verbessern. Im
642 Krisenfall
643 haben sich zudem auch gemeinsame europäische Anleihen bewährt. Zweitens muss die
644 EU deutlich
645 mehr Handlungsspielraum im Einsatz ihrer Mittel bekommen, um sie für gemeinsame
646 Investitionen in strategisch wichtigen Bereichen wie der Industriepolitik und
647 für eine
648 Infrastrukturunion einzusetzen. In diesem Sinne werden wir sowohl für einen
649 starken
650 Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), die Grundlage für den Haushalt der EU, als auch
651 für ein
652 neues großes Investitionsprogramm streiten.

653 Wir wollen, dass der MFR für die Jahre 2028 bis 2035 gegenüber dem jetzigen
654 deutlich
655 aufwächst. Dafür muss auch Deutschland seinen Beitrag leisten. Es gilt, gezielt
656 die
657 Ausgabenposten zu stärken, die Europas Handlungsfähigkeit in den entscheidenden
658 Feldern der
659 Zukunft verbessern. Dafür müssen wir auch die Ausgaben im MFR kritisch auf ihre

660 Wirkung hin
661 überprüfen. Das betrifft insbesondere die Bereiche, in denen die Mitgliedstaaten
662 die
663 Ausgaben verwalten.

664 Der Schutz unseres Gemeinwohls setzt eine auch finanziell handlungsfähige EU
665 voraus. Gerade
666 in Zeiten massiv wachsender Aufgaben kann sie sich auf Dauer nicht nur aus den
667 Beiträgen der
668 Mitgliedstaaten finanzieren. Sie braucht auch eigene Einnahmen, die ihre
669 finanzielle
670 Ausstattung langfristig sichern. Dafür wollen wir das Prinzip festschreiben,
671 dass Einnahmen,
672 die infolge europäischer Instrumente entstehen, im Grundsatz mehrheitlich dem
673 EU-Haushalt
674 zugutekommen.

675 In einem ersten Umsetzungsschritt wollen wir festlegen, dass 75 Prozent der
676 möglichen
677 Geldschöpfungsgewinne des Eurosystems in Zukunft dem EU-Haushalt zugutekommen.
678 Auch die
679 Einnahmen aus dem neuen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) sollen zu 75
680 Prozent dem EU-
681 Haushalt zufließen.

682 Damit die anstehenden Zins- und Tilgungszahlungen für das NGEU-Programm nicht zu
683 einer
684 Kürzung des EU-Haushalts führen, wollen wir so schnell wie möglich den bereits
685 2020 von Rat
686 und Parlament beschlossenen Fahrplan zu neuen Eigenmitteln in die Tat umsetzen.
687 Dabei muss
688 die Finanzierung der notwendigen nationalen Klimafinanzierung in den
689 Mitgliedstaaten
690 sichergestellt werden.

691 Wirtschafts- und Währungsunion vervollständigen

692 Eine stabile und solidarische Wirtschafts- und Währungsunion ist eine
693 Grundvoraussetzung für
694 Wohlstand und politischen wie sozialen Zusammenhalt in Europa. Doch die
695 Architektur der
696 Währungsunion ist weiterhin unvollständig und Europa damit weiter anfällig für
697 Krisen. Das
698 wollen wir durch ein umfassendes Maßnahmenpaket ändern.

699 Mit dem neuen Investitionsprogramm für Innovation und Resilienz verstetigen wir
700 die
701 gemeinsame Fiskalpolitik – auch als wichtigen Puffer für Krisenzeiten. Mit der
702 Überführung
703 des Europäischen Stabilitätsmechanismus in den EU-Rechtsrahmen und der
704 Umstellung auf
705 Mehrheitsentscheidungen schaffen wir nationale Vetos in Krisen ab und etablieren

706 endlich
707 eine gemeinsame europäische parlamentarische Kontrolle über zukünftige EU-
708 Hilfsprogramme.

709 Mit der Einführung einer Arbeitslosenrückversicherung nach Vorbild des EU-
710 Kurzarbeitergeldes
711 SURE schaffen wir ein zusätzliches Auffangnetz in Krisenzeiten, damit die
712 Mitgliedstaaten
713 Jobs sicher schützen können. Und wir wollen die Banken- und Kapitalmarktunion
714 vollenden,
715 damit auch der Finanzsektor in Krisen stabilisierend wirkt.

716 Eine widerstandsfähige Währungsunion braucht auch funktionierende Regeln für die
717 Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten, die die Schuldentragfähigkeit in allen
718 Ländern
719 jederzeit sicherstellen und gleichzeitig genug Raum für Investitionen und
720 Wachstum schaffen.
721 Die seit einem Jahrzehnt geltenden Regeln und auch der Vorschlag der
722 Europäischen Kommission
723 werden diesem Anspruch nicht gerecht. Deshalb braucht es eine ambitionierte
724 Reform, deren
725 Ergebnis von der Kommission konsequent durchgesetzt wird.

726 Wir unterstützen die Einführung des digitalen Euros als Ergänzung zum Bargeld
727 und zum
728 Buchgeld der Geschäftsbanken. Der digitale Euro befördert die Digitalisierung
729 der Wirtschaft
730 und ermöglicht Verbraucher*innen digitalen Zugriff auf sicheres und wertstabiles
731 Zentralbankgeld. Als öffentliches Gut kann er einen wertvollen Beitrag zur
732 finanziellen
733 Inklusion, zur Souveränität der EU und zur Stabilität unseres Zahlungssystems im
734 digitalen
735 Zeitalter leisten.

736 Bankenunion vollenden

737 Um die klimaneutrale Erneuerung unserer Wirtschaft zu unterstützen, muss das
738 Finanzsystem
739 resilienter werden und konsequent an den europäischen Nachhaltigkeitszielen
740 ausgerichtet
741 sein. Jede Finanzierungsentscheidung ist eine Entscheidung über die Wirtschaft
742 der Zukunft
743 und muss deshalb auch mit unseren Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen
744 kompatibel
745 sein.

746 Der Bankensektor ist in der EU zentral für die Finanzierung der Investitionen
747 von
748 Unternehmen und Bürger*innen in die Modernisierung unserer Wirtschaft. Eine
749 weitere
750 Bankenkrise können wir uns schon allein deshalb nicht leisten. Mit einer hohen
751 Eigenkapitalquote, regelmäßigen Stresstests und der Vollendung der Bankenunion
752 stellen wir

753 die Banken stabil auf. Mit einer europäischen Einlagenrückversicherung, die den
754 Erhalt der
755 Institutssicherungssysteme von Sparkassen und Genossenschaftsbanken erlaubt,
756 einem
757 funktionierenden Abwicklungsregime sowie einer Trennung des Kreditgeschäfts mit
758 Privatkund*innen vom Investmentbanking bei Großbanken können wir verhindern,
759 dass
760 Kreditinstitute im Fall einer Insolvenz mit Steuergeld gerettet werden müssen.
761 Indem wir
762 Banken verpflichten, die von ihnen finanzierten Emissionen schrittweise zu
763 reduzieren,
764 sorgen wir dafür, dass ihr Geschäft in Einklang mit dem Ziel der
765 Klimaneutralität steht.

766 Neben den Banken müssen auch alle anderen Akteure des Finanzsektors wie
767 Ratingagenturen,
768 Versicherer und Pensionsfonds Klimarisiken offenlegen und berücksichtigen. Wir
769 setzen uns
770 dabei für mehr Kohärenz bei der europäischen Gesetzgebung ein, um unnötige
771 Bürokratie –
772 insbesondere bei kleineren Unternehmen – zu verhindern.

773 Die grüne Taxonomie der EU ist ein Mittel, um die Finanzierung
774 umweltverträglicher
775 Wirtschaftsaktivitäten zu unterstützen. Deshalb bleibt es falsch, Atomenergie
776 und Erdgas als
777 nachhaltig einzustufen. Nachhaltigkeit ist aber komplexer als ein binäres Ja
778 oder Nein, denn
779 dafür brauchen wir auch starke und innovative Zulieferer, zum Beispiel für E-
780 Autos oder
781 Windräder, die bisher in der Taxonomie nicht erfasst sind. Das wollen wir
782 zukünftig besser
783 abbilden. Wir wollen bei der grünen Taxonomie weitere Abstufungen ergänzen,
784 damit
785 Investitionen in den Übergang in eine nachhaltige Wirtschaft ausreichend
786 finanziert werden.
787 Es sollen zukünftig auch soziale Aspekte berücksichtigt werden.

788 Grüne Geldanlagen sind im Mainstream angekommen, denn viele Menschen wollen sich
789 an
790 Zukunftsbranchen beteiligen und dabei auch das Klima schützen. Die
791 Finanzaufsicht hat mit
792 dem schnellen Wachstum nachhaltiger Finanzprodukte jedoch nicht Schritt
793 gehalten. Um das
794 Vertrauen der Anleger*innen zu festigen, wollen wir deshalb die europäischen
795 Finanzaufsichtsbehörden mit weitreichenden Kompetenzen gegen Greenwashing
796 ausstatten und ein
797 staatliches Labelssystem für nachhaltige Geldanlagen einführen. Verbraucher*innen
798 sollen
799 Klarheit haben, welchen Beitrag ein Finanzprodukt zur klimaneutralen
800 Modernisierung unserer
801 Wirtschaft leistet.

802 Wir wollen die Kapitalmarktunion zu einem Erfolg machen. Hierfür müssen wir das
803 Vertrauen
804 der Sparer*innen zurückgewinnen. Denn Interessenkonflikte durch Provisionen
805 haben dafür
806 gesorgt, dass Sparer*innen viel zu oft teure, riskante oder unpassende
807 Finanzprodukte
808 verkauft wurden. Wir wollen, dass Provisionen in der Finanzberatung
809 mittelfristig keine
810 Rolle mehr spielen und jedem den Zugang zu unabhängiger provisionsfreier
811 Beratung
812 ermöglichen. Nur so können wir die Potenziale der Kapitalmarktunion für alle
813 zugänglich
814 machen.

815 4. Steuergerechtigkeit

816 Steuerhinterziehung bekämpfen

817 Die Finanzierung unseres demokratischen Gemeinwesens hängt davon ab, dass alle
818 ihren fairen
819 Beitrag leisten – für Schulen und Kinderbetreuung, für Krankenhäuser, für eine
820 gute Bus- und
821 Bahninfrastruktur. Mutige Whistleblower*innen und unabhängige Medien haben in
822 den letzten
823 Jahren eine ganze Reihe internationaler Steuerskandale aufgedeckt. Sie haben
824 belegt, wie
825 Superreiche und viele Großunternehmen Steuertricks nutzen, um Gewinne in
826 Niedrigsteuerrländer
827 zu verschieben: über Steuerschlupflöcher, Briefkastenfirmen und Steueroasen bis
828 hin zu
829 Steuerbetrug. Diese Praktiken wälzen die Steuerlast auf die Bürger*innen und
830 besonders
831 kleine und mittlere Unternehmen ab, die rechtmäßig ihre Steuern zahlen.
832 Schätzungen zufolge
833 verursacht Steuermissbrauch EU-weit Verluste von jährlich mehr als 170
834 Milliarden Euro.
835 Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sind häufig grenzüberschreitende Probleme.
836 Die EU kann
837 hier einen wirkungsvollen Beitrag zur Bekämpfung leisten.

838 Auch im Kampf gegen Steuervermeidung, die beispielsweise durch Verlagerung von
839 Gewinnen in
840 Steueroasen geschieht, wollen wir weiter voranschreiten. Es braucht strengere
841 Kriterien, um
842 sicherzustellen, dass die EU-Liste der Steueroasen wirklich vollständig wird. So
843 fehlen
844 aktuell namhafte Steueroasen wie beispielsweise Singapur. Länder mit einem
845 Steuersatz von
846 null Prozent müssen automatisch auf der EU-Liste der Steueroasen landen, wie
847 beispielsweise

848 Bermuda oder die Cayman Islands. Entscheidungen darüber, welches Land auf die
849 Liste gesetzt
850 wird, müssen transparent, nach einheitlichen Kriterien und unparteiisch
851 getroffen werden.

852 Ebenso wollen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Steuerbehörden
853 wesentlich
854 verbessern, um den EU-weiten Austausch steuerrelevanter Informationen zu
855 stärken. Wir
856 begrüßen, dass dabei nun ebenfalls Kryptoassets voll erfasst werden sollen.

857 Wir werden den Missbrauch von Briefkastenfirmen angehen, also Firmen, die nur
858 existieren, um
859 Steuern zu hinterziehen oder zu verlagern. Wir fordern die Mitgliedstaaten auf,
860 den
861 entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission schnell und ohne ihn abzuschwächen
862 anzunehmen –
863 die EU wäre mit dieser Gesetzgebung weltweit Vorreiterin.

864 Quellensteuern senken das Risiko von Steuerhinterziehung und -umgehung, wie es
865 sich beim
866 Cum-Ex- und Cum-Cum-Skandal gezeigt hat, sowie die Gewinnverlagerung in
867 Niedrigsteuerländer.

868 Wir unterstützen daher die Pläne der EU-Kommission zur Einführung eines EU-
869 weiten Systems
870 für die Quellensteuer auf Dividenden und Zinszahlungen und setzen uns für einen
871 weiteren
872 Schritt ein – einen EU-weiten Quellensteuer-Mindestsatz. International müssen
873 wir das
874 Problem von Quellensteuern auf Auslandszahlungen in Drittländern außerhalb der
875 EU angehen.

876 Steuerdumping beenden

877 Der Flickenteppich nationaler Steuervorschriften und der Steuerwettbewerb
878 zwischen den EU-
879 Mitgliedstaaten bei den Körperschaftssteuersätzen erschweren faire
880 Wettbewerbsbedingungen im
881 Binnenmarkt. Um dem entgegenzuwirken, muss die Steuergesetzgebung Schritt halten
882 mit neuen
883 Geschäftsmodellen, die internationaler, komplexer und digitaler geworden sind.
884 So
885 profitieren die großen Digitalunternehmen mit ihren immateriellen Gütern (wie
886 Daten, Wissen
887 oder Algorithmen) davon, dass Unternehmensgewinne am Ort einer physischen
888 Niederlassung oder
889 Fabrik besteuert werden und nicht beispielsweise dort, wo die Nutzer*innen
890 digitaler Dienste
891 verortet sind. Wir wollen verhindern, dass der Bäckerladen um die Ecke einen
892 deutlich
893 höheren Steuersatz zahlt als ein internationaler Großkonzern. Alle Unternehmen

894 müssen ihren
895 gerechten Anteil zur Finanzierung des Gemeinwohls beitragen.

896 Auf dem Weg zu einer fairen und effektiven Unternehmensbesteuerung in Europa ist
897 ein großer
898 Schritt genommen worden: Die EU hat sich – infolge eines Durchbruchs auf Ebene
899 der
900 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – endlich
901 auf eine
902 Mindestbesteuerung großer multinationaler Unternehmen von 15 Prozent geeinigt.
903 Damit können
904 sie sich einem Mindeststandard an Besteuerung nicht mehr entziehen. Die
905 Umsetzung in den
906 Mitgliedstaaten und der Vorschlag der EU-Kommission für einen neuen EU-Rahmen
907 zur
908 Unternehmensbesteuerung (BEFIT) müssen nun folgen. Die Einigung auf die
909 Mindestbesteuerung
910 ist ein zentraler Schritt bei der Reform des internationalen Steuersystems. Er
911 reicht aber
912 noch nicht aus, damit die großen Digitalunternehmen, der E-Commerce oder
913 multinationale
914 Unternehmen in Europa fairer besteuert werden. Sollten bei den auf OECD-Ebene
915 aktuell
916 stockenden Verhandlungen in diesem Bereich keine Fortschritte absehbar sein,
917 sollte die EU-
918 Kommission vorschlagen, wie dieses Ziel europäisch weiterverfolgt werden kann.

919 Steuertransparenz ist ein wirkungsvolles Instrument, da es Steuerdumping für
920 alle sichtbar
921 macht. Die Einigung auf die öffentliche länderbezogene Steuerberichterstattung
922 von
923 Großunternehmen im Jahr 2021 war in diesem Sinne ein Meilenstein. Wenn große
924 Unternehmen
925 offenlegen, wie viel Steuern sie in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten zahlen,
926 führt das zu
927 einer besseren Kontrolle ihrer Steuerpraktiken. Aber es werden noch nicht alle
928 Länder
929 erfasst. Wir werden darauf hinarbeiten, die im Gesetz verankerte Klausel zur
930 Überprüfung der
931 Richtlinie zu nutzen, um die Richtlinie zu verbessern und eine weltweite
932 Aufschlüsselung
933 relevanter Steuerdaten zu erreichen. Um einen zerstörerischen Steuerwettbewerb
934 zwischen den
935 EU-Mitgliedstaaten zu verhindern, braucht es darüber hinaus ein klares
936 Rahmenwerk der EU für
937 Steuerbegünstigungen, die einzelne Mitgliedstaaten Unternehmen gewähren können.

938 Gemeinwesen solidarisch finanzieren

939 Steuergerechtigkeit heißt, dass hohe Vermögen und Milliardengewinne von
940 Unternehmen einen
941 fairen Beitrag leisten müssen, um das Gemeinwesen solidarisch zu finanzieren,

942 Klimaschutz
943 und Nachhaltigkeit zu fördern und soziale Ungleichheit abzubauen. In der ganzen
944 EU hat die
945 starke Ungleichverteilung und Konzentration insbesondere von Vermögen weiter
946 zugenommen.

947 Um diese Probleme adressieren zu können, muss die EU auch in der Steuerpolitik
948 handlungsfähig sein. Vorstöße gegen Steuerdumping und Steuerflucht werden immer
949 wieder durch
950 Vetos einzelner EU-Mitgliedstaaten verhindert. Wir wollen die bestehenden
951 Möglichkeiten der
952 Verträge ausschöpfen, qualifizierte Mehrheitsentscheidungen zu treffen.
953 Perspektivisch
954 eröffnet die Überwindung des Einstimmigkeitsprinzips größeren gemeinsamen
955 Handlungsspielraum.

956 Infolge des russischen Kriegs in der Ukraine erzielten Öl- und Gaskonzerne durch
957 hohe
958 Energiepreise extrem hohe Zufallsgewinne. Diesen unverhältnismäßigen Gewinnen
959 einiger
960 Krisengewinner stehen Höchststände bei der Armut gegenüber, die durch sprunghaft
961 gestiegene
962 Lebenshaltungskosten noch verstärkt wurden. Dass sich die EU in dieser Situation
963 auf eine
964 Übergewinnsteuer geeinigt hat, durch die die großen Energiekonzerne einen
965 Krisenbeitrag an
966 die Gesellschaften zurückgeben, ist ein großer Erfolg. Ein Teil der
967 gegenwärtigen Inflation
968 wurde durch überzogene Profite verursacht und ist nicht durch gestiegene
969 Produktionskosten
970 gerechtfertigt. Wir fordern, das Instrument der Übergewinnsteuer auch für andere
971 Bereiche
972 fest zu verankern, um in ökonomischen Sondersituationen die öffentlichen
973 Haushalte zu
974 entlasten. Schlupflöcher wie das Kleinrechnen von Gewinnen über mehrere
975 Geschäftsjahre oder
976 die Gewinnverlagerung ins Ausland müssen geschlossen werden. Unternehmen, die in
977 erneuerbare
978 Energien reinvestieren, sollten eine Gutschrift erhalten.

979 5. Innovationskraft und Bürokratieabbau

980 Europäische Forschung an der Weltspitze verankern

981 Für die großen technologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen
982 Herausforderungen
983 unserer Zeit brauchen wir das gebündelte Wissen unseres gesamten Kontinents und
984 darüber
985 hinaus. Deswegen ist eine europäische Wissenschafts- und Forschungspolitik, die
986 Menschen und
987 Institutionen aus ganz Europa verbindet und sie bei der Entfaltung einer freien

988 Forschung
989 unterstützt, ein Schlüsselement für eine Zukunft in Freiheit und Wohlstand.
990 Wir wollen,
991 dass die nächsten großen Durchbrüche für eine komfortable und klimafreundliche
992 Mobilität,
993 für Hochleistungsrechner oder ein Medikament gegen Krebs oder Alzheimer in
994 Europa erdacht
995 und produziert werden.

996 Im Zentrum steht dabei das Programm Horizont Europa, das die
997 Forschungsaktivitäten der EU
998 bündelt. Es ist ein höchst erfolgreiches und bei Antragsteller*innen sehr
999 beliebtes
1000 Förderprogramm, das weltweit seinesgleichen sucht. Wir wollen seinen Umfang im
1001 nächsten
1002 europäischen Finanzrahmen ausbauen.

1003 Europäische Forschungspolitik muss die freie Grundlagenforschung ebenso wie die
1004 missions-
1005 und anwendungsorientierte Forschung beinhalten. Zentral dafür ist die
1006 Klimaforschung, für
1007 die wir im laufenden Zyklus von Horizont Europa eine feste Quote von 35 Prozent
1008 für die
1009 europäische Klimaforschung verankern konnten. Wir treten für eine gut
1010 ausgestattete
1011 Grundlagenforschung ein – etwa im European Research Council, der
1012 Exzellenzforschung par
1013 excellence. Die für Forschende so wichtige Marie-Skłodowska-Curie-
1014 Mobilitätsförderung wollen
1015 wir verstetigen. Wir machen uns auch weiterhin dafür stark, dass Sozial- und
1016 Geisteswissenschaften (SSH) einen festen Platz in der EU-Förderkulissee bekommen,
1017 denn sie
1018 sind von hoher Bedeutung für lebendige und resiliente Kultur, Gesellschaft und
1019 Demokratie.
1020 Open Science, also das Prinzip, dass Forschungsergebnisse frei zugänglich sein
1021 sollen,
1022 wollen wir als Prinzip von Horizont Europa weiterhin stärken.

1023 Horizont Europa ist bereits mit vielen Partnerländern weltweit verbunden, was
1024 den
1025 Wissensaustausch fördert. Wir haben aber für unsere Forschenden den Anspruch:
1026 Horizont
1027 Europa muss noch internationaler werden und weitere Partnerländer einbinden.

1028 Aus Ideen Wohlstand machen

1029 Für die wirtschaftliche Zukunft Europas sind Innovationen von entscheidender
1030 Bedeutung. Wir
1031 wollen sie auf ihrem Weg vom Labor in die Praxis unterstützen. Innovationen sind
1032 als
1033 Wachstumskeime ein entscheidender Baustein für den wirtschaftlichen Erfolg von
1034 morgen.

1035 Aufbauend auf der Grundlagenforschung gestalten wir eine missionsorientierte
1036 Forschung, die
1037 uns dabei hilft, die großen Herausforderungen unserer Zeit anzugehen: Wir
1038 brauchen
1039 beispielsweise einen schnelleren Roll-out der erneuerbaren Energien, effektive
1040 Behandlungen
1041 für Krebs, smarte digitale Lösungen für Klima, Energie und Mobilität und nicht
1042 zuletzt
1043 soziale Innovationen, um kluge Konzepte umzusetzen. Die Missionen von Horizont
1044 Europa sollen
1045 sich weiterhin insbesondere am Green Deal orientieren. Um sie umzusetzen, wollen
1046 wir
1047 Hochschulen, Institute, Zivilgesellschaft, Start-ups und die Industrie
1048 zusammenbringen.

1049 Innovationspolitik ist ein entscheidender Teil unserer aktiven Wirtschafts- und
1050 Industriepolitik. Wir wollen die Programmbestandteile von Horizont Europa so
1051 ausbauen, dass
1052 sie schnell und dynamisch die besten Ideen auf dem Weg zu ihrer Umsetzung
1053 unterstützen.

1054 Dafür soll die EU auch verstärkt regionale Innovationsökosysteme unterstützen
1055 und dabei
1056 neben den Universitäten die Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw.
1057 Fachhochschulen
1058 in den Blick nehmen. Bisher profitieren diese von der EU-Förderung häufig nicht
1059 im selben
1060 Maße wie Universitäten, sind aber besonders in der anwendungsnahen Forschung
1061 sehr stark.
1062 Solche Cluster von Forschung, Lehre und Anwendung sind zentral, um Innovationen
1063 zu fördern,
1064 sichtbar zu machen und vor Ort klimaneutralen Wohlstand zu schaffen.

1065 Die bestehenden Instrumente wollen wir handhabbarer und schneller machen. Dies
1066 gilt
1067 beispielsweise für die Wissensgemeinschaften (KIC), die sich besonders der
1068 Nachwuchsausbildung widmen, zum Beispiel in Master- oder
1069 Weiterbildungsprogrammen. So können
1070 wir dafür sorgen, dass wir möglichst vielen eine Chance geben, sich in die
1071 Zukunftsbranchen
1072 einzubringen.

1073 Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen sind auch in diesem
1074 relevanten
1075 Bereich von großer Bedeutung: Die Kommission hat eine Vielzahl von öffentlich-
1076 privaten
1077 Partnerschaften geschaffen, die EU-Gelder gemeinsam mit der Industrie verwalten.
1078 Wir möchten
1079 hier eine Transparenzinitiative starten und sicherstellen, dass Hochschulen,
1080 Forschungsinstitute und Gründer*innen stärker von diesen Förderinstrumenten
1081 profitieren.

1082 Mit Europäischen Start-ups durchstarten

1083 Eine innovative Unternehmenslandschaft braucht ein lebendiges
1084 Gründungsgeschehen. Hier
1085 entstehen die erfolgreichen Geschäftsmodelle von morgen. Dafür muss Gründen
1086 schneller und
1087 einfacher werden. Wir setzen uns dafür ein, dass bisher weniger aktive
1088 Mitgliedstaaten
1089 beispielsweise von Estland, dem europäischen Vorreiterland für Start-ups, lernen
1090 können.

1091 Wir brauchen in der Kommission eine klare Zuständigkeit für Start-ups, damit der
1092 Know-How-
1093 Transfer in der EU besser koordiniert und eine Strategie für das europäische
1094 Gründungsgeschehen erarbeitet wird.

1095 Wir wollen sicherstellen, dass es in jedem Mitgliedsland One-Stop-Shops gibt.
1096 Dort finden
1097 Gründer*innen Begleitung und Beratung aus einer Hand. Einen Überblick über alle
1098 Förderprogramme für Gründer*innen soll ein digitaler Kompass bieten. Mit einem
1099 Klick ohne
1100 Umwege zur Antragstellung – das ist unser Ziel.

1101 Die European Tech Champions Initiative, die die Bundesregierung gemeinsam mit
1102 anderen EU-
1103 Mitgliedstaaten ins Leben gerufen hat, ist ein wichtiger Baustein, um Start-ups
1104 in der
1105 Wachstumsphase besser zu unterstützen. Ergänzend wollen wir regelmäßige
1106 europäische Matching
1107 Hubs ins Leben rufen, die private Investor*innen mit Gründer*innen an einen
1108 Tisch bringen,
1109 eine Messe für Geschäftsmodelle der Zukunft.

1110 Mittelstand fördern

1111 Die Innovationsfähigkeit und die Tatkraft der KMU und des Handwerks sind Motor
1112 der
1113 europäischen Wirtschaft. Diese Unternehmen werden im Verhältnis besonders stark
1114 durch die
1115 Einführung neuer Regelungen belastet. Um sie zu unterstützen, wollen wir KMU-
1116 Tests
1117 verbessern und konsequent anwenden, mit denen neue Gesetze auf ihre Auswirkungen
1118 auf KMU
1119 überprüft werden. Wir setzen uns zusätzlich für angemessene Ausnahmen und
1120 Übergangsfristen
1121 für KMU in neuen Gesetzen ein. Durch vereinfachte Antragsverfahren erleichtern
1122 wir den
1123 Zugang von KMU zu Förder- und Investitionsprogrammen der EU. Mithilfe von
1124 festgelegten KMU-
1125 Quoten stellen wir sicher, dass diese Programme ihnen auch tatsächlich
1126 zugutekommen. Die
1127 Förderlandschaft in der EU werden wir vereinheitlichen und stärker mit

1128 nationalen
1129 Förderinstrumenten verzahnen.

1130 Manche Gesetzesvorschriften erweisen sich als mittlerweile überholt, andere in
1131 der Praxis
1132 als untauglich. Wir setzen uns für eine regelmäßige Überprüfung aller
1133 Regulierungen ein, um
1134 bürokratische Anforderungen zu vereinfachen und Vorschriften, die ihr Ziel
1135 verfehlen, wieder
1136 zu streichen. Beispielsweise wollen wir die Meldepflicht bei touristischen
1137 Übernachtungen
1138 und die A1-Bescheinigungen durch einen praktikableren Ansatz ersetzen.

1139 Ein zentrales Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der
1140 Verwaltung. Dadurch
1141 können viele Behördengänge entfallen, der Datenaustausch automatisiert und
1142 Anträge leichter
1143 gestellt werden. Verwaltungsleistungen sollen so weit wie möglich digital
1144 erfolgen.
1145 Verfahrensstände sollen online einsehbar werden. Durch eine stärkere Vernetzung
1146 von
1147 europäischen und nationalen Behörden soll das Once-Only-Prinzip eingeführt
1148 werden, damit
1149 Daten künftig nur noch einmal bei Unternehmen abgefragt werden, um sie dann im
1150 Rahmen der
1151 datenschutzrechtlichen Vorgaben und innerhalb der Behörden austauschen zu
1152 können. Die
1153 Schriftformerfordernis in Verwaltungsverfahren wollen wir weitgehend abschaffen.

1154 6. Digitale Souveränität

1155 Europa digital fit machen

1156 Digitalisierung liefert einen Schlüssel für zentrale Herausforderungen unserer
1157 Zeit. Sie
1158 erlaubt es, grundlegende Lebensbereiche wie Verkehr, Bildung, Gesundheit oder
1159 Energie völlig
1160 neu zu denken. Damit bietet sie enorme Chancen für die wirtschaftliche
1161 Entwicklung und für
1162 die Vereinfachung vieler Aufgaben für alle – von lästigen Verwaltungsgängen über
1163 das
1164 Management von Lieferketten in der Industrie bis hin zur Erforschung und
1165 Therapie schwerer
1166 Krankheiten. Wir wollen sie als Grundlage eines fairen, dezentralen, hoch
1167 vernetzten und
1168 resilienten Wirtschaftssystems gestalten.

1169 Auch im digitalen Bereich erleben wir einen Systemwettbewerb – zwischen einer
1170 emanzipatorischen Digitalisierung, die Bürger*innen befähigt und Freiheit
1171 stärkt, und einer
1172 Digitalisierung, die entmündigt und Überwachung fördert. Europa muss sich in

1173 diesem
1174 Wettstreit selbstbewusst positionieren. Wir wollen deshalb die digitale
1175 Souveränität Europas
1176 sichern, stärken und ausbauen.

1177 Basis einer digitalen europäischen Souveränität ist unter anderem eine
1178 resiliente und
1179 klimafreundliche Infrastruktur, zu der Breitbandnetze, Mobilfunknetze,
1180 Knotenpunkte,
1181 Rechenzentren und die Verlässlichkeit sensibler Lieferketten zählen. Wir wollen
1182 vermehrt die
1183 Entwicklung und Produktion von Infrastrukturkomponenten in Europa vorantreiben,
1184 seien es
1185 Halbleiter oder Mobilfunktechnik. Dabei können wir auf starke europäische
1186 Unternehmen in
1187 verschiedenen Sektoren der Digitalisierung aufbauen. Die Anbindung an die
1188 globale
1189 Netzinfrastruktur, ob bei Unterseekabeln oder Knotenpunkten, wollen wir mit
1190 starken
1191 europäischen Akteuren gestalten.

1192 Digitalisierung voranzutreiben, heißt auch, sie in politischen Vorhaben
1193 mitzudenken. Wir
1194 wollen die digitale Umsetzung von Gesetzesvorhaben bereits im legislativen
1195 Prozess
1196 berücksichtigen. Damit können staatliche Dienstleistungen schneller und
1197 effizienter erbracht
1198 werden. Vor allem kann die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse helfen,
1199 politische Regeln
1200 – vom Grenzausgleichsmechanismus CBAM bis zum Datenschutz – in der
1201 wirtschaftlichen Praxis
1202 handhabbar zu machen.

1203 Die rasanten Fortschritte in der Entwicklung und Anwendung von KI stellen eine
1204 riesige
1205 Chance für viele Lebensbereiche dar. Sie kann dem Menschen dienen, unser Leben
1206 vereinfachen
1207 und unseren Wohlstand mehren, sie kann Prozesse in Alltag, Wissenschaft,
1208 Verwaltung und
1209 Wirtschaft verändern und vereinfachen. Moderne KI-gestützte Verfahren können
1210 beispielsweise
1211 dabei helfen, den Einsatz von Wasser sowie Pestiziden zu verringern und
1212 gleichzeitig den
1213 Ernteertrag erhöhen. Sie schonen die Umwelt und erhöhen die Wirtschaftlichkeit.
1214 Wir wollen
1215 KI nach unseren gemeinsamen Werten einsetzen. Mit dem KI-Gesetz macht Europa
1216 einen großen
1217 Schritt in diese Richtung, der weltweit wahrgenommen und genau beobachtet wird.
1218 Wir wollen
1219 diese Potenziale gestalten und nutzbar machen, dazu gehören die bessere
1220 Verfügbarkeit von
1221 Daten und die Unterstützung bei Forschung und Transfer.

1222 Mit datensparsamen und nachhaltigen technologischen Lösungen sowie mit Open-
1223 Source- und
1224 Open-Data-Lösungen schaffen wir europäische Standortvorteile.

1225 Wir wollen ökologische Standards in der IT international etablieren,
1226 Nachhaltigkeitsstandards für Softwaredesigns entwickeln und implementieren sowie
1227 energieintensive Rechenzentren klimaneutral betreiben lassen. Für Software und
1228 vernetzte
1229 Geräte muss „Sustainability by Design“ die Regel sein; für KI, Cloud-
1230 Plattformen, Browser,
1231 Suchmaschinen, digitale Marktplätze und soziale Netzwerke muss die EU
1232 Nachhaltigkeitsstandards entwickeln. Dazu fordern wir einen Digital
1233 Sustainability Act, ein
1234 europäisches Gesetz, das die Innovationskraft des Sektors für Informations- und
1235 Kommunikationstechnologie für Nachhaltigkeit optimiert. Eine
1236 Abwärmeinfrastruktur von
1237 Rechenzentren wollen wir in die europäische Energieinfrastruktur integrieren.

1238 Daten rechtebasiert nutzen

1239 Daten und die Verarbeitung von großen Datensätzen sind die Grundlage für
1240 zahlreiche
1241 innovative Technologien und besonders der KI. Die kluge Nutzung von Daten
1242 leistet einen
1243 wichtigen Beitrag dazu, unser Zusammenleben zu bereichern und zahlreiche
1244 gesellschaftliche
1245 Probleme anzugehen sowie wirtschaftliches Wachstum zu fördern, Ressourcen zu
1246 schonen und die
1247 wissenschaftliche Forschung voranzubringen.

1248 Die Entwicklung von KI und der Erfolg europäischer KI-Modelle hängen vor allem
1249 an der
1250 Verfügbarkeit von Daten. Wir wollen nicht personenbezogene Daten rechtebasiert
1251 besser
1252 nutzbar und leichter zugänglich machen. Wir haben dazu beigetragen, dass dieses
1253 Prinzip bei
1254 der Gesetzgebung zur Nutzung und dem verbesserten Austausch von Daten zwischen
1255 Unternehmen
1256 im Rahmen der Datenstrategie umgesetzt wurde. Projekte wie die Smart City
1257 Barcelona können
1258 ein Vorbild sein, wie Daten verfügbar gemacht werden und Forschung sowie
1259 Innovation
1260 vorangetrieben werden.

1261 Die EU hat mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) den Datenschutz in den
1262 vergangenen
1263 Jahren weltweit stark geprägt und globale Maßstäbe bei der Regelung des Schutzes
1264 von
1265 personenbezogenen Daten gesetzt.

1266 Die Durchsetzung der Regeln in den Mitgliedstaaten ist allerdings
1267 unterschiedlich. Während
1268 in Deutschland Entbürokratisierung und mehr Rechtssicherheit nötig sind, müssen

1269 die Regeln
1270 gegenüber den internationalen Digitalkonzernen mit Sitz in anderen
1271 Mitgliedstaaten genauso
1272 konsequent durchgesetzt werden. Gerade die Big-Tech-Unternehmen haben sich
1273 aufgrund der
1274 laxen Durchsetzung in den letzten Jahren Wettbewerbsvorteile verschaffen können,
1275 die für
1276 alle Wirtschaftsbereiche und insbesondere im Bereich Werbung, soziale Netzwerke
1277 und KI
1278 entscheidend sind. Deshalb muss die Europäische Kommission für eine einheitliche
1279 und
1280 konsequente Durchsetzung der DSGVO sorgen, um die Grund- und Bürger*innen-Rechte
1281 wirksam zu
1282 schützen sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen zu schaffen,
1283 die eine
1284 Sonderbehandlung von Großkonzernen gegenüber KMU ausschließen.

1285 Durch die Digitalisierung des Datenschutzes sehen wir weitere Möglichkeiten,
1286 Nutzer*innen in
1287 der Durchsetzung ihrer Ansprüche zu unterstützen, KMU die Umsetzung zu
1288 vereinfachen und
1289 allseitige Rechtssicherheit zu schaffen. Darüber hinaus erleichtert der Ansatz
1290 es
1291 Bürger*innen, ihre Daten für Forschungszwecke zu spenden und so die für KI-
1292 Modelle
1293 notwendigen Datenpools zu erzeugen.

1294 Digitale Standards setzen

1295 Vertrauen und Verlässlichkeit sind für Verbraucher*innen und Unternehmen das A
1296 und O einer
1297 erfolgreichen Digitalisierung. Dieses Vertrauen wird durch gemeinsame Standards
1298 gefördert
1299 und gewährleistet. Daher treten wir für faire, offene und resiliente digitale
1300 Regelungsrahmen ein. Unser besonderes Augenmerk richtet sich auf die notwendige
1301 Investitionssicherheit für europäische Unternehmen, insbesondere KMU. Denn nur
1302 klare und
1303 verlässliche Regeln stellen innovative, vertrauenswürdige und somit erfolgreiche
1304 Wirtschaftsräume sicher. Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und dem Digitale-
1305 Märkte-
1306 Gesetz (DMA) haben wir in der EU dazu wichtige Schritte getan. Die Vollendung
1307 des digitalen
1308 Binnenmarktes kann Europa dabei helfen, global wettbewerbsfähig zu sein.

1309 Ein wesentlicher Schlüssel erfolgreicher Digitalpolitik liegt in der
1310 Interoperabilität:
1311 Europas digitale Systeme müssen die gleiche Sprache sprechen. Interoperabilität
1312 bezeichnet
1313 die Fähigkeit von IT-Systemen, über die Grenzen von Unternehmen, Behörden und
1314 Forschungseinrichtungen hinweg Geschäftsprozesse abzuwickeln – vollautomatisch,
1315 ohne
1316 manuelle Zuarbeiten. Das erfordert die Standardisierung gemeinschaftlicher

1317 Softwareschnittstellen, spezifisch für jeden Anwendungsfall. Auf diese Weise
1318 können
1319 Einzelpersonen, Firmen, Forschungseinrichtungen und
1320 Nichtregierungsorganisationen (NGOs)
1321 gleichermaßen miteinander Transaktionen ausführen.

1322 Die Erfahrung zeigt, dass Standardisierung innovativen Technologien zum
1323 Durchbruch verhelfen
1324 kann. Beispiele dafür sind das World Wide Web oder der digitale Mobilfunk (GSM).
1325 Interoperabilität durchbricht Monopolstellungen, eröffnet damit Wirtschaftsräume
1326 und
1327 milliardenschwere Märkte, die vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen
1328 aus Europa
1329 riesige Chancen bieten.

1330 Die EU hat mit dem European Interoperability Framework (EIF) einen ersten
1331 Kristallisationspunkt geschaffen, an dem wir ansetzen: In verschiedenen Gruppen
1332 erarbeiten
1333 Vertreter*innen unterschiedlicher Interessensgruppen die standardisierten IT-
1334 Schnittstellen
1335 (Profile) für den jeweiligen Anwendungsfall.

1336 Das Erarbeiten dieser Standards muss demokratisch legitimiert sein.
1337 Willkürlichen Konsortien
1338 internationaler Großunternehmen fehlt es daran. Wir wollen die Standardisierung
1339 daher ebenso
1340 für Entwickler*innen, die Zivilgesellschaft und kleine und mittlere Unternehmen
1341 öffnen.
1342 Damit alle unter gleichen Voraussetzungen an dieser Gestaltung mitwirken können,
1343 muss ihr
1344 Engagement vergütet werden. Wir sehen es als zentrale Aufgabe der EU, über diese
1345 demokratische Governance zu wachen sowie für Planungs- und
1346 Investitionssicherheit zu sorgen.

1347 Die EU kann darüber hinaus durch die Macht der öffentlichen Hand als Kundin
1348 einen
1349 entscheidenden Beitrag dazu leisten, diese Standards am Markt durchzusetzen.

1350 Verbraucherschutz digitalisieren

1351 Die zunehmende Relevanz von Software und digitalen Plattformen muss sich im
1352 Verbraucher*innenschutz widerspiegeln. In den vergangenen Jahren hat die EU hier
1353 bedeutende
1354 Fortschritte gemacht. Mit dem DSA und dem DMA haben wir in Europa die
1355 Grundsteine gelegt, um
1356 klare Regeln im Internet zu schaffen und Wettbewerb wiederherzustellen. Die Big-
1357 Tech-
1358 Konzerne müssen nun regelmäßig das Risiko bewerten, das ihre Algorithmen für die
1359 Gesellschaft darstellen – und wo nötig Gegenmaßnahmen vorschlagen. Auf unseren
1360 Druck hin
1361 erhalten Wissenschaftler*innen und NGOs Zugang zu den Daten der Plattformen, um
1362 deren
1363 Wirkungsweise zu erforschen und öffentlich zu machen. Diese Regeln gilt es

1364 jetzt, in
1365 Deutschland und Europa konsequent durchzusetzen und aufgrund der durch
1366 Datenzugänge
1367 gewonnenen Erkenntnisse weiterzuentwickeln. Gesetze zum Schutz von
1368 Verbraucher*innen im
1369 digitalen Raum müssen durchgesetzt und angewendet werden; hierzu wollen wir auf
1370 nationaler
1371 und europäischer Ebene die Verbraucherschutzstellen stärken. Die Regulierung
1372 digitaler
1373 Plattformen muss die Dominanz großer digitaler Marktplätze stärker in den Blick
1374 nehmen.
1375 Immer stärker kommt es in diesem Zusammenhang auch zu Grundrechtsverletzungen
1376 dieser
1377 Plattformen, wenn Nutzer*innen grundlos gesperrt werden.

1378 Wir wollen für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen, die KMU gute Zugänge bieten
1379 und
1380 Verbraucher*innen nicht unbegrenzter Marktmacht aussetzen. Es muss gewährleistet
1381 sein, dass
1382 diese ihre Produkte zu fairen Bedingungen online handeln können. Dafür werden
1383 wir
1384 nötigenfalls das Wettbewerbsrecht nachschärfen. Wir wollen die Rechte von
1385 Nutzer*innen auf
1386 digitalen Kommunikationsplattformen stärken. Interoperabilität hilft dabei:
1387 Plattformen
1388 sollen miteinander kommunizieren können, sodass Nutzer*innen unterschiedlicher
1389 Dienste
1390 miteinander in Austausch treten können. Das Umziehen von Daten wird dadurch
1391 möglich und
1392 verbessert, damit Nutzer*innen beim Verlassen von Plattformen darauf
1393 zurückgreifen können.

1394 7. Kreislaufwirtschaft

1395 Abhängigkeiten bei Rohstoffen reduzieren

1396 Sie stecken im E-Auto auf der Straße oder im Solarpanel auf dem Dach: Für eine
1397 klimaneutrale
1398 Wirtschaft, die nötigen Technologien und Produkte brauchen wir Rohstoffe. Laut
1399 Internationaler Energieagentur (IEA) wird sich der Bedarf an metallischen
1400 Rohstoffen allein
1401 für grüne Energietechnologien bis zum Jahr 2040 vervierfachen, um die Ziele des
1402 Pariser
1403 Klimaabkommens zu erfüllen. Ein großer Teil dieser Rohstoffe wird derzeit in
1404 Ländern des
1405 Globalen Südens abgebaut – und in der Volksrepublik China in Schmelzen und
1406 Raffinerien
1407 weiterverarbeitet. Deutsche und europäische Unternehmen sind bei einer Reihe von
1408 Metallen zu
1409 75 bis 100 Prozent auf Importe angewiesen. Da mit China derzeit ein einziges

1410 Land die
1411 zentrale Stellung in der Rohstofflieferkette einnimmt, muss Europa seine
1412 Rohstoffquellen
1413 diversifizieren, um die eigene Unabhängigkeit zu sichern. Wir setzen uns deshalb
1414 für die
1415 Gründung einer europäischen Rohstoffagentur sowie für regelmäßige und
1416 verpflichtende
1417 Stresstests für betroffene Unternehmen ein, um die Rohstoffsicherheit der
1418 europäischen
1419 Wirtschaft zu gewährleisten.

1420 Mit dem EU Critical Raw Materials Act (CRMA) haben wir einen großen Schritt für
1421 mehr
1422 Rohstoffsicherheit gemacht. Das Ziel des CRMA ist, dass nicht mehr als 65
1423 Prozent der
1424 Importe kritischer Rohstoffe aus einem einzigen Drittstaat kommen dürfen. Unser
1425 Ansatz der
1426 Diversifizierung basiert auf verschiedenen Säulen: die Reduktion des
1427 Rohstoffverbrauchs und
1428 die Umsetzung einer effektiven Kreislaufwirtschaft, die Substitution besonders
1429 knapper
1430 Rohstoffe, die Verwendung und Weiterverarbeitung heimischer Rohstoffe in der EU
1431 sowie die
1432 Umsetzung einer nachhaltigen Rohstoffaußenpolitik, die auf die Ausweitung der
1433 partnerschaftlichen Kooperationen mit Ländern weltweit setzt und dabei
1434 ambitionierte
1435 Nachhaltigkeitsziele verfolgt.

1436 Zirkulär wirtschaften

1437 Der kluge Umgang mit Ressourcen ist eine der zentralen Voraussetzungen für eine
1438 wettbewerbsfähige Wirtschaft. Kreislaufwirtschaft ist im Mainstream angekommen
1439 und wir
1440 machen sie zum europäischen Erfolgsmodell. Der größte Beitrag zur
1441 Rohstoffsicherheit ist das
1442 Einsparen von knappen Rohstoffen und ihre wiederholte Nutzung. Die
1443 Kreislaufwirtschaft
1444 verfolgt das Ziel, dass Materialien und Produkte so lange wie möglich geteilt,
1445 geleast,
1446 wiederverwendet, repariert, aufgearbeitet und recycelt und Abfälle auf ein
1447 Minimum reduziert
1448 werden. Das beginnt schon beim Entwerfen von neuen Produkten. Deshalb wollen wir
1449 eine
1450 ressourcenschonende, langlebige und umweltfreundliche Gestaltung im Sinne eines
1451 „Designs for
1452 Recycling“ unterstützen. Es ist gut, dass die Ökodesign-Richtlinie nun auch in
1453 diesem Sinne
1454 weiterentwickelt wird. Verbrauchsgüter sollen strengere Mindestkriterien
1455 erfüllen, um Klima
1456 und Ressourcen zu schonen. Produzenten müssen den gesamten Lebenszyklus ihrer
1457 Produkte in

1458 den Blick nehmen, damit neben der Produktion auch die Verwendung und die
1459 Verwertung
1460 möglichst nachhaltig sind. Wir setzen auch auf die nachhaltige Nutzung des
1461 bestehenden
1462 Gebäudebestands und den Einsatz modularer Bauweisen.

1463 Viel zu oft landet zum Beispiel die Waschmaschine auf dem Müll, weil es
1464 einfacher und
1465 günstiger ist, sie neu zu kaufen, als sie reparieren zu lassen. So werden
1466 Ressourcen unnötig
1467 verbraucht und in der EU jährlich 35 Millionen Tonnen Abfall aus noch
1468 gebrauchsfähigen Waren
1469 verursacht. Für eine Gesellschaft ohne Müll wollen wir das Recht auf Reparatur,
1470 eine Pflicht
1471 zur Bereitstellung von Ersatzteilen und die Zerstörung von Neuwaren minimieren.
1472 Auch das
1473 Zerstören zurückgeschickter Waren aus dem Onlinehandel soll so bald ein Ende
1474 haben.

1475 Noch immer verlieren wir wertvolle Rohstoffe zur Produktion von Waren aufgrund
1476 lückenhafter
1477 Regeln. Illegalen Abfallexporten wollen wir durch eine konsequente Umsetzung der
1478 neuen
1479 Abfallverbringungsverordnung den Riegel vorschieben. Wir setzen uns dafür ein,
1480 dass
1481 Plastikmüllexporte in Drittstaaten gänzlich beendet werden.

1482 Für die Erhöhung der Versorgungssicherheit in der EU brauchen wir einen
1483 europäischen Ansatz,
1484 damit wir die Rohstoffquellen und -verarbeitungskapazität auf unserem Kontinent
1485 effektiv
1486 nutzen können. Dazu gehört auch der heimische Bergbau von knappen Rohstoffen und
1487 die
1488 Stärkung der Weiterverarbeitungskapazitäten in der EU. Wir werden uns dafür
1489 einsetzen, dass
1490 die EU dies unter Einhaltung von hohen Nachhaltigkeits- und
1491 Menschenrechtsstandards
1492 ambitioniert voranbringt.

1493 Doch Rohstoffquellen gibt es nicht nur unter der Erde: In unseren Häusern,
1494 Infrastrukturen,
1495 aber auch in unseren Deponien und Halden liegen Rohstoffquellen, die wir bislang
1496 nicht
1497 ausreichend erschlossen haben. Deshalb wollen wir eine konsequente
1498 Wiederverwendung und
1499 Weiternutzung von Rohstoffen durch eine zirkuläre Wirtschaft fördern, die die
1500 Chancen der
1501 Digitalisierung nutzt, sowie das sogenannte Urban Mining vorantreiben. Dadurch
1502 schaffen wir
1503 neue Geschäftsmodelle und verringern gleichzeitig den Bedarf an knappen
1504 Primärrohstoffen.

1505 Mehrweg- und Pfandsysteme möchten wir europaweit vereinheitlichen und ausweiten.
1506 Wir wollen
1507 die Sammelquoten von Batterien erhöhen und insbesondere ein Rückgabesystem für
1508 Lithium-
1509 Ionen-Batterien einführen. Die Verwendung von kritischen Rohstoffen wie Lithium
1510 sollte durch
1511 weniger kritische Mineralien ersetzt werden, etwa durch den verstärkten Einsatz
1512 von Natrium-
1513 Ionen-Batterien. Hierfür wollen wir weitere Forschungsgelder bereitstellen.

1514 Rohstoffpartnerschaften schließen

1515 Um unsere Rohstofflieferquellen außerhalb der EU vielfältiger zu gestalten,
1516 setzen wir uns
1517 für eine nachhaltige Rohstoffaußenpolitik ein. Sie zielt darauf ab, neue und
1518 strategische
1519 Partnerschaften im Rohstoffsektor aufzubauen und bestehende Partnerschaften zu
1520 vertiefen.
1521 Wir unterstützen internationale Kooperationsformate wie die Minerals Security
1522 Partnership
1523 (MSP) und eine verstärkte Zusammenarbeit der G7 im Rahmen des Clubs für
1524 kritische Rohstoffe.

1525 Darüber hinaus wollen wir partnerschaftliche Kooperationen mit rohstoffreichen
1526 Ländern
1527 weltweit vertiefen und diese bei der Um- und Durchsetzung ihrer Nachhaltigkeits-
1528 und
1529 Menschenrechtsstandards unterstützen. Wir wollen Kooperationsangebote nicht nur
1530 einseitig im
1531 europäischen Versorgungsinteresse ausrichten, sondern Partnerländern dabei zur
1532 Seite stehen,
1533 ihre Wertschöpfung im Rohstoffsektor zu erhöhen und sie so besser in
1534 Lieferketten zu
1535 integrieren. Wir wollen Länder bei dieser Aufgabe über den Global Gateway und
1536 andere
1537 Finanzierungsinitiativen unterstützen und in diesem Kontext auch den Ausbau von
1538 Transport-
1539 und Energieinfrastruktur fördern.

1540 8. Moderne Mobilität

1541 Europas Verkehrswende voranbringen

1542 Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, in Europa sicher und bezahlbar mobil
1543 zu sein.
1544 Damit das auch morgen noch so ist, gestalten wir ein Verkehrssystem, das
1545 klimaneutral
1546 funktioniert. Dazu gehört, dass Menschen sich auch ohne eigenen
1547 Personenkraftwagen (Pkw)
1548 komfortabel bewegen können. Wir brauchen gut ausgebaute Schienenwege und

1549 attraktive Züge,
1550 ein engmaschiges Netz an Radwegen und Radrouten, den Ausbau der E-
1551 Ladeinfrastruktur, ein
1552 sicheres Straßennetz, klimaneutralen Flug- und Schiffsverkehr und attraktive
1553 Angebote, um
1554 verschiedene Verkehrsträger zu kombinieren.

1555 Eine solche Verkehrswende ist ein zentraler Baustein für ein gutes und
1556 selbstbestimmtes
1557 Leben im Einklang mit dem Klimaschutz – in der Stadt und auf dem Land. Wir
1558 setzen uns
1559 deshalb dafür ein, dass das europäische Bahnnetz weiter ausgebaut wird.
1560 Insbesondere die
1561 Wiederherstellung von Lückenschlüssen zwischen den Ländern, europäischer
1562 Güterverkehr und
1563 gute Nachtzüge haben für uns Priorität.

1564 Nachtzüge sind eine komfortable und klimafreundliche Möglichkeit, lange Strecken
1565 innerhalb
1566 Europas zurückzulegen, und damit eine gute Alternative zum Fliegen. Ein massiver
1567 Ausbau des
1568 Nachtzugverkehrs ist daher geboten. Wir setzen uns deshalb für reduzierte
1569 Trassenpreise,
1570 eine bessere Förderung für grenzüberschreitende Züge, für den zügigen Ausbau der
1571 Eisenbahninfrastruktur und insbesondere eine industriepolitische Offensive für
1572 moderne
1573 Schlafwagen ein.

1574 Die Stärkung von Bahn- und Fahrradwirtschaft bietet nicht zuletzt große
1575 Beschäftigungspotenziale in der Entwicklung, Produktion und Instandhaltung.
1576 Insbesondere das
1577 industriepolitische Potenzial der Fahrradwirtschaft für lokale,
1578 ressourceneffiziente
1579 Produktion ist bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Deshalb setzen wir uns für
1580 eine
1581 europäische Fahrradstrategie ein, die auch den Bau sicherer Fahrradwege und die
1582 Förderung
1583 der privaten und gewerblichen Nutzung von Cargobikes umfasst.

1584 Tickets einfach buchen

1585 Was beim Buchen von Flügen selbstverständlich ist, soll künftig auch für alle
1586 Zugreisen in
1587 Europa Standard sein. Mit einem anbieterübergreifenden Ticketing-System können
1588 wir
1589 Buchungsplattformen in die Lage versetzen, durchgehende Fahrkarten
1590 einschließlich Sharing-
1591 Angeboten für alle anzubieten. Dabei werden jeweils die günstigsten Fahrkarten
1592 auf einfache
1593 Weise zugänglich gemacht. Reisende werden anschauliche und transparente
1594 Informationen zu den
1595 Kosten, Fahrzeiten sowie zur Klimawirkung der jeweiligen Reiseoption bekommen

1596 und die für
1597 sie beste Option wählen können. Damit Europa auf der Schiene zusammenrückt,
1598 müssen Buchungen
1599 einfacher erfolgen.

1600 Dies sollte auch für den Offlineverkauf von Fahrscheinen gelten.
1601 Interrailtickets sollten
1602 leichter reserviert werden können. Wir wollen zum unbeschwertem Reisen einladen
1603 und deshalb
1604 die Fahrgastrechte stärken. Zum Beispiel sollen Reisende bei Zugausfall jeden
1605 beliebigen
1606 nächsten Zug oder Bus nutzen können, auch wenn dieser von einem anderen
1607 Unternehmen
1608 betrieben wird.

1609 Auch im europaweiten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) soll eine
1610 konsequente Umsetzung
1611 des Open-Data-Prinzips dafür sorgen, dass Mobilitätsangebote für alle leicht und
1612 günstig
1613 nutzbar sind. Insbesondere Sharing-Modelle und die Kombination verschiedener
1614 Verkehrsmittel,
1615 zum Beispiel E-Bike und Bahn oder Park and Ride, sollen davon profitieren. Um
1616 klimafreundliche Mobilität zu fördern, wollen wir Fahrgästen in neuen Zügen die
1617 Fahrradmitnahme ermöglichen.

1618 Daneben wollen wir in Europa für das Flatrate-Prinzip im ÖPNV werben, das wir
1619 mit dem
1620 Deutschland-Ticket erfolgreich im eigenen Land etabliert haben. Das Deutschland-
1621 Ticket soll
1622 auch in der ersten Station im Nachbarland gelten, um den grenzübergreifenden
1623 Austausch zu
1624 stärken.

1625 Antriebswende umsetzen

1626 Damit auch morgen noch alle mobil sein können, wollen wir die Antriebswende zur
1627 Klimaneutralität beschleunigen. Dabei muss das Prinzip gelten, so viele
1628 Verkehrsmittel wie
1629 möglich elektrisch mit erneuerbaren Energien zu betreiben. Grüner Wasserstoff
1630 und die darauf
1631 basierenden E-Fuels sollten bevorzugt dort eingesetzt werden, wo Verkehrsmittel
1632 nicht
1633 preiswerter elektrisch betrieben werden können.

1634 Die Automobilindustrie ist ein zentraler Industriezweig in Deutschland und
1635 bietet viele
1636 Arbeitsplätze. Wir wollen sie auch deshalb auf dem Weg der Antriebswende
1637 unterstützen. Die
1638 EU hat in einer historischen Entscheidung beschlossen, dass ab 2035 keine
1639 fossilen
1640 Verbrennungsmotoren in Pkw mehr neu zugelassen werden dürfen. Nun braucht es
1641 eine
1642 flächendeckende, intelligent vernetzte und effiziente Ladeinfrastruktur für alle

1643 Verkehrsmittel. Es muss ohne Probleme möglich sein, mit einem E-Auto von
1644 Stockholm nach
1645 Syrakus zu fahren. Um den Übergang zur E-Mobilität möglichst attraktiv zu
1646 gestalten, wollen
1647 wir aktuelle Mängel im Verbraucherschutz, zum Beispiel teure Roaming-Gebühren
1648 beim Laden
1649 eines E-Autos, abschaffen.

1650 Neueste Entwicklungen deuten darauf hin, dass auch der schwere Güterverkehr auf
1651 der Straße
1652 in Zukunft zum größten Teil batterieelektrisch abgewickelt werden kann. Dazu
1653 braucht es den
1654 schnellen Ausbau der Ladeinfrastruktur für Lastkraftwagen (Lkw) entlang der
1655 europäischen
1656 Fernstraßen und in den Güterverteilzentren.

1657 Neue Pkw und andere Verkehrsmittel sollen schon in der Herstellung und
1658 Entwicklung durch
1659 Effizienzstandards stärker an Energie- und Ressourceneffizienz orientiert
1660 werden. So wollen
1661 wir größere Anreize für Hersteller schaffen, um leichte und effiziente Lösungen
1662 anzubieten.
1663 Um den schweren Luft- und Schiffsverkehr klimaneutral zu gestalten, unterstützen
1664 wir die
1665 Produktion nachhaltiger Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien, zum Beispiel E-
1666 Kerosin. Für
1667 Häfen unterstützen wir den schnellen Aufbau einer klimaneutralen Versorgung. So
1668 werden
1669 fossile und biogene Brennstoffe im Verkehr in einer Generation der Vergangenheit
1670 angehören.
1671 Für den Flugverkehr unterstützen wir die Forschung und Entwicklung von
1672 klimaneutralen
1673 Technologien.

1674 Verkehr sicher machen

1675 Wir verfolgen die Vision Zero für den Straßenverkehr. Diese zielt darauf ab,
1676 dass es keine
1677 Verkehrsunfälle mit schweren Verletzungen mehr gibt. Wir setzen uns deshalb für
1678 sichere
1679 Schulwege, Tempo 30 und Verkehrssicherheitszonen in dicht bevölkerten
1680 Innenstädten sowie für
1681 ein EU-weites Tempolimit auf Autobahnen ein.

1682 Lärm wird als Gesundheitsfaktor noch immer unterschätzt. Wir setzen uns für
1683 ambitioniertere
1684 Reduktionsziele im Verkehr ein. Flugzeuge, Bahnen, Autos und Motorräder wollen
1685 wir stärker
1686 für die Gesundheit der Menschen in die Verantwortung nehmen. Dazu wollen wir die
1687 EU-
1688 Umgebungslärmrichtlinie sowie quellenbezogene Lärmrichtlinien (beispielsweise
1689 Grenzwerte für

1690 die Geräuschemission von Fahrzeugen) weiterentwickeln und an den Stand der
1691 Technik anpassen.
1692 Mehrfachbelastungen wollen wir stärker berücksichtigen. So kann die
1693 Gesundheitsbelastung der
1694 Menschen durch Verkehr um bis zu 50 Prozent gesenkt werden. Auch Stickoxide,
1695 (Ultra-
1696)Feinstaub, Reifen- und Bremsabrieb müssen für den Schutz der Gesundheit
1697 minimiert werden.
1698 Die Luftreinhaltungsrichtlinie und die Euro-7-Abgasnorm sind hierfür wichtige
1699 Schritte.

1700 9. Gesunde Natur

1701 Unsere Natur bewahren

1702 Wir sind Teil der Natur. Unser Wohlstand, unsere Lebensqualität, unsere Zukunft
1703 hängen von
1704 ihr ab. Die Natur zu schützen und dafür Sorge zu tragen, dass wir sie auch in
1705 Zukunft noch
1706 verantwortungs- und respektvoll nutzen können, ist eine entscheidende Aufgabe
1707 der Politik.
1708 Das gilt nicht zuletzt, weil der Reichtum der europäischen Lebensräume – von den
1709 unberührten
1710 Wäldern Nord- und Osteuropas über die vielfältigen Kulturlandschaften
1711 Mitteleuropas bis hin
1712 zum Mittelmeer – unser Selbstverständnis als Europäer*innen prägt und weltweit
1713 für unseren
1714 Kontinent steht.

1715 Wir haben hier auch dank unserer Anstrengungen in Deutschland und Europa in den
1716 vergangenen
1717 Monaten große Durchbrüche erzielt:

1718 Das EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law, NRL)
1719 sowie die
1720 Vereinbarungen der Weltnaturkonferenz in Montreal 2022 und das Abkommen der UN
1721 zum Schutz
1722 der Biodiversität auf Hoher See sind historische Meilensteine. 30 Prozent der
1723 Land- und
1724 Meeresflächen sollen dank dieser Abkommen unter Naturschutz stehen, 10 Prozent
1725 der Flächen
1726 sogar unter besonderem Schutz. Bedrohte Arten und Lebensräume sollen endlich
1727 besser
1728 geschützt und geschädigte Ökosysteme wiederhergestellt werden. Zudem wurden
1729 erstmals
1730 verbindliche Regeln für den Schutz der Hohen See vereinbart. Insgesamt dürfen
1731 damit
1732 Meeresressourcen nur noch nachhaltig genutzt werden. Mit dem NRL haben wir im
1733 Europäischen
1734 Parlament unseren Kontinent auf den Kurs für die dringend notwendige
1735 Wiederherstellung der

1736 europäischen Natur gesetzt. Diese Pläne müssen wir jetzt verwirklichen: Eine
1737 verbesserte
1738 Naturschutzfinanzierung ist zum Erreichen der globalen und europäischen Ziele
1739 unabdingbar.
1740 Deshalb fordern wir einen eigenen Naturschutzfonds ein. Mit dem NRL sollen bis
1741 2050 alle
1742 Ökosysteme auf den Weg der Erholung geführt werden. Wir setzen uns dafür ein,
1743 dass die
1744 entsprechenden Konzepte bis 2035 vorliegen müssen.

1745 Artenvielfalt retten

1746 Die Klimakrise geht einher mit einer Biodiversitätskrise extremen Ausmaßes.
1747 Beide bedingen
1748 einander: Die Natur ist unsere wichtigste Verbündete im Kampf gegen die
1749 Klimakrise.
1750 Naturschutz und Klimaschutz müssen gemeinsam gedacht werden.

1751 Wir möchten daher besonders den natürlichen Klimaschutz fördern.
1752 Schlüsselemente sind hier
1753 die Wiedervernässung von Mooren und Auen, ein naturnaher Waldumbau und
1754 effektiver
1755 Meeresschutz.

1756 Wir setzen uns dafür ein, dass es keinen Tiefseebergbau geben wird, bis
1757 ausreichend
1758 wissenschaftliche Erkenntnisse über dessen Auswirkungen vorliegen und ernsthafte
1759 Umweltschäden ausgeschlossen werden können. Denn neben Mooren und Wäldern
1760 gehören die Ozeane
1761 zu den wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen die Klima- und
1762 Biodiversitätskrisen.

1763 Intakte Ökosysteme gibt es nur mit einer lebendigen Artenvielfalt. Von den 8
1764 Millionen Tier-
1765 und Pflanzenarten auf unserer Erde sind 1 Million vom Aussterben bedroht – und
1766 damit ein
1767 unendlicher Reichtum. Dieses Massensterben muss dringend gestoppt werden. Ein
1768 wichtiger
1769 Hebel dafür ist die Art und Weise, wie wir Flächen bewirtschaften. Den
1770 Artenschwund in und
1771 um Agrarflächen und Wälder wollen wir stoppen, indem wir die Flächenversiegelung
1772 aufhalten
1773 und den Naturschutz in der Bewirtschaftung von Flächen stärken. Der Erhalt von
1774 Ökosystemen
1775 muss deshalb immer mitgedacht werden. Wir setzen uns insbesondere für den
1776 Insekten-, Vogel-
1777 und Bodenschutz ein. In der Bewirtschaftung wollen wir die ökologische
1778 Landwirtschaft und
1779 naturnahe Waldbewirtschaftung fördern. Wir brauchen Misch- statt Monokulturen in
1780 Land- und
1781 Forstwirtschaft, weniger Pestizideinsatz sowie eine Abkehr von degradierenden
1782 Praktiken wie

1783 Kahlschlägen. Wir machen uns gegen illegale Rodungen stark und fordern klare,
1784 einheitliche
1785 Definitionen für die europäische Forstwirtschaft. Dafür braucht es ein
1786 einheitliches
1787 Monitoring und europaweite ökologische Mindeststandards im Wald. Im Hinblick auf
1788 die
1789 zunehmende Trockenheit brauchen wir außerdem eine europäische
1790 Waldbrandstrategie, die durch
1791 naturnahe Wälder, die Vermeidung von Kahlschlägen und ökologische
1792 Schutzkorridore die
1793 Brandgefahr eindämmt.

1794 Zur Erhaltung der Artenvielfalt wollen wir die natürlichen Lebensräume wieder
1795 miteinander
1796 vernetzen, sodass Wanderungen und ein genetischer Austausch möglich und dadurch
1797 stabile
1798 Populationen gesichert sind. Das ist eine grüne Infrastruktur für Europas Natur.
1799 Zentral
1800 dafür ist das Natura-2000-Netzwerk. Die genetische Vielfalt fördert die
1801 Resilienz unserer
1802 Ökosysteme und schafft somit auch einen gesellschaftlichen Mehrwert. Die
1803 Korridore sollen in
1804 engem Austausch mit den Kommunen, Landwirt*innen und Förster*innen entstehen.
1805 Darüber hinaus
1806 wollen wir sicherstellen, dass Ökosysteme nicht zusätzlich zerschnitten werden,
1807 ohne einen
1808 genetischen Austausch zu gewährleisten. Wir engagieren uns für die
1809 Bereitstellung
1810 finanzieller Anreize für Landwirt*innen und Landbesitzer*innen, um nachhaltige
1811 Praktiken
1812 einzuführen, die den Schutz der Natur und der Artenvielfalt fördern.

1813 In diesem Rahmen wollen wir klimaresiliente Ökosysteme wiederherstellen und
1814 Ausweichschutzgebiete für kälteliebende Arten sowie Hilfsprogramme für besonders
1815 betroffene
1816 Arten schaffen.

1817 Umwelt schützen

1818 Die zunehmende Verschmutzung und Vermüllung ist neben der Klima- und
1819 Biodiversitätskrise die
1820 dritte große Herausforderung für den Schutz unserer natürlichen
1821 Lebensgrundlagen. Sie
1822 belastet Mensch und Ökosysteme. Eine wichtige Rolle spielen dabei die
1823 Auswirkungen der
1824 Nutzung umwelt- und gesundheitsschädlicher Chemikalien. Besonders vordringlich
1825 ist es,
1826 Stoffe in den Blick zu nehmen, die Mensch und Ökosysteme dauerhaft schädigen.
1827 Dazu zählen
1828 sogenannte Ewigkeitschemikalien wie [per- und polyfluorierte Chemikalien \(PFAS\)](#).
1829 Diese werden
1830 seit Jahrzehnten zum Beispiel in der Herstellung von Halbleitern,

1831 Medizinprodukten,
1832 Textilien oder Kältemitteln vielfältig verwendet. Überall dort, wo sie gut
1833 ersetzt werden
1834 können und insbesondere in verbrauchernahen Produkten, wollen wir aus ihrer
1835 Verwendung rasch
1836 aussteigen. Gleichzeitig brauchen wir einen differenzierten Regulierungsrahmen,
1837 um die
1838 Entwicklung von Alternativen zu verstärken und den Produktionshochlauf wichtiger
1839 Zukunftstechnologien wie Elektrolyseuren oder elektrischer Antriebe nicht zu
1840 gefährden.

1841 Wir setzen uns zudem für eine Chemikalienstrategie ein, die
1842 Nachhaltigkeitsanforderungen
1843 wirklich umsetzt, vor allem bei Spielzeug-, Lebensmittelkontaktmaterialien und
1844 Kosmetik. Wir
1845 wollen deshalb bei der Reform des europäischen Instruments für die Sicherheit
1846 von
1847 Chemikalien (REACH-Regelung) schneller vorankommen. Wir setzen uns für die
1848 Verwendung eines
1849 umfassenderen Ansatzes zur Risikobewertung ein, der verschiedene Dimensionen der
1850 Wirkung von
1851 Chemikalien, schnellere Verfahren und bessere Sanktionsmöglichkeiten
1852 berücksichtigt.

1853 Vor allem aber wollen wir unsere Chemie nachhaltig und damit zukunftstauglich
1854 aufstellen.
1855 Deshalb setzen wir uns für ein neues Investitionsprogramm für sichere und
1856 nachhaltige
1857 Chemikalien „made in EU“ (EU Sustainable Chemistry Act) zur Förderung des
1858 Markthochlaufs von
1859 Green Chemistry ein. Dies ist ein Teil unseres Programms für eine klimagerechte
1860 Industriepolitik.

1861 Sauberes Wasser für alle

1862 Besonders extreme Dürren und Starkregenereignisse nehmen in Europa deutlich zu.
1863 Das ist eine
1864 große Herausforderung, um in ganz Europa die Versorgung mit sauberem Wasser
1865 sicherzustellen,
1866 und ein Stressfaktor für unsere Natur. Bilanziell hat etwa Deutschland in den
1867 vergangenen 20
1868 Jahren 20 Prozent seiner Wasservorräte verloren. Wir brauchen deshalb eine
1869 europäische
1870 Wasserstrategie, die Extreme abpuffert, sauberes Trinkwasser für alle sichert
1871 sowie den
1872 Bedarf in der Landwirtschaft und in den natürlichen Lebensräumen deckt. Neben
1873 dem Gesetz zur
1874 Wiederherstellung der Natur müssen auch die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie
1875 schnellstmöglich umgesetzt werden, um die Übernutzung von Grundwasser und die
1876 dadurch
1877 drohende Schädigung von Feuchtgebieten und Flüssen zu verhindern.

1878 Wir setzen uns ein für den Umbau hin zu einer klimaresilienten
1879 Wasserinfrastruktur und einem
1880 naturverträglichen Hochwasserschutz. Das Risiko von Überflutungen durch
1881 Starkregenereignisse
1882 reduzieren wir durch mehr Regenwasserbecken, Grünflächen, Bäume und
1883 Fassadenbegrünung.
1884 Dieser Umbau zur Schwammstadt bietet gleichzeitig Kühlung und verbessert die
1885 Luftqualität.

1886 Wir brauchen klare europaweite Grenzwerte, um bei länderübergreifenden
1887 Wasserkrisen, wie an
1888 der Oder, konsequent handeln zu können. Wir verschreiben uns dem Ziel, 25.000
1889 Kilometer in
1890 der EU in frei fließende Flüsse zu renaturieren – wie in der EU-
1891 Biodiversitätsstrategie
1892 vorgesehen. Und wir setzen uns für einen Vorrang für Trinkwasser gegenüber
1893 gewerblicher oder
1894 landwirtschaftlicher Nutzung ein.

1895 Dazu ist es auch notwendig, die sparsame Nutzung und die Speicherung von Wasser
1896 in der
1897 Landschaft stärker in den Mittelpunkt zu stellen, ob im Gemüsebau durch
1898 Tröpfchenbewässerung, im Wald durch naturnahen Mischwald oder in Gewerbe und
1899 Industrie durch
1900 sparsame Prozesse und Wiederaufbereitung. Hier setzen wir verstärkt auf
1901 Kooperation
1902 innerhalb Europas und mit den Mittelmeeranrainern. Denn die Erfahrungen in den
1903 semiariden
1904 Gebieten des Südens werden in den anderen Teilen Europas dringend gebraucht.

1905 Tiere schützen

1906 Wir haben eine besondere Verantwortung für Tiere in menschlicher Obhut. Wir
1907 wollen, dass
1908 Europa alle Tiere durch konsequente und ambitionierte Gesetzgebung sowie die
1909 Durchsetzung
1910 bestehender Regelungen schützt. Denn Europäer*innen wollen Tierschutz: Sechs der
1911 zehn
1912 erfolgreichen europäischen Bürgerinitiativen setzen sich dafür ein.

1913 Wir fordern die Umsetzung der Initiative „Fur Free Europe“, um die Pelztierzucht
1914 und den
1915 Handel mit Zuchtpelzprodukten auf dem europäischen Markt zu verbieten.

1916 Wir setzen uns darauf aufbauend für eine konsequente Umsetzung des EU-
1917 Aktionsplans zur
1918 Bekämpfung des illegalen Artenhandels ein. Den Import von Wildfängen für die
1919 Privathaltung
1920 wollen wir beenden sowie den Import und Handel von Arten unter Strafe stellen,
1921 die in ihrem
1922 Herkunftsland national geschützt sind. Wir sind für ein Einfuhrverbot von
1923 Jagdtrophäen von
1924 Tierarten, die durch das Washingtoner Artenschutzübereinkommen und die EU-

1925 Artenschutzverordnung geschützt sind, wie bereits vom EU-Parlament gefordert. In
1926 Handelsabkommen setzen wir uns für hohe Tierschutzstandards ein.

1927 EU und Mitgliedsländer sollen konkrete Ausstiegspläne aus Tierversuchen
1928 erstellen, die
1929 Experimente an Tieren für Chemikalienprüfungen und Medizinprodukte wo immer
1930 möglich beenden,
1931 für Arzneimittelentwicklung und Grundlagenforschung reduzieren und auch die
1932 Förderung
1933 tierversuchsfreier Bildungs- und Ausbildungsinitiativen umfassen. Die
1934 Entwicklung und
1935 Anerkennung von Ersatzmethoden wollen wir verstärken und beschleunigen. Geprüfte
1936 tierfreie
1937 Methoden sollen unverzüglich in Testrichtlinien aufgenommen werden und an die
1938 Stelle von
1939 Tierversuchen treten.

1940 **10. Eine starke Landwirtschaft**

1941 Gemeinsame Agrarpolitik weiter entwickeln

1942 Landwirt*innen versorgen uns nicht nur mit dem, was wir zum Überleben brauchen.
1943 Sie sorgen
1944 auch für eine Vielfalt an Lebensmitteln in Europa, die ihresgleichen sucht.
1945 Gleichzeitig
1946 erhalten und pflegen sie so unsere Kulturlandschaften, die Felder, Wiesen und
1947 Weinberge, die
1948 Europa auszeichnen. Wir wollen diese Landwirtschaft stärken – im Einklang mit
1949 der Natur und
1950 im Dienste aller Menschen, der Produzent*innen wie der Verbraucher*innen.

1951 Wir wollen dazu die europäische Agrarpolitik so umbauen, dass diejenigen, die
1952 die Flächen
1953 bewirtschaften, unbürokratisch für den Erhalt der Natur und der Kulturlandschaft
1954 bezahlt
1955 werden. Denn sie sind es, die diese gesellschaftliche Leistung erbringen, und
1956 nicht die
1957 Eigentümer*innen der Flächen.

1958 Statt pauschalen, flächenbezogenen Direktzahlungen in der Gemeinsamen
1959 Agrarpolitik (GAP),
1960 die Fehlanreize setzen und nicht zielgerichtet zu einer zukunftsfähigen
1961 landwirtschaftlichen
1962 Struktur beitragen, wollen wir konsequent Leistungen für Klima, Umwelt,
1963 Biodiversität,
1964 Gesundheit – und damit für das Gemeinwohl entlohnen. Leistungen sind so zu
1965 gestalten, dass
1966 sie Planungssicherheit ermöglichen und direkt bei den Landwirt*innen ankommen,
1967 die vor Ort
1968 verankert sind.

1969 Die EU-Agrarpolitik können wir damit so gestalten, dass sie allen in der
1970 Landwirtschaft
1971 tätigen Frauen und Männern eine Perspektive bietet, denn jeder Hof zählt. Indem
1972 wir
1973 regionale Wertschöpfungsketten vom Bauernhof bis zum Teller und das
1974 Lebensmittelhandwerk
1975 stärken, verbessern wir ihre wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

1976 Landwirt*innen müssen dabei gegenüber den Verarbeiter*innen und dem Einzelhandel
1977 in der
1978 Wertschöpfungskette gestärkt werden. Insbesondere der Einzelhandel kann und muss
1979 einen
1980 höheren Beitrag zur Stabilisierung der Erlöse für die Produzenten und der Preise
1981 für die
1982 Verbraucher*innen leisten. Wir setzen uns deshalb für europaweite Regelungen
1983 ein, um
1984 Preisdumping im Lebensmittelbereich zu beenden.

1985 Gute Lebensmittel für alle

1986 Ernährung ist ein zentraler Teil unserer Kultur und individuellen Identität. Sie
1987 ist
1988 maßgeblich für unsere Gesundheit und unsere Lebensqualität. Wir wollen eine gute
1989 Ernährung
1990 für alle ermöglichen. Das ist auch ein Beitrag zur Stärkung regionaler
1991 Wirtschaftsräume,
1992 denn die Herstellung und Verarbeitung von Lebensmitteln vor Ort schafft
1993 Wohlstand und
1994 regionale Identität.

1995 Jede und jeder soll frei entscheiden können, was auf den Teller kommt. Die EU
1996 kann die
1997 Entscheidungsfreiheit von Verbraucher*innen schützen, indem sie für verlässliche
1998 Informationen über Herkunft und Inhalt von Lebensmitteln sorgt. Wir unterstützen
1999 daher
2000 europaweite Labels, um nachhaltigen, regionalen, saisonalen, vielfältigen und
2001 tierschutzkonformen Konsum zu ermöglichen. Mit einem EU-weiten Rahmen für
2002 nachhaltige
2003 Ernährungssysteme stellen wir die Zeichen auf Nachhaltigkeit. Wir wollen etwa
2004 durch
2005 Änderungen des Vergaberechts Anreize setzen für eine bessere Ernährung in der
2006 Gemeinschaftsverpflegung, von Kita bis Krankenhaus. Wir wollen ein Umfeld
2007 schaffen, in dem
2008 es leicht ist, sich gesund und nachhaltig zu ernähren. Wir wollen, dass
2009 Nahrungsmittel frei
2010 von chemischen Rückständen wie Pestiziden und hormonwirksamen Stoffen sind. So
2011 schaffen wir
2012 eine nachhaltige und gesunde Ernährung für alle, besonders für Kinder.

2013 Lebensmittel gehören auf den Teller und nicht in den Müll. Wir setzen uns
2014 deshalb für
2015 rechtsverbindliche Maßnahmen ein, um die Lebensmittelverschwendung bis 2030 zu

2016 halbieren,
2017 einschließlich der Neubewertung von Aussortierungsmerkmalen und Supermarktnormen
2018 sowie der
2019 Einführung von Verzehr- statt Mindesthaltbarkeitsdaten, um verbindlichere
2020 Angaben für die
2021 sichere Verzehrbarkeit von Lebensmitteln zu liefern.

2022 Ökologische Landwirtschaft gestalten

2023 Europas Landwirtschaft muss nachhaltiger wirtschaften, um die Ernährung der
2024 Zukunft zu
2025 sichern. Agrarökologische Ansätze, die dieses Ziel verfolgen, können dabei der
2026 gesamten
2027 Landwirtschaft helfen. Ökologische Landwirtschaft ist die Vorreiterin dafür:
2028 Unser Ziel ist
2029 es, bis 2030 einen Anteil von 25 Prozent ökologischer Landwirtschaft zu
2030 erreichen und diesen
2031 Anteil bis 2035 und darüber hinaus weiter zu erhöhen. Ökologisch wirtschaftende
2032 Betriebe
2033 erzielen in Deutschland ein höheres Einkommen pro Person als konventionelle
2034 Betriebe. Das
2035 zeigt, dass es sich schon jetzt finanziell lohnt, in eine regionale und
2036 nachhaltige
2037 Wirtschaftsweise zu investieren. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür stärken.

2038 Dazu gehört auch die Forschungs- und Förderpolitik der EU. Es braucht mindestens
2039 30 Prozent
2040 der Mittel für den Ökolandbau in der Züchtungsforschung sowie Unterstützung bei
2041 der
2042 Entwicklung innovativer Konzepte für die Bio-Wertschöpfungskette. Außerdem
2043 sollen
2044 Ökobetriebe nicht mehr doppelt nachweisen müssen, dass sie Vorschriften
2045 einhalten. Das EU-
2046 Biosiegel wollen wir beim Tierschutz, insbesondere in der Eierproduktion,
2047 nachschärfen.

2048 Für eine nachhaltige und transparente Landwirtschaft ist es unabdingbar, dass
2049 Betriebe, die
2050 gentechnikfrei wirtschaften wollen, dies sicher tun können. Die EU soll
2051 garantieren, dass
2052 alle wissen, was bei ihnen auf den Teller kommt und wo es hergestellt wurde.
2053 Transparenz und
2054 Wahlfreiheit müssen besonders bei gentechnisch veränderten Futter- und
2055 Lebensmitteln
2056 sichergestellt werden. Patente auf Pflanzen lehnen wir ab, egal ob diese ihren
2057 Ursprung in
2058 konventioneller Züchtung oder in gentechnischen Verfahren haben. Damit sichern
2059 wir die
2060 Zukunft besonders kleiner und mittelständischer Landwirtschafts- und
2061 Zuchtbetriebe.

2062 Der übermäßige Einsatz von Pestiziden belastet unsere Natur auf vielfache Weise.
2063 Die bisher
2064 verabschiedeten europäischen Pläne zur Schadstoffreduktion aber werden noch
2065 nicht konkret
2066 umgesetzt. Das wollen wir ändern und dafür sorgen, dass die Ziele der EU auf
2067 wissenschaftlicher Basis weiterentwickelt werden. Die Mitgliedstaaten wollen wir
2068 zu weiteren
2069 wirksamen Maßnahmen verpflichten, etwa einer Pestizidabgabe.

2070 Wir schließen Rechtslücken, die bisher zum Beispiel den Einsatz von
2071 fruchtbarkeitsschädigenden Chemikalien in Dünger oder von Mikroplastik in
2072 Pestiziden
2073 erlauben. Die Genehmigungsverfahren für Pestizide wollen wir reformieren, indem
2074 die
2075 vorgelegten Studien nicht mehr von den Herstellern, sondern von den
2076 Bewertungsbehörden in
2077 Auftrag gegeben werden. Die Hersteller dürfen sich nicht länger aussuchen
2078 können, in welchem
2079 Mitgliedstaat die Behörden ihre Anträge prüfen. Um Zeit und Kapazitäten zu
2080 gewinnen,
2081 beschleunigen wir die Genehmigungsverfahren von Stoffen, bei denen früh klar
2082 ist, dass sie
2083 aufgrund von Ausschlusskriterien nicht genehmigungsfähig sind. Zudem setzen wir
2084 uns für die
2085 konsequente Umsetzung des Verursacherprinzips ein, sodass Unternehmen, die
2086 Pestizide in den
2087 Verkehr bringen, für entstandene Schäden im Grundwasser oder in der
2088 Biolandwirtschaft
2089 haften.

2090 Mit Nachhaltigkeit Ernährung sichern

2091 Die Landwirtschaft leidet besonders unter der Klimakrise mit langen Dürren und
2092 plötzlichem
2093 Starkregen. Wenn wir die Überdüngung beenden, den Einsatz von fossilen Düngern
2094 zurückfahren
2095 und die Böden wieder zu Senken von CO₂ machen, ist die Landwirtschaft ein
2096 zentraler Teil des
2097 natürlichen Klimaschutzes. Deshalb setzen wir uns für die Wiedervernässung von
2098 Mooren, den
2099 Aufbau von Holzmasse und die Weidewirtschaft ein – mit stabilen
2100 Einkommensperspektiven für
2101 Landwirt*innen. So kann die Landwirtschaft ihren nötigen Beitrag zum Klimaschutz
2102 und zur
2103 Klimaanpassung leisten.

2104 Die Wiedervernässung der Moore geht nur mit den Landwirt*innen zusammen. Uns ist
2105 wichtig,
2106 dass die Wertschöpfung in den Moorregionen erhalten bleibt. Deswegen
2107 unterstützen wir
2108 Landwirt*innen bei der Bewirtschaftung von wiedervernässten Moorflächen und
2109 fördern den

2110 Aufbau neuer Wertschöpfungsketten in ländlichen Räumen. Sowohl Moore als auch
2111 die

2112 Weidewirtschaft auf mineralischen Böden sind ein echter Klimaschützer, da hier
2113 deutlich mehr

2114 Kohlenstoff gespeichert wird als im Ackerboden. Außerdem stellt die
2115 Weidewirtschaft die

2116 tierfreundlichste Haltung dar. Diese wollen wir stärker fördern.

2117 Die europäischen Meere und ihre Fischbestände sind in einem schlechten Zustand.

2118 Wir werden

2119 deshalb die Meeresumwelt besser schützen, um auch den Fischbeständen und unseren

2120 Fischer*innen eine nachhaltige Perspektive zu geben. Deshalb unterstützen wir

2121 den

2122 Aktionsplan der Kommission zur Erhaltung der Fischereiresourcen und zum Schutz

2123 der

2124 Meeresökosysteme. Wir fördern Alternativen zur Stellnetz- und

2125 Schleppnetzfisherei und gehen

2126 gegen besonders umweltschädliche Fangmethoden vor.

2127 Tiere gut halten

2128 Wir wollen die Tierhaltung so gestalten, dass sie wertvolle Lebensmittel liefern

2129 kann, Tiere

2130 als Lebewesen in ihren Bedürfnissen respektiert und Teil einer nachhaltigen

2131 Bewirtschaftung

2132 unserer vielfältigen Landschaften ist. Die industrielle Tierhaltung dagegen

2133 gefährdet

2134 essenzielle Lebensgrundlagen und die Gesundheit der Menschen: zoonotische

2135 Erreger,

2136 multiresistente Keime, Trinkwasserverschmutzung, Lebensraumzerstörung,

2137 Artenverlust,

2138 Lebensmittelverschwendung in der Tiermast und hohe Klimagasemissionen – wenn wir

2139 Tieren

2140 schaden, schaden wir uns letztlich selbst.

2141 Deshalb wollen wir weniger Tiere besser halten und die Züchtung auf ihre

2142 Gesundheit

2143 konzentrieren. Daher setzen wir uns für die Etablierung, Verbesserung und

2144 bessere Kontrolle

2145 einheitlicher europaweiter Tierschutzstandards in Zucht, Haltung, Transport,

2146 Tötung und

2147 Handel ein. Das umfasst das Ende von Käfig- und Kastenhaltung sowie von

2148 fehlenden

2149 Brandschutzvorkehrungen. Im Mittelpunkt steht für uns die möglichst lokale

2150 Verarbeitung: Wir

2151 brauchen eine deutliche Reduzierung von Lebendtiertransporten. Dabei möchten wir

2152 Langstreckentransporte auf acht Stunden begrenzen und Tiertransporte in schwer

2153 kontrollierbare Regionen unterbinden. Bei der Schlachtung fordern wir eine

2154 bessere

2155 Kontrolle, ein Ende der CO₂- und Wasserbadbetäubung, die Betäubungspflicht bei

2156 der Tötung

2157 von Fischen, Krebsen, Hummern und Tintenfischen und ein Verbot der Tötung von
2158 Küken.

2159 Die Gesundheit von Mensch und Tier ist durch den übermäßigen Antibiotikaeinsatz
2160 in der

2161 landwirtschaftlichen Tierhaltung massiv bedroht. Derzeit werden mehr Antibiotika
2162 an gesunde

2163 Tiere als an kranke Menschen verabreicht. Den Antibiotikaeinsatz wollen wir
2164 drastisch

2165 reduzieren, um die Entstehung multiresistenter Keime zu vermeiden, die eine der
2166 größten

2167 gesundheitlichen Bedrohungen auch für den Menschen darstellen. Dafür braucht es
2168 eine

2169 Umstellung auf bessere Haltungsformen, eine Steigerung der Tiergesundheit, die
2170 Einschränkung

2171 der Gruppenbehandlung und vorrangige Behandlung kranker Einzeltiere.

2172 Reserveantibiotika

2173 sollen der Humanmedizin vorbehalten sein.

A4 B – Was Gerechtigkeit schützt

Antragsteller*in: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 11.09.2023)

Antragstext

1 Inflation mit steigenden Lebenshaltungskosten, Pandemie und zunehmende
2 Wetterextreme haben
3 viele Menschen in ganz Europa vor große Herausforderungen gestellt. Familien und
4 Rentner*innen mussten wegen der gestiegenen Lebenshaltungskosten schmerzhaft
5 Einschnitte
6 hinnehmen. Für viele Selbstständige und kleine Betriebe ist die
7 Existenzgrundlage
8 weggebrochen. Und bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein sorgen
9 gestiegene
10 Lebenshaltungskosten für akute, bisweilen gar existenzielle Nöte.

11 Zugleich hat die Krisenbewältigung der letzten Jahre gezeigt, was alles möglich
12 ist, wenn
13 wir zusammenstehen – in Deutschland und Europa.

14 Menschen sehnen sich in diesen Zeiten der Krise nach Stabilität und
15 Zusammenhalt. Europa
16 bietet darauf die Antwort. Die europäische Einigung hat den Lebensstandard von
17 Millionen von
18 Menschen angehoben und mehr soziale Sicherheit gebracht. Wir sind überzeugt: Die
19 Menschen in
20 Europa müssen sich gerade in Krisenzeiten auf einen starken Sozialstaat
21 verlassen können,
22 der wirksam vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützt.

23 Die Europäische Union (EU) kann einen Schutzraum bieten, der die sozialen Rechte
24 grenzüberschreitend und für die gesamte Breite der Gesellschaft sichert. Die EU
25 kann
26 zugleich für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sorgen, die gerechten
27 Wohlstand
28 überhaupt erst ermöglichen. Ein Wohlstand, der bei denen ankommen muss, die ihn
29 erarbeiten.

30 Ein Wohlstand für die Vielen. Indem wir europaweit die Infrastruktur für
31 klimaneutrales
32 Wirtschaften bauen, erzeugen wir Wertschöpfung, erhalten und schaffen gute Jobs
33 für
34 Millionen von Menschen: Wirtschaftliche und soziale Infrastruktur gehen Hand in
35 Hand und
36 bedingen einander.

37 Das starke und gerechte Europa, das wir gestalten wollen, zielt im Kern auf den
38 Schutz jeder
39 und jedes Einzelnen, auf den Respekt vor der Leistung aller. Es schützt die
40 Rechte der
41 Arbeitnehmer*innen gegen Ausbeutung. Es reduziert Ungleichheit. Es sichert den
42 Anspruch der
43 Bürger*innen auf wirksame Medikamente und den Zugang zu hochwertiger
44 Gesundheitsversorgung.

45 Es sorgt dafür, dass Verbraucher*innen ihre Ansprüche durchsetzen können. Es
46 trägt dazu bei,
47 dass Familien besser abgesichert sind und Kinder eine gute Zukunft haben.

48 Europa ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Die Europäische ist auch eine soziale
49 Union, die
50 sich dem sozialen Fortschritt verschrieben hat. Das Versprechen von einem Leben
51 in Würde und
52 Freiheit, von guten Arbeits- und Lebensbedingungen, von gleichen Chancen und
53 einem Auskommen
54 ohne Armut, Ausgrenzung oder Diskriminierung zeichnet Europa aus – ein
55 Gerechtigkeitsversprechen an die Breite der Gesellschaft.

56 Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Versprechen nun auch überall eingelöst
57 wird. Dafür
58 wollen wir die soziale Dimension der EU weiter stärken. Wir wollen die
59 Bedingungen dafür
60 verbessern, dass alle Europäer*innen noch einfacher und sicherer überall in der
61 Union leben
62 und arbeiten können. So wird soziale Sicherheit zu einem Mehr an Freiheit.

63 Dazu wollen wir ein Europa, das verbindliche Standards setzt – für faire Löhne
64 und starke
65 Gewerkschaften, gegen Willkür und Ausbeutung. Davon profitieren letztlich alle
66 in der EU,
67 egal ob in wohlhabenden oder ärmeren Regionen. So ergänzt die soziale
68 Infrastruktur die
69 wirtschaftliche; so erfüllen wir den europäischen Anspruch an eine
70 Infrastrukturunion für
71 alle; so schaffen wir Zusammenhalt über den ganzen Kontinent hinweg. Denn klare
72 Mindeststandards beugen einem Wettlauf nach unten bei der sozialen Sicherung
73 wirksam vor.

74 Wir stehen für ein starkes soziales Europa, das die Menschen vor Krisen schützt
75 und vor Ort
76 einen echten Unterschied macht. Wenn wir über die europäische Souveränität
77 sprechen, dann
78 geht es uns auch um die Ausgestaltung und die Verteidigung des europäischen
79 Sozialmodells,
80 das sich in einer globalisierten Welt behauptet – und für Wohlstand und
81 materielle
82 Sicherheit, gute Arbeit und hohe Sozialstandards steht. Dies gilt umso mehr, als
83 die
84 Herausforderung der Klimaneutralität, technologischer Fortschritt und der
85 demografische
86 Wandel die Arbeitswelt verändern.

87 In der Europäischen Säule sozialer Rechte sind die Grundsätze für ein soziales
88 Europa
89 angelegt. Sie ist ein wichtiger Meilenstein einer europäisch abgestimmten
90 sozialen Politik.
91 Doch bei Grundsätzen und Empfehlungen darf es nicht bleiben. Wir wollen
92 rechtsverbindliche

93 und einklagbare Arbeits- und Sozialstandards daraus ableiten. Auch wenn der
94 Sozialstaat
95 institutionell in erster Linie in den Mitgliedstaaten verankert ist, darf
96 soziale
97 Gerechtigkeit nicht an Landesgrenzen haltmachen.

98 Wir wollen ein gerechtes Europa bauen. Das gerechte Europa ist ein Gemeinwesen,
99 das
100 solidarisch finanziert wird, ohne Steuerschlupflöcher für Superreiche. Das
101 gerechte Europa
102 ist ein Kontinent, auf dem jede und jeder gut leben kann – ob im Großraum
103 Mailand, in der
104 Lausitz oder im ländlichen Rumänien. Das gerechte Europa bietet Zugang zu fair
105 bezahlter
106 Arbeit und öffentlichen Dienstleistungen, zu guter Bildung und intakter Natur.

107 Kurzum: Das gerechte Europa ist ein Raum der Chancen und der Solidarität. Es
108 bekämpft
109 soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen. Es fördert soziale Gerechtigkeit, die
110 Gleichstellung von Frauen und Männern, den Zusammenhalt zwischen den
111 Generationen, Familien
112 und den Schutz der Rechte des Kindes. So ist es im Gründungsvertrag der EU
113 angelegt. Für
114 diese Gerechtigkeit streiten wir. Dieses Europa wollen wir sein.

115 1. Gute Arbeit und soziale Sicherheit

116 Faire Löhne erreichen

117 Gute Arbeit mit fairen und verlässlichen Arbeitsbedingungen und einer wirksamen
118 Mitsprache
119 gibt gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs Sicherheit und Rückhalt. Wer
120 von seiner
121 Arbeit verlässlich leben und seinen Arbeitsplatz aktiv mitgestalten kann, kann
122 sich auch bei
123 Veränderungen einbringen. Das stärkt auch die Demokratie. Wir wollen gute
124 Standards in ganz
125 Europa gestalten und prekäre Beschäftigung und Ausbeutung unterbinden. Eine
126 starke
127 Sozialpartnerschaft und eine hohe Reichweite von Tarifverträgen sind wichtige
128 Grundlagen für
129 gute Arbeit.

130 Ein konkreter Erfolg des sozialen Europas ist die Mindestlohnrichtlinie. Sie
131 schützt Wert
132 und Würde von Arbeit. Und sie trägt dazu bei, dass viele Millionen Beschäftigte
133 in Europa
134 künftig ein höheres Einkommen haben werden – wie die Bundesregierung auch auf
135 unsere
136 Initiative mit der deutlichen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns vorgemacht
137 hat. Die

138 Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten dazu, angemessene Mindestlöhne nach
139 klaren
140 Kriterien festzulegen und das Ergreifen wirksamer Maßnahmen nachzuweisen. Wir
141 wollen, dass
142 die Mindestlohnrichtlinie in Deutschland konsequent umgesetzt wird, sodass der
143 gesetzliche
144 Mindestlohn steigt und auch in Zukunft einen effektiven Mindestschutz für
145 Beschäftigte
146 bietet. Darüber hinaus soll mit der Richtlinie die Tarifbindung verbindlich
147 gestärkt werden:
148 Mitgliedstaaten mit einer tarifvertraglichen Abdeckung von weniger als 80
149 Prozent müssen
150 einen Aktionsplan vorlegen. Das werden wir auch in Deutschland umsetzen und
151 damit
152 Gerechtigkeit in der Mitte der Gesellschaft stärken. Denn hierzulande ist die
153 Reichweite von
154 Tarifverträgen in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen. Damit die
155 Mindestlohnrichtlinie in allen Mitgliedstaaten tatsächlich greift, muss ein
156 wirksames
157 Monitoring erfolgen. So wirkt Europa konkret gegen Dumpinglöhne, damit Arbeit
158 sich immer
159 lohnt.

160 Wir wollen Demokratie und Mitbestimmung am Arbeitsplatz länderübergreifend
161 ausbauen, indem
162 wir die Europäischen Betriebsräte stärken. Bereits seit Jahren fordern wir an
163 der Seite der
164 Gewerkschaften, dass die EU-Kommission endlich die bestehende Richtlinie zu den
165 Europäischen
166 Betriebsräten überarbeitet und Ausnahmeregeln beendet. Dabei wollen wir die
167 Rechtssicherheit, den Rechtszugang und Durchsetzungsmöglichkeiten für
168 Europäische
169 Betriebsräte verbessern. Um Schlupflöcher zu schließen, sollen auch Franchise-
170 Unternehmen in
171 die Richtlinie einbezogen werden. Zudem setzen wir uns für eine stärkere
172 Vertretung von
173 Frauen sowie jungen Beschäftigten und Auszubildenden in den Europäischen
174 Betriebsräten ein.

175 Um die Mitbestimmung in der gesamten EU zu stärken, setzen wir uns für eine neue
176 Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung von
177 Arbeitnehmer*innen ein, die
178 auf die verschiedenen europäischen Gesellschaftsformen von Unternehmen
179 abgestimmt ist.

180 Darüber hinaus kämpfen wir für einen zeitgemäßen Arbeitsschutz in Europa – in
181 einer sich
182 rasant beschleunigenden digitalen Arbeitswelt, die für viele Beschäftigte mit
183 ständiger
184 Erreichbarkeit, Arbeitsverdichtung und Stress einhergeht. Wir wollen daher den
185 Schutz der
186 Arbeitnehmer*innen vor psychischen und körperlichen Belastungen voranbringen.

187 Beschäftigte in der digitalen Arbeitswelt stärken

188 Neue Technologien bieten große Chancen: Mit neuen Geschäftsfeldern und -modellen
189 entstehen

190 neue Jobs, digitalisierte Prozesse bringen Produktivitätsgewinne, Arbeiten wird
191 flexibler,

192 beispielsweise durch Homeoffice-Regelungen. Ausbeutung darf auch in der
193 digitalen

194 Arbeitswelt kein Geschäftsmodell sein. Deshalb setzen wir uns für starke Rechte
195 von

196 Arbeitnehmer*innen im digitalen Zeitalter ein.

197 EU-weit arbeiten rund 28 Millionen Menschen für Unternehmen, die digitale
198 Dienste anbieten

199 und zusammenführen, sogenannte Plattformunternehmen. Die EU-Kommission schätzt,
200 dass 4

201 Millionen davon Scheinselbstständige sind. In der laufenden europäischen
202 Gesetzgebung zu

203 Arbeitsbedingungen auf digitalen Plattformen setzen wir uns dafür ein,
204 Scheinselbstständigkeiten, die zu schlechten Arbeitsbedingungen und zu

205 unzureichender

206 sozialer Absicherung führen, europaweit einen Riegel vorzuschieben. Es braucht
207 zudem bessere

208 Möglichkeiten, die Regeln durchzusetzen. Dazu wollen wir unter anderem

209 Arbeitsinspektionen

210 stärken.

211 Viele Unternehmen setzen Software ein, um automatisiert Aufgaben zuzuteilen und
212 Arbeitnehmer*innen zu überprüfen, zu evaluieren und zu disziplinieren oder auch

213 Einstellungsentscheidungen zu treffen – das sogenannte algorithmische

214 Management. Die

215 ständige Überwachung, der Wegfall persönlicher Planungssicherheit im Alltag und
216 der

217 übermäßige Arbeitsdruck, die mit seinem Einsatz einhergehen können, wollen wir
218 beenden. Um

219 die Rechte der Arbeitnehmer*innen zu stärken und Missbrauch vorzubeugen, setzen
220 wir uns für

221 eine neue EU-Richtlinie zum algorithmischen Management am Arbeitsplatz ein.

222 Freizügigkeit einfacher machen

223 Dass EU-Bürger*innen in jedem Mitgliedstaat arbeiten und leben können, ist ein
224 Grundprinzip

225 der EU. Das eröffnet Freiheiten und fördert gleiche Chancen für alle in der EU.

226 Damit das

227 für die Beschäftigten im Alltag funktioniert, setzen wir uns für eine bessere

228 Koordinierung

229 der nationalen Sozialversicherungssysteme ein.

230 Es ist eine große Errungenschaft, dass Bürger*innen der EU

231 Sozialversicherungsansprüche, die

232 sie in einem anderen EU-Land erworben haben, über die Grenzen mitnehmen können

233 (Portabilität). Doch die Realität löst dieses Versprechen noch nicht immer ein:
234 Die
235 Unterschiede der nationalen Sicherungssysteme, aber auch die Bürokratie machen
236 die
237 Handhabung kompliziert, und Lücken in den Leistungen lassen einige zurück. Wir
238 wollen
239 deshalb mehr Koordinierung zwischen den nationalen Sozialversicherungssystemen,
240 um soziale
241 Leistungsansprüche leichter von einem Land in das andere übertragen zu können
242 und die
243 bestehenden Lücken gerade für Grenzpendler*innen abzubauen.

244 Auch die Langzeitpflege, beispielsweise für Rentner*innen oder Menschen mit
245 chronischen
246 Krankheiten oder Behinderungen, soll auf diese Weise abgedeckt werden. Ein
247 Europäischer
248 Sozialversicherungsausweis (ESSPASS) ist ein Beitrag dazu. Er soll die
249 Übertragbarkeit von
250 Ansprüchen über Grenzen hinweg verbessern und durch digitale Überprüfung
251 entbürokratisieren.
252 Wir wollen darüber hinaus die sogenannte A1-Bescheinigung durch ein digitales
253 Echtzeitregister ersetzen, um grenzüberschreitende Arbeitsausbeutung zu
254 verhindern und einen
255 wirksamen Sozialschutz zu gewährleisten.

256 Das Arbeiten im Homeoffice gehörte in der Coronakrise für sehr viele
257 Beschäftigte zum Alltag
258 und wird spätestens seitdem von mehr und mehr Arbeitnehmer*innen geschätzt. Wir
259 wollen, dass
260 auch das mobile Arbeiten nicht an den europäischen Grenzen haltmacht, sondern
261 prinzipiell
262 auch aus einem anderen Land als dem Beschäftigungsland möglich ist. Deshalb
263 setzen wir uns
264 dafür ein, dass es eine Richtlinie für Homeoffice gibt, die es erleichtert, EU-
265 weit im
266 Homeoffice zu arbeiten.

267 Ausbeutung bekämpfen

268 Damit Freizügigkeit für alle Arbeitnehmer*innen funktioniert, ist darüber hinaus
269 ein
270 wirksamer Schutz vor Ausbeutung unerlässlich. Egal ob eine Arbeitnehmerin aus
271 Österreich in
272 Frankreich arbeitet oder ein Saisonarbeiter aus Georgien in Rumänien:
273 Unionsbürger*innen und
274 Menschen aus Drittstaaten brauchen umfassenden Schutz vor Diskriminierung und
275 Ausbeutung,
276 wenn sie in einem anderen EU-Land arbeiten.

277 Das führen nicht zuletzt die Skandale in der Fleischindustrie, bei Lkw-
278 Fernfahrer*innen, bei
279 Saisonarbeiter*innen oder im Baugewerbe deutlich vor Augen. Wir sagen diesen

280 Formen der
281 Ausbeutung den Kampf an. Ein wirksames Mittel sind regelmäßig stattfindende
282 Arbeitsinspektionen, für die die Mitgliedstaaten das Personal aufstocken sowie
283 Schulungen in
284 europäischer Gesetzgebung und grenzüberschreitenden Angelegenheiten verbessern
285 sollten. Auch
286 eine bessere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden und der
287 Europäischen
288 Arbeitsbehörde (ELA) ist nötig. Sie sollte zudem eine stärkere Rolle für
289 gemeinsame
290 koordinierte Inspektionen erhalten.

291 Wir wollen weitere Maßnahmen ergreifen, um missbräuchliche Praktiken von
292 Subunternehmen zu
293 unterbinden, beispielsweise die gesamtschuldnerische Haftung rechtlich
294 verankern. Immer
295 wieder werden Arbeiter*innen zu katastrophalen Bedingungen untergebracht, in
296 überfüllten
297 Zimmern, unter schlechten hygienischen Bedingungen und mit überteuerter Miete,
298 die direkt
299 vom Lohn einbehalten wird. Die Verpflichtung zu angemessener Unterbringung
300 wollen wir
301 deshalb rechtlich absichern und wirksam durchsetzen.

302 Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitsausbeutung beginnt damit, dass sich
303 Betroffene einfach
304 und in der eigenen Sprache über ihre Rechte informieren können – und für deren
305 Durchsetzung
306 Hilfe erhalten. Wir setzen uns für eine langfristige und verlässliche
307 Finanzierung für die
308 Schaffung und europaweite Vernetzung entsprechender Beratungs- und
309 Unterstützungsstrukturen
310 ein. Die Gewerkschaften sind mit ihrer fachlichen Expertise wertvolle
311 Partnerinnen in der
312 Entwicklung und Durchführung solcher Angebote. Wir begrüßen, dass europäische
313 Zahlungen im
314 Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik künftig von der Einhaltung von
315 Arbeitsnormen in der
316 Landwirtschaft abhängig gemacht werden. Diese sogenannte soziale Konditionalität
317 muss nun
318 effektiv umgesetzt werden.

319 Kinderarmut abbauen

320 Jedes vierte Kind in Europa ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht – das
321 entspricht
322 fast 20 Millionen Kindern, die an gesunder Ernährung, Sport, Bildung und Kultur
323 nur sehr
324 eingeschränkt teilhaben können. Kinderarmut bedeutet einerseits existenziellen
325 Mangel im
326 Hier und Jetzt, andererseits weniger Chancen auf ein selbstbestimmtes und
327 erfolgreiches

328 Leben in der Zukunft. Wir wollen, dass alle Kinder gut ins Leben starten können.
329 Dazu
330 brauchen sie eine bessere finanzielle Absicherung sowie den Zugang zu einer gut
331 ausgebauten
332 Betreuung und sozialen Infrastruktur. Mit der Kindergrundsicherung hat die
333 Bundesregierung
334 auf unsere Initiative in Deutschland ein zentrales Instrument im Kampf gegen
335 Kinderarmut auf
336 den Weg gebracht. Armutsgefährdeten Kindern wird es besser gehen, Armut nicht
337 mehr versteckt
338 sein und Eltern sorgen- und angstfreier leben können, weil sie und ihre Kinder
339 abgesichert
340 sind.

341 Auch die EU unterstützt die Mitgliedstaaten im Kampf gegen Kinderarmut. Mit der
342 Europäischen
343 Kindergarantie gibt es seit 2021 erstmals ein europaweites Instrument, um Kinder
344 aus
345 benachteiligten Verhältnissen zu unterstützen; das reicht vom kostenlosen Zugang
346 zu Bildung
347 über gesunde Ernährung bis hin zu angemessener Unterbringung. Bei der Umsetzung
348 der
349 Kindergarantie in Deutschland binden wir auch die Zivilgesellschaft aktiv ein.

350 Soziale Mindeststandards verankern

351 Über 95 Mio. Menschen in der EU sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.
352 Hohe
353 Lebenshaltungskosten haben die soziale Lage der Menschen zum Teil existenziell
354 verschärft.
355 Wir wollen, dass sich alle Menschen in Europa auf starke Sozialsysteme verlassen
356 können, die
357 sie vor Armut schützen. Dafür brauchen die Sozialstaaten der Mitgliedsländer
358 verbindliche
359 Mindeststandards.

360 Wir wollen die bisherige europäische Empfehlung für angemessene
361 Mindestsicherungssysteme zu
362 einer verbindlichen Richtlinie weiterentwickeln und die darin festgelegten
363 Standards mit
364 einem sozialen Rechtsanspruch für Betroffene in den Mitgliedstaaten verbinden.
365 In diesem
366 Zuge sollen alle Mitgliedstaaten ihre Sozialsysteme stufenweise gemäß ihrem
367 jeweiligen
368 Wohlstandsniveau armutsfest ausgestalten, nachhaltige Integration in gute Arbeit
369 fördern und
370 die soziale Infrastruktur ausbauen. Das bedeutet auch für Deutschland Rückenwind
371 für einen
372 starken Sozialstaat und mehr soziale Gerechtigkeit.

373 Soziale Sicherung krisenfest machen

374 Der Sozialstaat muss sich gerade in Krisenzeiten bewähren. Eine bessere Vorsorge
375 gegen
376 wirtschaftliche und soziale Folgen externer Schocks muss daher eine zentrale
377 Lehre aus den
378 Krisen der letzten Jahre sein. Die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten müssen
379 krisenfest
380 gemacht werden und in Notlagen schnellen und wirksamen Schutz für die Menschen
381 ermöglichen.
382 Krisenbedingte Massenarbeitslosigkeit mit hohen sozialen Folgekosten und Härten
383 aber
384 überfordert viele Mitgliedstaaten der EU. Ihre Folgen destabilisieren die ganze
385 EU. Mit dem
386 europäischen Kriseninstrument SURE wurden den Mitgliedstaaten während der
387 Coronapandemie
388 finanzielle Darlehen und Garantien bereitgestellt, um Arbeitsplätze durch den
389 Einsatz von
390 Kurzarbeitergeld zu retten – ein großer Erfolg. Mit dem Instrument konnten
391 allein im Jahr
392 2020 in Europa schätzungsweise 1,5 Millionen Jobs gerettet werden. Aufbauend auf
393 dieser
394 Erfahrung wollen wir mit einer Arbeitslosenrückversicherung für die
395 Mitgliedstaaten ein
396 dauerhaftes Kriseninstrument schaffen, das die nationalen
397 Arbeitslosenversicherungen – und
398 damit die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt – in schweren ökonomischen
399 Ausnahmesituationen
400 durch kreditbasierte Soforthilfen stabilisiert und Arbeitsplätze sichert.

401 Wohnen bezahlbar machen

402 Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Es muss als Teil der
403 Daseinsvorsorge verstanden werden. In gesicherten Wohnverhältnissen zu leben,
404 ist für alle
405 Menschen existenziell. Knapper Wohnraum in den Städten, vielerorts steigende
406 Mieten und ein
407 rückläufiger Bestand an Sozialwohnungen belasten Mieter*innen bis in die Mitte
408 der
409 Gesellschaft und führen zu Verdrängung und Unsicherheit. Wir wollen mehr
410 bezahlbaren
411 Wohnraum schaffen und steigende Mieten begrenzen. Investor*innen, die europaweit
412 im
413 erheblichen Umfang städtische Wohnimmobilien aufkaufen, treiben vielerorts
414 Immobilien- und
415 Mietpreise in die Höhe. Wir wollen die bestehenden europäischen Regelungen den
416 Prüfstand
417 stellen, um Mieter*innen in den Mitgliedstaaten besser vor steigenden Preisen zu
418 schützen.

419 Obdach- und Wohnungslosigkeit verletzt die Menschenwürde und gehört zu den
420 extremsten
421 Ausprägungen von Armut. Die EU hat sich das Ziel gesetzt, Wohnungslosigkeit bis
422 2030 zu
423 beenden und eine Europäische Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit ins
424 Leben gerufen.
425 Der Dialog zwischen den Mitgliedstaaten muss weiter gestärkt werden, damit sie
426 voneinander
427 lernen können und bewährte Konzepte wie Housing First adaptieren können. Ferner
428 wollen wir
429 die Unterstützung der betroffenen Menschen vor Ort stärken. Die europäischen
430 Fördermittel
431 für entsprechende Vorhaben und Projekte wollen wir angemessen ausgestalten.

432 2. Starke Regionen

433 Kommunen stärken

434 Die Stärke und Attraktivität der EU liegt auch in der Vielfalt ihrer Regionen
435 und Kommunen.
436 Sie sind das Fundament der EU. Hier leben, lernen und arbeiten die Menschen.
437 Starke Kommunen
438 florieren in einem starken Europa, das kommunalen Bedürfnissen und der
439 kommunalen
440 Gestaltungsfreiheit eine besondere Bedeutung beimisst. Das Subsidiaritätsprinzip
441 – also
442 Entscheidungen möglichst bürgernah zu treffen – ist die Grundlage für ein
443 Europa, das
444 schützt und ermöglicht. Dieses Prinzip wollen wir stärken.

445 Dazu gehört auch, dass die EU mit ihren Möglichkeiten da unterstützend wirken
446 soll, wo
447 Kommunen an ihre Grenzen stoßen. In den Kommunen Europas findet das Alltagsleben
448 der
449 Bürger*innen statt. Hier wird gewohnt und gearbeitet, werden Kinder betreut und
450 das Ehrenamt
451 gepflegt. Kommunen bieten die Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens
452 und mit einer
453 funktionierenden Grundversorgung auch attraktive Standorte für Unternehmen und
454 Arbeitnehmer*innen aus ganz Europa. Die Umsetzung der Wettbewerbsregeln darf
455 nicht dazu
456 führen, dass Kommunen zur Privatisierung öffentlicher Güter gezwungen werden. Es
457 braucht
458 deshalb gutes Vergabe- und Konzessionsrecht, das soziale und ökologische
459 Kriterien in den
460 Mittelpunkt stellt – und dabei die öffentliche Hand stärkt. Es fördert die
461 Rechtssicherheit
462 und ermöglicht Kommunen, sich für qualitativ hochwertige Angebote zu
463 entscheiden. So können
464 Kommunen selbst die Wertschöpfung aus öffentlicher Infrastruktur stärken. Indem

465 wir in der
466 EU die Rekommunalisierung vergangener Privatisierungen ermöglichen, sorgen wir
467 für neue
468 Entscheidungsspielräume vor Ort. Eine EU, die die kommunalen
469 Gestaltungsspielräume
470 verteidigt und ausbaut, sichert Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt.

471 Insbesondere der Zugang zu sauberem und günstigem Trinkwasser ist eine
472 existenzielle
473 Grundlage für ein gesundes Leben. Europa garantiert durch den Erfolg der
474 Bürgerinitiative
475 Right2Water die weltweit höchsten Standards für Trinkwasser. Die Versorgung mit
476 Trinkwasser
477 soll weiterhin in kommunaler Hand bleiben und nicht nach rein
478 marktwirtschaftlichen
479 Interessen bestimmt werden. Wir verteidigen daher die Ausnahme der
480 Wasserversorgung aus der
481 Konzessionsrichtlinie und schützen das Recht auf Trinkwasser in der EU.

482 Europa muss vor Ort gelebt werden. Kommunen, Regionen, Unternehmen und die
483 Zivilgesellschaft
484 brauchen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung europäischer Politik. Deshalb
485 wollen wir
486 den Europäischen Ausschuss der Regionen und den Europäischen Wirtschafts- und
487 Sozialausschuss stärken. Die grenzüberschreitende europäische Zusammenarbeit wie
488 die
489 Städtepartnerschaften oder Initiativen zur Stärkung der grenzüberschreitenden
490 regionalen
491 Wettbewerbsfähigkeit (INTERREG-Programme) stärken die Kommunen und Regionen. Sie
492 wollen wir
493 ausweiten. Die Ebene der europäischen Regionen (Euregios und Eurodistrikte) soll
494 entbürokratisiert und flexibler gestaltet werden. Sie tragen mit
495 grenzüberschreitenden
496 Programmen wie etwa einer Beratung für Grenzpendler*innen, der Zusammenarbeit
497 der
498 Handwerkskammern oder der gemeinsamen Raumentwicklung maßgeblich und nah am
499 Alltag der
500 Bürger*innen zum Gelingen der Europäischen Union bei.

501 Zusammenhalt vor Ort fördern

502 Der Erfolg des Green Deal und der Zusammenhalt der EU entscheiden sich vor Ort:
503 in den
504 europäischen Regionen und anhand konkreter Projekte. Eine effiziente
505 Förderpolitik in der EU
506 ist an den Chancen und Herausforderungen des digitalen und ökologischen Wandels
507 ausgerichtet. Wir stellen dabei die wirtschaftliche und soziale Annäherung der
508 Regionen in
509 Europa in den Vordergrund. Der Umfang der Fonds und Förderprogramme soll sich in
510 seiner
511 Größe an den Herausforderungen orientieren.

512 Europäische Regionen sind bislang unterschiedlich stark auf diese
513 Herausforderungen
514 vorbereitet. Das gilt sowohl innerhalb als auch zwischen den europäischen
515 Mitgliedstaaten.
516 Eine konsistente und an klaren Kriterien ausgerichtete Förderpolitik wird bei
517 der
518 Bewältigung dieser Herausforderungen zu Antrieb und Kompass zugleich.
519 Strukturschwache und
520 ländliche Regionen, sowie Regionen mit industrieller Prägung und
521 Modernisierungsherausforderungen, wollen wir bei der Auszahlung in den
522 Mittelpunkt stellen,
523 um gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaffen.

524 Gerade in strukturschwachen Regionen stellt der demografische Wandel eine große
525 Herausforderung dar. Die Abwanderung von Fachkräften, insbesondere jungen
526 Menschen und
527 Frauen, führt diese Regionen in eine Spirale der Perspektivlosigkeit. Dem muss
528 die EU-
529 Förderpolitik entgegenwirken. So stärken wir die Gestalter*innen der Zukunft vor
530 Ort und
531 schaffen gute Perspektiven für die Regionen.

532 Große Herausforderungen brauchen eine große Kraftanstrengung und gleichzeitig
533 Effizienz und
534 Zielgenauigkeit im Einsatz der Mittel. Das stellen wir sicher, indem wir die
535 Fördermittel an
536 Kriterien im Sinne des europäischen Green Deal ausrichten. Der Europäische
537 Sozialfonds
538 (ESF+) spielt dabei eine bedeutende Rolle. Durch ihn werden auch bei uns
539 zahlreiche
540 Gründer*innen und Angestellte beraten, unterstützt und lebenslang weiter
541 gebildet. Wir
542 statten den ESF+ mit ausreichend Mitteln aus, um über ihn unter anderem aktive
543 Beschäftigungspolitik und soziale Teilhabe zu fördern. Dabei setzen wir uns
544 dafür ein, dass
545 die Bedingungen guter Arbeit eine große Rolle spielen und die Mittel zu Treibern
546 für eine
547 gerechte EU werden. Durch ein starkes Bekenntnis zu Tarifen, einen guten
548 Arbeits- und
549 Gesundheitsschutz und vielfältige Möglichkeiten, Aus- und Weiterbildungen
550 wahrzunehmen,
551 werden attraktive Arbeitsplätze für die geförderten Regionen zum
552 Standortvorteil.

553 Europäische Fördermittel bieten eine große Chance, innovative Projekte zu
554 entwickeln. Die
555 Beantragung der Mittel ist jedoch oft zu kompliziert. Das reduziert die Zahl der
556 Anträge und
557 manche gute Projekte werden nicht verwirklicht. Das ändern wir, indem wir uns
558 dafür
559 einsetzen, den Zugang zu Fördermitteln zu vereinfachen und die Umsetzung zu
560 erleichtern.
561 Dabei stellen wir die Zielgenauigkeit sicher. Gleichzeitig erhalten wir die

562 nötige
563 Flexibilität, um auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Um
564 bürokratische Hürden
565 abzubauen, wollen wir unter anderem bei kleineren Fördersummen mehr Pauschalen
566 einführen und
567 ehrenamtliche Antragsteller*innen nach Projektbewilligung von der
568 Vorfinanzierung befreien.
569 Bürokratieabbau schafft so mehr Effizienz.

570 Jede wichtige Veränderung braucht die Beteiligung der Bürger*innen und der
571 Zivilgesellschaft
572 vor Ort. Eine Politik des Gehörtwerdens nutzt die lokale Expertise und schafft
573 gegenseitiges
574 Verständnis. Dieses Wissen kann durch die Partnerschaft für Bürgerbeteiligung
575 (Partnerschaftsprinzip) einfließen. Mechanismen wie Bürgerdialoge, öffentliche
576 Beratungen
577 oder Foren sollen Teil der Prozesse zur Mittelvergabe in allen Mitgliedstaaten
578 sein. So
579 sichern wir Mitbestimmung und demokratisieren die Förderpolitik der EU.

580 Chancen in ländlichen Räumen nutzen

581 Ländliche Räume sind Zukunfts- und Chancenräume. Ihre Entwicklung entscheidet
582 erheblich über
583 den Erfolg einer EU, die zusammenhält. Die Verkehrswende kann die ländlichen
584 Räume näher
585 zusammenbringen. Die Energiewende kann neue Wertschöpfung und finanziell
586 gestärkte Kommunen
587 schaffen. Die Entwicklung aller ländlichen Räume ist für uns ein zentrales Ziel.
588 Alle
589 Menschen sollen mitentscheiden und davon profitieren können. Dazu brauchen sie
590 eine
591 verlässliche Daseinsvorsorge und Orte, an denen sie sich begegnen und
592 austauschen können.
593 Wir wollen die Daseinsvorsorge stärken, indem wir Bürgergenossenschaften und
594 multifunktionale Einrichtungen unterstützen. Um das zu erreichen, wollen wir
595 Förderansätze
596 wie LEADER und den EU-Multifondsansatz in der Strukturpolitik weiter stärken.

597 Energie wird wieder zunehmend in der Fläche erzeugt, das schafft zusätzliche
598 Wertschöpfung
599 auf dem Land. Den Flächenverbrauch wollen wir dabei minimieren und konsequent
600 Mehrfachnutzen
601 mitdenken, beispielsweise über Agri-Photovoltaik-Anlagen, Biodiversitäts-
602 Photovoltaik oder
603 mehr erneuerbare Stromerzeugung über versiegelten Flächen. Den Ausbau der
604 Erneuerbaren und
605 die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft werden wir durch den
606 gezielten Einsatz
607 von Förderungen so unterstützen, dass die Menschen vor Ort davon profitieren.
608 Wir setzen uns
609 dementsprechend dafür ein, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die

610 Entwicklung des
611 ländlichen Raums (ELER) in die Kohäsionsmittel zu integrieren und es auszubauen.

612 Vergaberecht modernisieren

613 Eine echte Infrastrukturunion, ein starker europäischer Markt und die Umsetzung
614 des Green
615 Deal in ganz Europa gehen Hand in Hand mit massiven Investitionen in eine
616 sichere Zukunft,
617 auf nationaler wie europäischer Ebene. Mit einem an sozialen und nachhaltigen
618 Kriterien
619 ausgerichteten Vergaberecht werden diese Investitionen einmal mehr zum Motor für
620 eine
621 gerechte und zukunftsfeste EU. Besonders dort, wo wir in eine stabile
622 europäische
623 Infrastruktur, in effiziente Stromnetze, ein zuverlässiges Bahnnetz oder ein am
624 Menschen
625 ausgerichtetes Gesundheitssystem investieren, können wir viel bewirken. Die
626 europäische
627 Infrastrukturunion anzukurbeln, hat positive Effekte auf den europäischen
628 Arbeitsmarkt: Es
629 entstehen gerade in diesen Sektoren neue Jobs. Diese Jobs sollen auch gute Jobs
630 werden. Ein
631 starkes Vergaberecht sichert die Zukunft vieler Arbeitnehmer*innen in ganz
632 Europa.

633 Der Staat ist selbst ein großer wirtschaftlicher Akteur, diesen riesigen Hebel
634 wollen wir
635 nutzen. Egal ob Dienstleistungen oder Waren: Öffentliche Beschaffungen sollten
636 in der EU
637 konsequent nachhaltig erfolgen. Daher wollen wir die Richtlinie für öffentliches
638 Beschaffungswesen modernisieren und auf Nachhaltigkeitskriterien ausrichten.

639 Dabei bleiben Transparenz, Digitalisierung, Entbürokratisierung und
640 unkomplizierte Verfahren
641 unsere Leitlinien. Jedes Unternehmen soll sich einfach und erfolgreich um die
642 Vergabe
643 öffentlicher Aufträge bewerben können. Geldverschwendung wird durch eine klare
644 Beschaffungspolitik minimiert. Die einfache Kommunikation der Regeln und eine
645 aktive
646 Unterstützung für kleine und lokale Anbieter, beispielsweise mit Hinweisen auf
647 die
648 rechtlichen Rahmenbedingungen, sorgen dabei für Gerechtigkeit. Die Vergabe
649 öffentlicher
650 Aufträge wird so zum Wettbewerb um die besten Konditionen.

651 **3. Eine verlässliche Gesundheitsversorgung**

652 Gesundheitskrisen europäisch bewältigen

653 Wir wollen ein Europa, das gemeinsam die Gesundheit aller Menschen schützt.

654 Die Coronapandemie hat einmal mehr gezeigt, dass die großen Herausforderungen
655 für unsere
656 Gesundheit keine nationalen Grenzen kennen. Sie hat uns auch gezeigt, dass wir
657 ihnen
658 gemeinsam besser begegnen können. Die schnelle Entwicklung und Verfügbarkeit der
659 Coronaimpfstoffe zum Beispiel war auch ein europäischer Erfolg, der durch
660 langjährige
661 Forschung, innovative Unternehmen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit
662 zustande gekommen
663 ist. Die EU hat in der Pandemie die gemeinsame Beschaffung von
664 Schutzausrüstungen und
665 Impfstoffen vorangetrieben, gemeinsame Forschungstätigkeit gestärkt, bei
666 Grenzsicherungen
667 Freizügigkeiten und Warenlieferungen koordiniert sowie ökonomische
668 Notsituationen
669 abgedeckt. Auch die Kompetenzen des Europäischen Zentrums für die Prävention
670 und die
671 Kontrolle von Krankheiten (ECDC) wurden erweitert, um den Austausch mit und
672 zwischen den
673 Mitgliedstaaten zu stärken sowie Gesundheitskrisen früher zu erkennen und zu
674 bewältigen.

675 Um grenzüberschreitende Gesundheitskrisen besser zu bewältigen und die
676 Krisenvorsorge zu
677 stärken, wollen wir noch enger auf europäischer und globaler Ebene
678 zusammenarbeiten. Die EU
679 hat hier eine wichtige Rolle, um nationale Maßnahmen zu unterstützen und zu
680 ergänzen. Sie
681 kann auch global einen wichtigen Einfluss ausüben. Auf internationaler Ebene
682 setzen wir uns
683 dafür ein, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und multilaterale
684 Gesundheitsinitiativen
685 politisch, finanziell und personell zu stärken sowie den globalen Zugang zu
686 bezahlbaren
687 Medikamenten zu verbessern. Das ist eine Frage der Solidarität, denn
688 Gesundheitskrisen
689 treffen die Ärmsten häufig am stärksten. Es liegt aber auch in unserem
690 Eigeninteresse, denn
691 Pandemien sind globale Herausforderungen. Wir setzen uns für einen aktiven
692 Technologie- und
693 Wissenstransfer bezüglich der Herstellung entscheidender Arzneimittel ein.
694 Monopole auf
695 geistiges Eigentum zur Bekämpfung von Krankheiten dürfen den Zugang zu
696 überlebenswichtigen
697 Schutzmaterialien, Gesundheitstechnologien, Impfstoffen und Medikamenten nicht
698 verhindern.

699 Lehren aus der Pandemie ziehen

700 Auch wenn mit den Ausgangsbeschränkungen oder der Maskenpflicht die sichtbarsten
701 Zeichen der

702 Coronapandemie verschwunden sind, leiden noch immer viele Menschen unter den
703 Folgen von
704 Covid-19. Betroffene von myalgischer Enzephalomyelitis bzw. dem chronischen
705 Erschöpfungssyndrom (ME/CFS), von Post-Vac oder von Long Covid finden nicht die
706 notwendige
707 Aufmerksamkeit, werden fehldiagnostiziert oder treffen auf Vorurteile. Deshalb
708 wollen wir
709 auf europäischer Ebene Forschungsgelder zur Diagnostik dieser Krankheitsbilder
710 sowie zu
711 Heilungsmethoden bereitstellen. Zudem braucht es mehr europäischen Austausch,
712 beispielsweise
713 durch ein EU-Sachverständigennetzwerk.

714 Covid-19 ist – neben beispielsweise Aids oder Ebola – ein weiterer Fall einer
715 sogenannten
716 Zoonose, also einer Krankheit, die von Tieren auf den Menschen übertragen wurde.
717 Damit
718 unterstreicht die Coronapandemie einmal mehr, dass die menschliche Gesundheit
719 nicht isoliert
720 betrachtet werden sollte, sondern in engem Zusammenhang mit der Umwelt und der
721 Tiergesundheit steht. Deshalb ist der One-Health-Ansatz ein Leitbild für unsere
722 Gesundheitspolitik: Ausreichend Raum für die Natur hilft im Kampf gegen
723 Zoonosen; weniger
724 Antibiotika in der Massentierhaltung führt zu weniger Antibiotikaresistenzen;
725 saubere Luft
726 und weniger Giftstoffe in der Umwelt retten Menschenleben.

727 Mentale Gesundheit in den Fokus nehmen

728 Krieg, Inflation, Klimakrise, Pandemie – die vergangenen Jahre waren unruhig,
729 konfliktreich
730 und geprägt von Krisen und Umbrüchen, die an niemandem spurlos vorbeigegangen
731 sind. Diese
732 Zeit ist für viele Menschen auch eine seelische Belastung. Gerade auch bei
733 vielen jungen
734 Menschen haben sich psychische Probleme verschärft. Im Gegensatz zur
735 körperlichen wird der
736 seelischen Gesundheit im öffentlichen Gesundheitswesen aber oft nicht die nötige
737 Aufmerksamkeit zuteil. Das wollen wir auch mit der Unterstützung aus Europa
738 ändern. Wir
739 setzen uns sowohl für eine verbesserte europaweite Prävention ein als auch
740 dafür, die
741 bisherigen Ansätze um die psychische Gesundheit zu verbessern und Erkrankungen
742 besser zu
743 behandeln. Wir treten für eine Vernetzung von Expert*innen in Europa ein und
744 wollen zusammen
745 mit den Mitgliedstaaten umfassende Lösungsstrategien entwickeln. Da die Ursachen
746 für mentale
747 Gesundheitsprobleme vielfältig sind, müssen wir sie auch auf allen Ebenen
748 angehen. Darum
749 setzen wir uns dafür ein, dass die Auswirkungen auf die mentale Gesundheit

750 übergreifend in
751 allen relevanten Politikfeldern mitgedacht werden. Dafür braucht es ein größeres
752 Problembewusstsein in der EU und ihren Institutionen. Wir begrüßen in dieser
753 Hinsicht die
754 Strategie der EU-Kommission für psychische Gesundheit und setzen uns für eine
755 möglichst
756 rasche und umfassende Umsetzung ein.

757 Auch Einsamkeit erfahren immer mehr Menschen in Europa. Das ist für die
758 Betroffenen häufig
759 ein sehr belastender Zustand. Gerade auch ältere Menschen sind davon betroffen.
760 Die Pandemie
761 hat die Situation für viele Menschen diesbezüglich weiter verschärft. Wir setzen
762 uns mit
763 unserer Politik für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, Teilhabe und
764 Integration ein.

765 Arzneimittelversorgung sicherstellen

766 Die Herausforderungen für die europäischen Gesundheitssysteme sind immens:
767 alternde
768 Gesellschaften, eine steigende Zahl chronischer Erkrankungen und Epidemien. Die
769 Coronapandemie hat zudem deutlich gemacht, dass die EU bei Arzneimitteln und
770 ihren
771 Wirkstoffen zu sehr von Importen aus Drittstaaten abhängig ist – und damit
772 häufig auch eine
773 Produktion unter schlechten Arbeitsbedingungen und schlechten Umweltstandards in
774 Kauf nimmt.

775 Um die großen Herausforderungen für den Gesundheitsbereich zu adressieren, hat
776 die EU-
777 Kommission ein Gesetzespaket zur Reform des Pharmasektors vorgelegt. Wir
778 begrüßen die
779 Vorschläge, die darauf abzielen, Lieferketten zu diversifizieren und
780 nachhaltiger zu machen
781 sowie Pharmaunternehmen zu verpflichten, Arzneimittelengpässen besser
782 vorzubeugen und diese
783 früher zu melden.

784 Um Unternehmen zu ermutigen, Arzneimittel und Wirkstoffe in Europa zu entwickeln
785 und zu
786 produzieren, braucht es Anreize und weniger bürokratische Verfahren. Dabei
787 setzen wir zwei
788 Prioritäten: Zum einen müssen kritische Arzneimittel, die jederzeit
789 unentbehrlich sind,
790 beispielsweise wichtige Antibiotika, durch eine Produktion in Europa zuverlässig
791 verfügbar
792 sein. Zum anderen wollen wir hier Wirkstoffe für Krankheiten entwickeln, für die
793 es bislang
794 keine oder nur unbefriedigende Diagnose- oder Therapiemöglichkeiten gibt. Die
795 Anreize für
796 Forschung und Entwicklung sowie der Schutz von geistigem Eigentum dürfen

797 zugleich aber nicht
798 die Bezahlbarkeit von essenziellen Arzneimitteln gefährden und den Markteintritt
799 von
800 Generika unverhältnismäßig verzögern. Zudem setzen wir uns für
801 geschlechterspezifische
802 Forschung und Medizin ein, damit Unterschiede bei Diagnose und Behandlung
803 zwischen Frauen
804 und Männern besser berücksichtigt werden.

805 Es ist viel zu undurchsichtig, wie Preise für Arzneimittel festgesetzt werden.
806 Der Mangel an
807 Transparenz und Rechenschaftspflichten in diesem Bereich führt teilweise zu
808 immensen
809 Preisanstiegen. Gerade wenn öffentliche Mittel für die Arzneimittelentwicklung
810 eingesetzt
811 werden, sollte das mit Transparenz über die Kosten für Forschung und Entwicklung
812 sowie die
813 Preisgestaltung einhergehen.

814 Gesundheitsdaten sicher nutzen

815 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen hat große Vorteile für die
816 gesundheitliche
817 Versorgung von Patient*innen und die Forschung. Krankheiten können besser
818 diagnostiziert,
819 Krankheitsursachen erforscht, Doppeluntersuchungen vermieden und die Behandlung
820 von
821 Patient*innen zwischen verschiedenen Ärzt*innen und Krankenhäusern
822 grenzüberschreitend in
823 ganz Europa vereinfacht werden. Der europäische Gesundheitsdatenraum soll
824 deshalb europaweit
825 den Zugang zu digitalen Patient*innen-Akten ermöglichen.

826 Wir wollen dabei durch effektiven Datenschutz die Rechte der Patient*innen
827 stärken. Eine
828 Weitergabe der Daten erfolgt dabei nicht gegen den Willen der Patient*innen,
829 eine
830 Rückverfolgbarkeit der Daten muss ausgeschlossen werden. Sie sollen Zugang zu
831 den Daten
832 bekommen, die über sie gespeichert sind. Auch die Bedürfnisse vulnerabler
833 Gruppen müssen
834 umfassend berücksichtigt werden.

835
836 Wir möchten die anonymisierten bzw. pseudonymisierten Gesundheitsdaten auch für
837 die
838 Forschung und für öffentliche Stellen zur besseren Einschätzung von
839 Notsituationen in der
840 Gesundheitsversorgung zugänglich machen. Dies stellt einen wichtigen
841 Paradigmenwechsel in
842 der Gesundheitsdatennutzung dar, den wir gestalten wollen. Der Zugang zu
843 größeren
844 Datenmengen und deren Analyse fördert Innovationspotenzial und kann damit die

845 Versorgung der
846 Patient*innen verbessern. Wichtig ist dabei, dass dies rechtssicher und unter
847 Wahrung des
848 Datenschutzes erfolgen darf, denn die Informationen zur eigenen Gesundheit
849 gehören zu den
850 sensibelsten und persönlichsten Daten überhaupt.

851
852 Grundlegend für den Erfolg der Digitalisierung im Gesundheitswesen ist eine
853 einheitliche
854 technische Sprache, um eine Zusammenführung von Daten und eine
855 grenzüberschreitende Nutzung
856 in Europa zu ermöglichen. Daher wollen wir die Entwicklung und verpflichtende
857 Nutzung von
858 international gebräuchlichen Datenstandards und interoperablen Schnittstellen
859 durch die
860 Softwaresysteme von Beginn an sicherstellen.

861 Antibiotikaresistenzen eindämmen

862 Antibiotika können Menschenleben retten Das soll auch in Zukunft gewährleistet
863 sein. Daher
864 müssen Maßnahmen ergriffen werden, um ihre Wirksamkeit dauerhaft zu garantieren.
865 Durch einen
866 verantwortungsvollen Umgang mit Antibiotika wollen wir die Entstehung und
867 Verbreitung
868 multiresistenter Keime verhindern. Denn diese sind eine der größten
869 gesundheitlichen
870 Herausforderungen der Menschheit. Besonders bei Menschen mit schwachen
871 Immunsystemen wie
872 Älteren, Kindern oder Menschen mit Erkrankungen führen sie jedes Jahr zu
873 Hunderttausenden
874 Todesfällen weltweit. Darum ist es wichtig, dass Antibiotika nur dort eingesetzt
875 werden, wo
876 es sie wirklich braucht. Das muss besonders die Landwirtschaft in den Blick
877 nehmen. Wir
878 wollen den umsichtigen Einsatz von Antibiotika in der Humanmedizin stärken und
879 die Forschung
880 fördern. Zudem sollten schnelle Diagnostiktests, die vor einer Verschreibung
881 überprüfen, ob
882 die Behandlung mit Antibiotika geboten ist, in ausreichender Menge verfügbar
883 sein.

884 Wir wollen die EU-Liste für Reserveantibiotika, die für die Humanmedizin
885 vorbehalten bleiben
886 und nicht in der industriellen Tierhaltung eingesetzt werden dürfen, an den
887 entsprechenden
888 Kriterien der WHO ausrichten. Außerdem wollen wir den Import von tierischen
889 Produkten
890 beenden, bei denen in der EU verbotene Antibiotika eingesetzt wurden. Durch
891 Maßnahmen für
892 bessere Hygiene und Abwasserentsorgung wollen wir den Eintrag von

893 Antibiotikarückständen in
894 die Umwelt verringern. Wir wollen die Entwicklung neuer Antibiotika und
895 wirksamer
896 alternativer Behandlungsmethoden durch Anreize fördern.

897 Der Pflege den Rücken stärken

898 Ein starkes öffentliches Gesundheitswesen und eine bedarfsgerechte Pflege sind
899 unverzichtbar, um die menschliche Würde zu schützen und Selbstbestimmung zu
900 fördern. Der
901 Mangel an Pflegefachpersonen spitzt sich immer weiter zu, in der EU und auch
902 hier in
903 Deutschland. Deshalb wollen wir die Attraktivität des Pflegeberufs steigern, die
904 berufliche
905 Freizügigkeit innerhalb der EU in diesem Bereich erleichtern und die
906 Arbeitsbedingungen des
907 Pflegepersonals verbessern. Unser Ziel sind einfachere Anerkennungsverfahren für
908 Studienabschlüsse sowie für Aus- und Weiterbildungen von Pflegefachpersonen
909 innerhalb der EU
910 und aus dem Ausland. Im Rahmen der EU-Pflegestrategie setzen wir uns für
911 wettbewerbsfähige
912 Arbeitsbedingungen und Gehälter der professionellen Pflege gegenüber anderen
913 Branchen ein.
914 Zudem braucht es mehr Investitionen in Pflegeeinrichtungen sowie in die Aus- und
915 Weiterbildung von Pflegefachpersonen. Auch ein stärkeres Engagement der EU in
916 Forschungs-
917 und Modellprojekten sowie ein Wissens- und Erfahrungstransfer zur Verbesserung
918 der
919 Arbeitsbedingungen in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen der Mitgliedstaaten
920 wollen wir
921 fördern.

922 Um die Situation der Pflegekräfte in der häuslichen Betreuung zu verbessern,
923 fordern wir
924 eine Überarbeitung der Rechtsvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz
925 bei der
926 Arbeit, um sicherzustellen, dass auch angestellte Pflegekräfte in privaten
927 Haushalten
928 einbezogen werden und gute Arbeitsbedingungen haben.

929 Cannabis europaweit legalisieren

930 An verschiedenen Orten der Welt ist der Wechsel hin zu einem unideologischen und
931 zeitgemäßen
932 Umgang mit Cannabis bereits gelungen. Wir setzen uns auch in Europa für eine
933 zeitgemäße
934 Drogenpolitik ein, die Gesundheit und Jugendschutz in den Vordergrund stellt und
935 die
936 kriminellen Strukturen hinter dem Drogenhandel effektiv bekämpft. Mit einem
937 ersten großen
938 Schritt bei der Legalisierung von Cannabis in Deutschland macht die

939 Ampelkoalition endlich
940 Schluss mit der gescheiterten Drogenpolitik der letzten Jahrzehnte und setzt auf
941 Vernunft
942 statt Kriminalisierung. Wir entlasten Polizei und Justiz und stärken die
943 Konsument*innen in
944 ihrer freien bewussten Entscheidung.

945 Indem wir kontrollierte, aber legale Bezugswege für Cannabis schaffen, stärken
946 wir die
947 Verbraucher*innen und dämpfen den Schwarzmarkt ein. Gleichzeitig stärken wir
948 Prävention und
949 Verbraucherschutz. Das europäische und internationale Recht setzt aktuell den
950 Mitgliedstaaten im Umgang mit Cannabis enge Grenzen. Wir streben eine
951 europaweite
952 Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis an. Deshalb werden wir uns
953 in Europa
954 dafür einsetzen, dass das europäische und internationale Recht in Bezug auf die
955 Produktion,
956 den Vertrieb und Verkauf von Cannabisprodukten entschärft wird.

957 **4. Bildung und Chancen**

958 Europas Hochschulen besser vernetzen

959 Europas Hochschulen sind die Grundlage für Chancen und Innovation. Wenn wir sie
960 vernetzen,
961 können wir ihre vielfältigen Kompetenzen und Profile noch besser für den ganzen
962 Kontinent
963 nutzen. Wir haben uns deshalb lange für die Gründung von europäischen
964 Hochschulen oder
965 Hochschulnetzwerken eingesetzt – und begrüßen, dass nach einer Pilotphase 2018
966 jetzt bereits
967 zwei Ausschreibungsrunden stattfinden konnten. Wir setzen uns für weitere
968 Ausschreibungsrunden sowie eine engere Zusammenarbeit der Hochschulnetzwerke
969 ein.

970 Wir unterstützen die Idee eines europäischen Hochschulabschlusses (European
971 Degree). Ein
972 European Degree kann ein zusätzliches Qualitätssiegel darstellen, das
973 binationale,
974 trinationale bzw. europäische und internationale Abschlüsse als zusätzliches
975 Qualitätssiegel
976 aufwertet und damit Anreize für die Internationalisierung von Studiengängen
977 schafft.

978 Egal in welchem Land: Studierende haben selten viel Geld zur Verfügung. Besuche
979 in Museen,
980 Theatern, aber auch beispielsweise Ausflüge in andere Städte eröffnen neue
981 Horizonte. Viele
982 dieser Einrichtungen bieten Rabatte für Studierende an. Aber gerade für
983 Studierende aus

984 anderen Ländern ist es oft schwierig, diese Vergünstigungen mit ihren heimischen
985 Studierendenausweisen zu erhalten. Die EU hat mit der European Student Card
986 (ESC) und dem
987 digitalen Studierendenausweis in der Erasmus+-App bereits erste Schritte für
988 einen
989 europäischen Studierendenausweis unternommen, aber nur für einen sehr begrenzten
990 Personenkreis. Wir wollen, dass alle Studierenden an europäischen Universitäten
991 und
992 Hochschulen einen (digitalen) europäischen Studierendenausweis bekommen können.

993 Berufsabschlüsse europaweit anerkennen

994 Die Möglichkeit, in jedem europäischen Land zu studieren oder zu arbeiten,
995 eröffnet viele
996 neue Perspektiven. Wenn es aber konkret wird, wird es oft schwierig: Zwar haben
997 wir mit
998 Bachelor und Master im Bologna-Prozess ein vergleichbares Abschlusssystem in der
999 EU
1000 geschaffen. Aber es ist kein Automatismus, dass zum Beispiel der Bachelor aus
1001 einem Land in
1002 einem anderen Land für ein Masterstudium anerkannt wird. Studierende und
1003 Absolvent*innen
1004 müssen in dem jeweiligen Land eine oftmals noch sehr bürokratische Prozedur
1005 durchlaufen.
1006 Teils wird dann der heimische Abschluss geringwertiger eingestuft, teils ist die
1007 Anerkennung
1008 sehr kostspielig. Darum setzen wir uns dafür ein, dass Universitätsabschlüsse
1009 einfacher und
1010 schneller in jedem Land der EU anerkannt werden.

1011 Noch schwieriger wird es bei Berufsabschlüssen. Hier ist die Anerkennung oft
1012 kompliziert,
1013 langwierig und teuer. In Zeiten des Fachkräftemangels ist das besonders
1014 kontraproduktiv. Für
1015 eine Handvoll Berufe können Menschen deshalb den Europäischen Berufsausweis
1016 (EBA) in ihrem
1017 Heimatland beantragen. Mit diesem elektronischen Verfahren ist es leichter, sich
1018 die
1019 Qualifikation in einem reglementierten Beruf in einem anderen EU-Land anerkennen
1020 lassen zu
1021 können. Wir wollen die Anzahl der Berufe, für die der EBA möglich ist, deutlich
1022 erweitern.

1023 Politische Bildung gegen Desinformation

1024 Unsere Demokratien und unsere Werte sind stetigen Angriffen autoritärer und
1025 demokratiefeindlicher Strömungen aus dem In- und Ausland ausgesetzt. Ihre
1026 Mittel:
1027 Desinformationen und Fake News. Sie operieren immer mehr grenzüberschreitend und
1028 versuchen,
1029 den Zusammenhalt in der EU und unsere europäischen Werte zu unterminieren. Ihre

1030 Verschwörungsmythen säen Hass und Ausgrenzung. Dem müssen wir stärker und
1031 europäisch
1032 koordiniert entgegenwirken. Wir wollen daher eine Europäische Zentrale für
1033 politische
1034 Bildung gründen, einen Anlaufpunkt für politische Bildung, der gezielt die
1035 europäische
1036 Dimension von Desinformation adressiert. Sie soll sich vor allem an Jugendliche
1037 und junge
1038 Erwachsene wenden, zugleich aber allen Bürger*innen als Informationsquelle zur
1039 Verfügung
1040 stehen und breite Angebote im digitalen Raum schaffen.

1041 Sie kann den europäischen Gedanken und komplexe europäische Prozesse
1042 zielgruppengerecht
1043 erklären. Diese Zentrale soll zudem die digitale Medienkompetenz der Menschen in
1044 Zeiten von
1045 Desinformation und Fake News stärken. Dazu kann sie in der Forschung und
1046 Aufklärung auch
1047 eine Vernetzung der europäischen Akteure vorantreiben. Sie soll unabhängig und
1048 nach klaren
1049 wissenschaftlichen und ethischen Kriterien arbeiten können. So fördern wir
1050 unsere
1051 demokratischen Werte und stärken den Einsatz gegen Diskriminierung.

1052 Mit Erasmus Europa kennenlernen

1053 Erasmus+ ist für viele die erste und oft auch persönlichste Begegnung mit der
1054 EU. Über
1055 Erasmus+ wird gelebte europäische Gemeinschaft gefördert und der akademische und
1056 berufliche
1057 Austausch ermöglicht.

1058 Im Zentrum des Programms steht der Studierendenaustausch: Wir wollen, dass mehr
1059 Menschen
1060 diese Erfahrungen machen können, vor allem aus Familien, denen das Geld für
1061 Urlaub oder
1062 Austauschzeit im Ausland fehlt. Für viele ist es ein großer Schritt, von zuhause
1063 ins Ausland
1064 zu gehen, und die Aussicht, sich in dieser Zeit keinen Besuch bei der Familie
1065 leisten zu
1066 können, eine Hemmschwelle. Deshalb wollen wir ein Mobilitätsticket für Erasmus-
1067 Teilnehmer*innen einführen, das es ihnen ermöglicht, einmal pro Halbjahr
1068 kostenlos nach
1069 Hause und zurück zu fahren.

1070 Wir wollen, dass sich auch Menschen mit Behinderung für eine wertvolle Erasmus+-
1071 Erfahrung
1072 entscheiden können. Deshalb wollen wir die Beratungsangebote ausbauen sowie
1073 Informationen
1074 barrierefrei zur Verfügung stellen. Wir wollen mit Großbritannien Wege finden,
1075 wie Menschen
1076 auf beiden Seiten nach dem Brexit wieder vom Austausch profitieren können.

1077 Für viele Studierende ist Erasmus+ ein Begriff. Bei Auszubildenden aber ist das
1078 Programm
1079 noch nicht ausreichend bekannt. Das wollen wir ändern. Denn es bietet viele
1080 Möglichkeiten,
1081 neue fachliche Kompetenzen zu lernen und neue Erfahrungen zu sammeln. Mit
1082 besseren
1083 Informationen, mehr Beratung sowie einfacheren Anträgen und Anerkennungen wollen
1084 wir
1085 Erasmus+ für Auszubildende stärken.

1086 Erasmus+ ist eine der europäischen Erfolgsgeschichten, auch für die
1087 Jugendarbeit. Mit Blick
1088 auf die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 werden wir uns dafür
1089 einsetzen,
1090 die Mittel für Erasmus+ zu verdoppeln.

1091 5. Europas Jugend

1092 Jugend beteiligen

1093 Europa lebt durch Gemeinschaft, Begegnungen, Toleranz und Verständnis
1094 füreinander. Um dies
1095 zu ermöglichen, spielt europäische und internationale Jugendarbeit eine
1096 außerordentliche
1097 Rolle. Sie ermöglicht es jungen Menschen, über den Tellerrand hinauszuschauen
1098 und europaweit
1099 Freundschaften zu schließen. Jugendverbände und Jugendgruppen sind Grundlage für
1100 die
1101 Gestaltung von Freizeit und Bildung von Millionen Jugendlichen in Europa. In
1102 unserer
1103 Zivilgesellschaft muss sichergestellt werden, dass ehrenamtliches Engagement von
1104 Jugendlichen wertgeschätzt wird und Jugendarbeit nicht an bürokratischen Hürden
1105 scheitert.
1106 Wir sprechen uns daher für eine Stärkung und Vereinfachung der Projektförderung
1107 über
1108 Erasmus+ aus.

1109 Viele reden über Jugendliche und ihre Bedürfnisse. Wir wollen, dass sie selbst
1110 zu Wort
1111 kommen und ein Mitspracherecht für das Europa haben, in dem sie leben. Sie sind
1112 derzeit im
1113 politischen Geschehen massiv unterrepräsentiert. Darum ist es gut, dass jetzt in
1114 Deutschland
1115 Jugendliche ab 16 Jahren erstmals bei der Europawahl wählen können. Wir setzen
1116 uns dafür
1117 ein, dass dies in allen Mitgliedstaaten und in Deutschland auf allen Ebenen
1118 Wirklichkeit
1119 wird.

1120 Auch über das Wahlrecht hinaus wollen wir die Jugendbeteiligung in Europa
1121 strukturell weiter

1122 stärken. Über den EU-Jugenddialog hat die Europäische Union einen direkten Kanal
1123 für die
1124 Beteiligung junger Menschen und Jugendverbände auf europäischer Ebene
1125 geschaffen, dieser
1126 soll weiter gestärkt und bei anderen Beteiligungsformaten integriert werden. Die
1127 Ergebnisse
1128 dieser Beratungen sollen zukünftig noch stärker in die Arbeit der EU-Kommission
1129 einfließen
1130 und junge Menschen und ihre Interessenvertreter*innen künftig regelmäßig im
1131 Europäischen
1132 Parlament angehört werden. Wir unterstützen zudem den EU Youth Check, mit dem
1133 die
1134 Auswirkungen von EU-Entscheidungen auf junge Menschen überprüft werden sollen.
1135 In der EU-
1136 Jugendstrategie werden die Leitlinien für europäische Jugendpolitik gezogen. Wir
1137 wollen
1138 sicherstellen, dass eine Weiterentwicklung der EU-Jugendstrategie die Interessen
1139 junger
1140 Menschen in allen Politikbereichen stärkt. Wir setzen uns außerdem dafür ein,
1141 dass die
1142 Stelle der EU-Jugendkoordinatorin aufgewertet wird.

1143 Freiwilligendienste ausbauen

1144 Eine Gemeinschaft ist so stark wie das Engagement ihrer Mitglieder. Der
1145 Zivilgesellschaft
1146 kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Gerade das Engagement von jungen
1147 Europäer*innen ist
1148 elementar – zum Beispiel für die Flüchtlingshilfe oder, Projekte der
1149 Demokratieförderung,
1150 Klimaschutz oder soziale Gerechtigkeit.

1151 Darum wollen wir eine Million Plätze im Europäischen Freiwilligendienst
1152 schaffen, gerade
1153 auch für Jugendliche aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen. Für sie müssen
1154 wir bessere
1155 Rahmenbedingungen schaffen, damit Engagement etwas ist, das sich jede und jeder
1156 leisten
1157 kann. Für die Durchführung von Freiwilligendiensten braucht es aber auch
1158 Vereine, Verbände
1159 und Organisationen, die sie anbieten. Diese wollen wir stärken, denn sie
1160 schaffen Orte der
1161 Demokratie und des zivilgesellschaftlichen Engagements.

1162 Diese Idee wollen wir nicht nur für Jugendliche anbieten. Wir wollen auch die
1163 Erfahrungen,
1164 das Wissen und das Engagement von Senior*innen in ganz Europa fruchtbar machen:
1165 Viele von
1166 ihnen haben Kenntnisse, die sie auch im Rentenalter noch einsetzen wollen. Mit
1167 einem
1168 europäischen Programm wollen wir den Rahmen bereitstellen, mit dem Senior*innen
1169 überall in

1170 der EU an Projekten in Ausbildung, Vermittlung oder Zivilgesellschaft
1171 mitarbeiten können.

1172 Europa entdecken

1173 Mit dem DiscoverEU-Programm können 18-Jährige die EU praktisch erleben. Zweimal
1174 im Jahr
1175 werden unter jungen Menschen sogenannte TravelPasses verlost, mit denen sie dann
1176 in einem
1177 bestimmten Zeitraum 30 Tage lang mit dem Zug durch Europa reisen können.
1178 Gemeinsam mit
1179 anderen jungen Menschen aus unterschiedlichen Ländern können sie entdecken, wie
1180 vielfältig
1181 Europa ist. Daher unterstützen wir das DiscoverEU-Programm und wollen es
1182 zukünftig noch
1183 ausbauen. Unser Ziel ist es, aus vielen parallelen Reisen mehr gemeinsame
1184 Erlebnisse zu
1185 schaffen. Wir wollen das Programm bekannter machen, besonders unter jungen
1186 Menschen aus
1187 weniger wohlhabenden Elternhäusern. Außerdem wollen wir Anreize dafür setzen,
1188 dass Gruppen
1189 aus mehreren europäischen Ländern zusammen verreisen.

1190 **6. Verbraucherschutz**

1191 Verbraucherschutz als Standortvorteil begreifen

1192 Der Rechtsschutz der Verbraucher*innen macht die EU zu einer Union der starken
1193 Bürger*innen.

1194 Die Freiheiten für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen im europäischen
1195 Binnenmarkt

1196 gehören zu den größten Standortvorteilen der EU. Der Verbraucherschutz sichert
1197 Konsum,

1198 Gesundheit und Freiheiten weitreichend ab und macht die EU damit weltweit zur
1199 Vorreiterin:

1200 Gebührenfreies Roaming, ein nutzer*innenfreundlicher Strommarkt, moderne
1201 Infrastruktur oder

1202 sichere und langlebige Konsumgüter sind nur einige wenige Beispiele.

1203 Und es funktioniert: So verspricht etwa ein einheitliches Ladekabel für mobile
1204 Endgeräte,

1205 den Kabelsalat in unzähligen Schubladen zu beenden. Der verbindliche europäische
1206 Standard

1207 stärkt die europäische Kreislaufwirtschaft, verringert Elektroabfall und
1208 erleichtert

1209 merklich das Leben der Verbraucher*innen. Wir wollen dabei das ganze Spektrum
1210 digitaler

1211 Endgeräte wie Smartwatches, E-Reader oder Kopfhörer abdecken und auch kabellose
1212 Ladetechnologien mit einschließen.

1213 Das verbindliche Ökodesign, also die Produktion nach Kriterien der Haltbarkeit,
1214 Reparierbarkeit und ökologischen Verträglichkeit, beschert den Verbraucher*innen
1215 bessere
1216 Produkte. Wir setzen uns für eine schnelle Umsetzung der Richtlinien ein, sodass
1217 relevante
1218 Produktgruppen wie Spielzeug, Möbel oder Kleidung zeitnah umfasst werden.

1219 Geht ein Produkt doch mal kaputt, verspricht das europäische Recht auf Reparatur
1220 Konsument*innen den langfristigen Zugang zu Ersatzteilen und
1221 Reparaturanleitungen. Ein
1222 kaputter Handyakku, Drucker oder Staubsauger müssen noch lange keine
1223 Neuanschaffung
1224 bedeuten. Die Lebensdauer von teuren oder lieb gewonnenen Anschaffungen
1225 verlängert sich mit
1226 dem Recht auf Reparatur erheblich. So werden langlebige und reparierbare
1227 Produkte die
1228 Geldbeutel der Bürger*innen entlasten.

1229 Produkte des Alltags sicher nutzen zu können, wird mit der EU zur
1230 Selbstverständlichkeit.
1231 Von Essen über Kleidung bis hin zu Kosmetika, Spielzeug und einfachen
1232 Gebrauchsgegenständen
1233 geht Sicherheit vor. Schadstoffe, Nanopartikel und Rückstände
1234 gesundheitsschädlicher Halb-
1235 oder Schwermetalle kommen in vielen dieser Verbrauchs- und Konsumgüter vor. Um
1236 Sicherheit
1237 und Transparenz zu gewährleisten, weiten wir die Risikoforschung aus und
1238 schaffen ein
1239 Register für Nanopartikel.

1240 Auch das Design des europäischen Strommarkts wollen wir im Sinne der
1241 Verbraucher*innen
1242 gestalten. Mit geringen Infrastrukturkosten sowie intelligent aufeinander
1243 abgestimmten
1244 Mechaniken von Stromverbrauch und -erzeugung bleibt der Vorteil der günstigen
1245 Stromerzeugung
1246 bei ihnen. Wir stärken die Teilhabe von Verbraucher*innen durch die einfache
1247 Integration von
1248 Wärmepumpen oder Wallboxen für Elektroautos in den Strommarkt.

1249 Fahrgastrechte garantieren

1250 Die Reisefreiheit in der EU soll für alle Bürger*innen komfortabel und sicher
1251 nutzbar sein.
1252 Fahrgäste sollen bei ihren Reisen durch Europa in ihren Rechten geschützt werden
1253 – ganz
1254 egal, ob mit Bus, Bahn oder Flugzeug. Auch deshalb wollen wir ein europaweites
1255 einheitliches
1256 Ticketsystem einführen, das Reisen mit dem Zug attraktiver macht und den
1257 Planungsaufwand
1258 erheblich senkt.
1259

1260 Wir setzen uns für einen durchgehenden Schutz der Fahrgastrechte ein. Die
1261 Entschädigung für
1262 Bahnverspätungen sollte auf 50 Prozent des Fahrpreises nach 60 Minuten und 75
1263 Prozent nach
1264 90 Minuten angehoben werden, wie es das Europäische Parlament fordert.

1265 Auch wer sich für eine Flugreise entscheidet, soll sicher und pünktlich am Ziel
1266 ankommen.
1267 Die Novellierung der Fluggastrechte soll die bestehenden Lücken im
1268 Verbraucherschutz bei
1269 Flugreisen schließen und die Rechte weiter ausbauen. Wir stärken den Anspruch
1270 der
1271 Verbraucher*innen auf Entschädigungen bei Verspätungen oder Verschiebungen von
1272 Flugreisen.
1273 Ansprüche der Reisenden sollen bei einer großen Verspätung ab drei Stunden in
1274 die Verordnung
1275 aufgenommen werden. Bei einer Verschiebung von Flügen soll die Frist zur
1276 Information der
1277 Reisenden auf vier Wochen vor Reisebeginn verlängert werden. So stärken wir den
1278 Anspruch der
1279 Verbraucher*innen auf Entschädigungen.

1280 Besonders für Reisende, die nur gelegentlich fliegen, und Familien sind die
1281 Regelungen zur
1282 Mitnahme von Gepäck häufig intransparent und kompliziert. Wir setzen uns für
1283 eine
1284 einheitliche Regelung für die Maße von Handgepäck und eine transparente
1285 Preisgestaltung für
1286 alle Gepäckvarianten ein.

1287 Ausfälle dürfen nicht zulasten der Reisenden gehen. Deswegen wollen wir, dass
1288 alle
1289 Fluggesellschaften sich gegen Insolvenz versichern müssen.

1290 Vor Kostenfallen schützen

1291 Verträge online abzuschließen, ist für viele Menschen längst Alltag und eine
1292 erhebliche
1293 Erleichterung. Genauso unkompliziert wie der Abschluss sollte die Kündigung
1294 sein.
1295 Verbraucher*innen finden oft keine Möglichkeit, online abgeschlossene Verträge
1296 zu kündigen,
1297 oder haben keine Sicherheit über den Eingang und die Rechtssicherheit der
1298 Kündigung. Die
1299 Bindung an ungewollte oder nicht mehr benötigte Verträge wird so schnell zur
1300 Kostenfalle.
1301 Bei langfristigen Verträgen, die online abgeschlossen werden können, wollen wir
1302 einen leicht
1303 zugänglichen Kündigungsbutton auf der Webseite der Unternehmen einführen. Wir
1304 sorgen so für
1305 ein europaweit hohes Verbraucherschutzniveau nach deutschem Vorbild. Damit wird
1306 die

1307 europaweite Nutzung von Dienstleistungen vereinfacht und sicherer gemacht. Die
1308 Beweislast
1309 für die ordnungsgemäße Umsetzung soll dabei bei den Unternehmen liegen. Ist
1310 diese nicht
1311 rechtssicher ausgestaltet, geht das nicht zulasten der Verbraucher*innen:
1312 Verträge sollen
1313 dann jederzeit, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist, aufgehoben werden können.
1314 Wir setzen
1315 uns für die Ergänzung der entsprechenden Verbraucherrichtlinie ein und geben
1316 Kund*innen so
1317 die Kontrolle über ihre Verträge zurück.

A5 C – Was Frieden schützt

Antragsteller*in: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 11.09.2023)

Antragstext

1 Der russische Angriffskrieg auf unseren europäischen Nachbarstaat Ukraine hat
2 gezeigt:
3 Frieden und Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte sind keine
4 Selbstverständlichkeit. Sie
5 müssen immer wieder aufs Neue verteidigt und gestärkt werden. Moskau hat das
6 Friedensprojekt
7 Europäische Union herausgefordert. Gemeinsam mit unseren ukrainischen
8 Freund*innen haben wir
9 diese Herausforderung angenommen – und halten stand.

10 Aber auch über die Ukraine hinaus nehmen die Spannungen weltweit zu. China tritt
11 immer
12 autoritärer auf und stellt die regelbasierte internationale Ordnung infrage.
13 Chinas
14 Konkurrenz mit den USA stellt auch unser Leben und Wirtschaften vor bedeutende
15 Herausforderungen. In Afrika, Asien und Südamerika fordern Staaten und
16 Gesellschaften
17 derweil zu Recht faire Mitsprache und einen gleichwertigen Platz an
18 Verhandlungstischen ein.

19 Diese Verschiebungen im globalen Machtgefüge fordern die EU heraus. Gemeinsam
20 mit den Folgen
21 der Pandemie, mit Inflation, Staatsschulden- und Klimakrise machen sie einmal
22 mehr deutlich:
23 Wir müssen unsere Kräfte bündeln, um den Frieden in Europa zu schützen, um
24 Europa in der
25 Welt sicherer zu machen.

26 Gemeinsam sind wir handlungsfähig. Immer wieder hat Europa bewiesen, wie sehr es
27 in der Lage
28 ist, auch international für Frieden, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit zu
29 wirken. Es hat
30 bewiesen: Man kann Frieden lernen, stabilisieren und zum Wohle aller gestalten.
31 Das gibt
32 Hoffnung in schwierigen Zeiten: Eine EU, die auf der Weltbühne selbstbewusst
33 auftritt und
34 mit einer Stimme spricht, ist imstande, sich gegen Unfreiheit und Krieg zu
35 behaupten, unsere
36 Interessen und Werte zu verteidigen, Einflussnahme von außen abzuwehren, Zukunft
37 und Frieden
38 zu gestalten – und das Leben der Menschen spürbar zu verbessern. Dieses Europa
39 bietet
40 weltweit Perspektiven für politische und wirtschaftliche Entwicklung – und damit
41 ein
42 dringend benötigtes Gegenangebot zum Einfluss insbesondere Chinas und Russlands.

43 Das ist unsere Perspektive, das ist unser politischer Auftrag: die globale
44 Handlungsfähigkeit der EU zu verteidigen und zu stärken. Als viele noch von

45 „Wandel durch
46 Handel“ träumten, haben GRÜNE davor gewarnt, dass autokratische Regime wie
47 Russland im
48 Zweifelsfall gegen das Interesse ihrer eigenen Bürger*innen handeln, um ihre
49 imperialen
50 Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Wir treten deshalb für ein souveränes und
51 selbstbewusstes
52 Europa ein, das nicht abwartet, sondern das Heft des Handelns in die Hand nimmt;
53 ein Europa,
54 das sich aus seinen Abhängigkeiten löst und global Verantwortung übernimmt. Eine
55 handlungsfähige EU, die auf eigenen Beinen steht, ist der beste Schutz gegen all
56 jene
57 Kräfte, die Isolation und Ausgrenzung heraufbeschwören, innerhalb und außerhalb
58 des
59 europäischen Bündnisses. Die EU kann dabei ihre Interessen vor allem dann
60 effektiv
61 durchsetzen, wenn sie zugleich ihre Werte in den Mittelpunkt stellt – der oft
62 behauptete
63 Widerspruch ist keiner.

64 Frieden und Freiheit erwachsen nicht aus Abschottung, sondern aus einem
65 wertegeleiteten und
66 fairen Umgang mit unseren Partnerinnen und Partnern. Das wichtigste Forum dafür
67 sind die
68 Vereinten Nationen (UN) und ihre Organisationen, die wir stärken und gerechter
69 gestalten
70 wollen. Sie sind der beste Weg zu einem Multilateralismus, in dem die Stärke des
71 Rechts
72 wirkt, nicht das Recht des Stärkeren.

73 Die EU muss in diesen herausfordernden Zeiten alle Möglichkeiten internationaler
74 Zusammenarbeit aktiv suchen und alle Kanäle der Kooperation nutzen, um den
75 Frieden zu
76 wahren, demokratische Kräfte zu stärken und Konflikten vorzubeugen. Die EU muss
77 aktiv um
78 Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens werben. Orientiert an den
79 Nachhaltigkeitszielen wollen wir globale Gerechtigkeit fördern.

80 Oft genug aber sitzen bei Verhandlungen vor allem Frauen nicht mit am Tisch. Das
81 macht es
82 schwerer, faire und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Gesellschaften sind
83 nachweislich
84 friedlicher und wohlhabender, wenn alle Menschen am politischen, sozialen und
85 wirtschaftlichen Leben teilnehmen können. Frieden und Sicherheit sind
86 nachhaltiger, wenn
87 Frauen beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns aktiv dafür ein, dass gerade auch
88 Frauen in
89 der Außenpolitik umfassend vertreten sind.

90 Das gilt umso mehr, da sich die existenziellste Herausforderung der Menschheit,
91 die
92 Klimakrise, nur global bewältigen lässt. Europa und die übrigen Industriestaaten
93 haben durch

94 ihre jahrzehntelangen Emissionen eine zweifache Verantwortung: Sie müssen im
95 ganz eigenen
96 Interesse selbst schnell klimaneutral werden und zugleich ärmere Länder auf
97 ihrem Weg zu
98 klimaneutralem Wohlstand partnerschaftlich unterstützen. Deswegen stellen wir
99 die
100 Klimadiplomatie ins Zentrum unseres Plans für eine europäische Außenpolitik und
101 damit die
102 Weichen für belastbare Partnerschaften – Partnerschaften, die auch dabei helfen
103 werden,
104 unsere Versorgung mit erneuerbaren Energien und Rohstoffen zu sichern. Dabei
105 muss die EU
106 auch weltweit gemeinsam mit der Privatwirtschaft einen entscheidenden Beitrag zu
107 den nötigen
108 Investitionen für eine klimagerechte Entwicklung leisten.

109 Im äußersten Fall müssen wir im Stande sein, unseren Frieden auch militärisch zu
110 verteidigen. Dies können wir besser, effizienter und wirkungsvoller tun, wenn
111 wir unsere
112 Sicherheitspolitik europäisch koordinieren. Dabei bleiben militärische Maßnahmen
113 für uns
114 Ultima Ratio: Wir wollen einen umfassenden Ansatz europäischer Außenpolitik, der
115 die
116 menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt rückt – und auf Vorbeugung und zivile
117 Bearbeitung
118 von Krisen und Konflikten setzt. Wer dazu beiträgt, Frieden zu erhalten, beugt
119 der
120 Notwendigkeit vor, Frieden schaffen zu müssen – so schützt Europa. Wir denken
121 Sicherheit von
122 jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde und Freiheit im Zentrum unserer
123 Politik stehen.
124 Dieses Verständnis einer vorsorgenden und wertegeleiteten Sicherheitspolitik ist
125 Teil des
126 europäischen Versprechens.

127 Dessen Gewicht wiederum wird dort am deutlichsten, wo es Einladung ist und
128 Hoffnung gibt.
129 Das Streben vieler Ukrainer*innen danach, ihre Freiheit zu behaupten und Teil
130 der
131 europäischen Familie zu werden, mag von Wladimir Putin mit brutaler Waffengewalt
132 beantwortet
133 worden sein. Aber es lebt fort und beweist, welche Strahlkraft das europäische
134 Projekt über
135 die eigenen Grenzen hinaus entfalten kann. Wir bekennen uns zum Beginn des
136 ukrainischen
137 Beitrittsprozesses – und verstehen ihn zugleich als Anerkennung der
138 unermesslichen Leistung,
139 die das Land tagtäglich für unser aller Sicherheit und die europäischen Werte
140 erbringt.

141 Das Europa, das wir gestalten wollen, tut genau das. Es schützt und verteidigt
142 die eigenen
143 Werte. Es behauptet sich – und reicht zugleich anderen selbstbewusst die Hand.

144 An diesem
145 Europa wollen wir arbeiten. Dieses Europa wollen wir sein.

146 1. Eine europäische Außenpolitik

147 Gemeinsam außenpolitisch handeln

148 Wir benötigen eine starke und souveräne EU, die als weltpolitische Akteurin
149 agieren kann.
150 Bislang braucht es in der EU-Außenpolitik jedoch immer noch die Zustimmung aller
151 27
152 Mitgliedstaaten. Wir setzen uns für eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen
153 im Rat ein,
154 die dabei die Interessen der großen und der kleineren Mitgliedstaaten
155 berücksichtigt. Um das
156 zu erreichen, wollen wir die bestehenden Möglichkeiten innerhalb der
157 europäischen Verträge
158 nutzen und setzen uns gleichzeitig für Vertragsänderungen ein.

159 Unsere Werte und Interessen brauchen eine gemeinsame Stimme der EU – wir wollen
160 die
161 bestehende Rolle des Hohen Vertreters bzw. der Hohen Vertreterin für die Außen-
162 und
163 Sicherheitspolitik zu einer europäischen Außenministerin bzw. einem europäischen
164 Außenminister machen. Auch den Europäischen Auswärtigen Dienst wollen wir
165 stärken. Um eine
166 gemeinsame europäische Außenpolitik umzusetzen, braucht es einen echten
167 europäischen
168 diplomatischen Dienst. Deshalb wollen wir die Europäische Diplomatische Akademie
169 fest
170 verankern, um Kompetenzen im Bereich EU-Außenpolitik unter Diplomat*innen aus
171 den
172 Mitgliedstaaten auszubauen. Konsularische Dienste der Mitgliedsländer wie
173 Visafragen,
174 Rechtshilfe oder Anträge wollen wir vermehrt in den europäischen Botschaften
175 bündeln.

176 Das Klima global schützen

177 Die Klimakrise ist die zentrale globale Herausforderung unserer Zeit. Sie
178 bedroht die
179 Lebensgrundlagen in vielen Teilen der Welt und treibt Millionen Menschen in die
180 Flucht. Sie
181 verschärft Konflikte um knapper werdende Ressourcen wie Nahrungsmittel und
182 Wasser.

183 Kein Staat kann die Klimakrise alleine stoppen. Unser Ziel ist eine starke
184 europäische
185 Klimaaußenpolitik, die im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen steht. Wir
186 stehen für eine
187 EU, die weltweit Partnerschaften für die Minderung des CO₂-Ausstoßes knüpft,

188 Partnerländer
189 beim klimaneutralen Auf- und Umbau ihrer Wirtschaftssysteme und
190 Energieversorgung sowie bei
191 der Anpassung an die unvermeidbaren Folgen der Klimakrise unterstützt. Als eine
192 der größten
193 Emittentinnen von Treibhausgasen weltweit muss die EU entsprechend der
194 Vereinbarung im
195 Pariser Klimaschutzabkommen dafür eintreten, dass rasch jährlich 100 Milliarden
196 US-Dollar
197 aus öffentlichen und privaten Quellen für Klimaschutz und Anpassung
198 zielgerichtet und im
199 Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen der UN in Ländern des Globalen Südens
200 eingesetzt
201 werden. Ein Vorbild dafür sind sogenannte Just Energy Transition Partnerships,
202 die die
203 Bundesregierung gemeinsam mit weiteren internationalen Partnern bereits mit
204 mehreren Ländern
205 abgeschlossen hat. Sie machen Angebote für eine umfassende und sozial gerechte
206 Energiewende.
207 Wir unterstützen außerdem den internationalen Prozess zur Ausgestaltung eines
208 Loss-and-
209 Damage-Fonds, der die von den Auswirkungen der Klimakrise geschädigten
210 Gemeinschaften
211 finanziell angemessen unterstützen soll.

212 Unser Ziel ist es, die globale Energiewende zu beschleunigen und den Ausstieg
213 aus fossilen
214 Energien voranzutreiben. Wir setzen uns deshalb für ein verbindliches globales
215 Ziel für den
216 Ausbau erneuerbarer Energien und eine ambitionierte Klimafinanzierung ein. Dafür
217 braucht es
218 zusätzliche Mittel zur ODA-Quote. Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die
219 Europäische
220 Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) müssen sich noch stärker
221 partnerschaftlich an
222 der Modernisierung der Wirtschaft unserer Partnerländern beteiligen.

223 Wir wollen den Team-Europe-Ansatz – die engere Zusammenarbeit zwischen
224 Kommission,
225 Mitgliedstaaten und EU-Finanzinstitutionen – stärken und ausbauen, um
226 internationale
227 Allianzen zu schmieden. Der im Rahmen der G7 angeregte Klimaclub kann dabei eine
228 zentrale
229 Rolle einnehmen, um internationale Strukturen im Rahmen des Pariser Abkommens zu
230 unterstützen und ambitionierte Ziele für Klimaschutz sowie nachhaltiges Wachstum
231 voranzutreiben. Mit der geplanten Strategie für Klimaaußenpolitik kann die
232 Bundesregierung
233 Deutschland zum Vorreiter machen. Das möchten wir zum Vorbild für Europa nehmen.

234 Wie die Klimakrise stellt auch der globale Arten- und Biodiversitätsverlust eine
235 enorme
236 Bedrohung dar. Deshalb wollen wir die Umsetzung des Biodiversitätsabkommens von
237 Kunming-

238 Montreal in Europa und weltweit fördern. Wir steigern das europäische Engagement
239 mit den am
240 stärksten von Biodiversitätsverlust betroffenen Ländern und unterstützen den
241 Schutz von
242 Flächen unter Wahrung der Rechte indigener Völker. Unser Ziel ist es, die
243 biologische
244 Vielfalt Europas und der Welt auf den Weg der Erholung zu bringen.

245 Global Gateway zum Erfolg bringen

246 In vielen Teilen der Welt, vor allem im Globalen Süden, gibt es einen gewaltigen
247 Investitionsbedarf, um Wachstum, Mobilität und Wohlstand unter der Bedingung der
248 Klimaneutralität zu erreichen. Auf diesen Bedarf antwortet bislang vor allem das
249 chinesische
250 Programm einer „neuen Seidenstraße“. Die europäische Global-Gateway-Strategie
251 wollen wir zu
252 einem geostrategischen Erfolgsprojekt machen, das Partnerländern eine
253 Alternative zur
254 chinesischen Politik anbietet, die durch starke finanzielle Abhängigkeiten
255 etabliert wird.

256 Durch gezielte Investitionen in die sozialökologische Modernisierung in unseren
257 Partnerländern wollen wir damit klimaneutralen Wohlstand schaffen, den Schutz
258 der
259 Menschenrechte stärken, Lieferketten diversifizieren und die Produktion von
260 grüner Energie
261 in unserer Nachbarschaft fördern.

262 Global Gateway kann aber nur zum Erfolg werden, wenn die EU das Programm mit
263 substanziellen
264 Mitteln ausstattet, die in Verbindung mit dem gehebelten privaten Kapital die
265 nötigen
266 Ressourcen bilden können. Um die Sichtbarkeit und Verbindlichkeit des Programms
267 weltweit und
268 innerhalb der EU zu verbessern, wollen wir eine Sondergesandte bzw. einen
269 Sondergesandten
270 dafür einrichten. Die EU muss für Global Gateway klare strategische Prioritäten
271 setzen und
272 alle Projekte auf der Basis von gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den
273 Partnerländern
274 nach Beratung mit der lokalen Zivilgesellschaft erarbeiten. Maßstab sind für uns
275 hierbei die
276 Menschenrechte, die Agenda 2030 der UN sowie die Einhaltung der Ziele des
277 Pariser
278 Klimaabkommens. Zudem muss die EU-Kommission die Kohärenz und eine größere
279 Transparenz bei
280 der Auswahl der strukturpolitischen Projekte sowie bei ihrer Durchführung und
281 Evaluierung
282 sicherstellen.

283 Internationale Organisationen stärken

284 Die UN bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus. Im
285 Fall des
286 russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die internationale
287 Staatengemeinschaft in
288 der UN-Vollversammlung bewiesen, dass sie sehr wohl handlungsfähig ist, als eine
289 überragende
290 Mehrheit diesen brutalen Angriffskrieg mehrfach und deutlich verurteilte. Die EU
291 und ihre
292 Mitgliedstaaten leisten mehr als die Hälfte aller Beiträge zu multilateralen
293 Organisationen
294 wie dem UN-System. In den anstehenden Reformdiskussionen wollen wir durch ein
295 koordiniertes
296 Vorgehen der EU die UN und ihre Organisationen fit für die Zukunft machen. Dazu
297 gehört eine
298 Reform des Sicherheitsrats, in dem wir eine gerechtere Repräsentanz der
299 Weltregionen
300 gewährleisten wollen. Langfristig zielen wir darauf ab, das Vetorecht
301 abzuschaffen.

302 Bei der Weltbank, die mit der Evolution Roadmap ihren Reformprozess bereits
303 begonnen hat,
304 muss sich die EU für eine umfassende Erneuerung und Demokratisierung einsetzen,
305 um
306 angemessen auf die heutigen globalen und entwicklungspolitischen
307 Herausforderungen reagieren
308 zu können. UN-Sonderorganisationen wie das Flüchtlingshilfswerk UNHCR oder die
309 Gesundheitsorganisation WHO leisten vitale Hilfe, um Menschen in Not zu helfen.
310 Die EU muss
311 diese Organisationen deshalb weiter unterstützen und stärken.

312 Darüber hinaus setzen wir uns für eine aktive Personalpolitik der EU bei der
313 Besetzung von
314 Posten in internationalen Organisationen etwa bei der International
315 Standardization
316 Organisation (ISO) oder Weltbankgruppe ein.

317 Menschenrechte weltweit verteidigen

318 Weltweit werden vielerorts Oppositionelle verfolgt, der Handlungsspielraum von
319 Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien eingeschränkt und Proteste
320 niedergeschlagen. Wir
321 setzen uns für Demokratie und Menschenrechte ein und stärken unabhängige Medien,
322 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Menschenrechts-Verteidiger*innen. Wir
323 wollen die
324 Fördermöglichkeiten ausbauen und die entsprechenden Schutzinstrumente und
325 Institutionen,
326 beispielsweise Sonderberichterstatter*innen und den Europäischen
327 Demokratiefonds, finanziell
328 stabilisieren und zugänglicher machen.

329 Der Zusammenarbeit mit Demokratien weltweit kommt bei der Förderung von Freiheit
330 und
331 Selbstbestimmung eine besondere Rolle zu. Wir unterstützen entsprechend der
332 Globalen
333 Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte die Verhängung von
334 gezielten
335 Sanktionen gegen staatliche wie nicht-staatliche Akteure, die für schwere
336 Menschenrechtsverletzungen und -verstöße verantwortlich oder an ihnen beteiligt
337 sind.

338 Menschenrechts-Verteidiger*innen riskieren viel. Sie bedürfen unseres Schutzes,
339 unserer
340 Solidarität und unserer aktiven Unterstützung. Die EU-Leitlinien zum Schutz von
341 Menschenrechts-Verteidiger*innen wollen wir konsequent umsetzen. Dabei ist eine
342 geschlechtsspezifische Perspektive wichtig, da Frauen und marginalisierte
343 Gruppen, etwa
344 Verteidiger*innen indigener Rechte, einem höheren Gewaltisiko ausgesetzt sind.
345 Gefährdeten
346 Menschenrechts-Verteidiger*innen wollen wir in der EU mit einer schnelleren und
347 vereinfachten Visavergabe Schutz bieten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die
348 Auslandsvertretungen der EU für Menschenrechts-Verteidiger*innen stark machen.
349 Dazu gehört
350 etwa, Gerichtsverfahren von politischen Gefangenen zu beobachten, internationale
351 Sichtbarkeit zu schaffen, Soforthilfe bereitzustellen oder regelmäßigen
352 Austausch/regelmäßige Treffen durchzuführen. Nach Vorbild des kanadischen
353 Resettlement-
354 Programms setzen wir uns für ein europäisches Schutzprogramm von Menschenrechts-
355 Verteidiger*innen ein, das es ihnen ermöglicht, schnell und unbürokratisch
356 Schutz zu
357 erhalten und ihre Arbeit in sicherer Umgebung fortführen zu können.

358 Außen- und Entwicklungspolitik feministisch umsetzen

359 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, nachhaltiger und
360 wirtschaftlich erfolgreicher. Sie ist fester Bestandteil der universellen
361 Menschenrechte.
362 Frauen und marginalisierte Gruppen sind in besonderem Maße von Gewalt, Armut und
363 Krieg, aber
364 auch von den Folgen der Klimakrise betroffen. Gleichzeitig sitzen oft nur wenige
365 von ihnen
366 mit am Tisch, wenn es darum geht, Lösungen für diese Krisen zu erarbeiten. Mit
367 der UN-
368 Resolution 1325 ist der Schutz von Frauen und Mädchen in Kriegsgebieten sowie
369 ihre Teilhabe
370 bei Konfliktprävention und -bewältigung bereits international verankert. Wir
371 wollen
372 weitergehen. Wir setzen uns für eine feministische Außen- und
373 Entwicklungspolitik ein, die
374 Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen, Mädchen und marginalisierten
375 Gruppen in
376 allen Bereichen weltweit stärkt. Menschenrechtsbasiert hat sie die Überwindung

377 aller Formen
378 von Diskriminierung zum Ziel. Wir wollen sie als ein Leitprinzip der
379 Außenbeziehungen der EU
380 verankern. Die Leitlinien für die feministische Außenpolitik der Bundesregierung
381 sind
382 Vorbild für die Debatte auf europäischer Ebene.

383 Wir setzen uns dafür ein, den Frauenanteil in den außenpolitischen Institutionen
384 der EU
385 deutlich zu erhöhen, und dafür, dass die Perspektiven von Frauen und Mädchen bei
386 allen
387 internationalen Verhandlungen der EU einbezogen werden. Die Kapazitäten für
388 Gender und
389 Diversität in der EU-Diplomatie wollen wir stärken.

390 Wir fordern, dass die EU in ihren Außenbeziehungen weltweit zur Vorreiterin im
391 Kampf gegen
392 sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt wird. Nach dem Beitritt der EU
393 zur Istanbul-
394 Konvention verlangen wir deren konsequente Umsetzung durch die EU-
395 Mitgliedsländer. Auch
396 fordern wir die weltweite Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien gegen die
397 Diskriminierung und
398 für den Schutz der Menschenrechte von LGBTIQ*-Personen.

399 Wir wollen, dass die EU ihre Entwicklungspolitik nach den Grundsätzen
400 feministischer
401 Entwicklungszusammenarbeit partnerorientiert und nachhaltig ausrichtet. Sie muss
402 ihr selbst
403 gesetztes Ziel erreichen, dass bis 2025 85 Prozent der EU-Entwicklungsprogramme
404 auch zur
405 Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Dazu soll die EU mehr Mittel für Projekte
406 zur Förderung
407 von Frauen bereitstellen, besonders im Bereich der Bildung sowie der sexuellen
408 und
409 reproduktiven Gesundheit. Zudem müssen intersektionale Perspektiven in den EU-
410 Aktionsplan
411 für die Gleichstellung der Geschlechter Eingang finden.

412 **2. Eine europäische Sicherheitspolitik**

413 **Europa gemeinsam verteidigen**

414 Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns deutlich
415 vor Augen
416 geführt, dass wir unsere Art zu leben im äußersten Notfall auch militärisch
417 verteidigen
418 können müssen. Die Zukunft der Bündnisverteidigung und der kollektiven
419 Reaktionsfähigkeit
420 liegen in der europäischen und transatlantischen Integration und

421 Interoperabilität unserer
422 Streitkräfte.

423 Je enger wir in der EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik
424 zusammenarbeiten, desto
425 besser, kosteneffektiver und wirksamer können wir die europäische
426 Verteidigungsfähigkeit
427 sicherstellen, gerade auch als Teil des transatlantischen Bündnisses (NATO). Der
428 strategische Kompass der EU und die Einbettung in das strategische Konzept der
429 NATO sind
430 dafür maßgebend.

431 Wir wollen daher weiter an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion mit
432 einer starken
433 parlamentarischen Kontrolle arbeiten. Die verstärkte Zusammenarbeit der
434 Streitkräfte, zum
435 Beispiel innerhalb von permanenten EU-Einheiten, wollen wir ausbauen. Dabei sind
436 gemeinsame
437 Rahmenstandards und Arbeitsbedingungen für Soldat*innen notwendig. Wir wollen
438 die gemeinsame
439 EU-Kommandostruktur und europäische Militärkooperationsinitiativen vertiefen,
440 zum Beispiel
441 bei der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO).

442 Zivile und militärische Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und
443 Verteidigungspolitik (GSVP) und deren Planungsstäbe stärken wir finanziell und
444 personell.
445 Diese Missionen müssen immer in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet sein,
446 einer
447 kontinuierlichen Risikoanalyse unterliegen und sich am Leitbild der menschlichen
448 Sicherheit
449 orientieren. Gemeinsame EU-Auslandseinsätze sollten stärker vom Europäischen
450 Parlament
451 begleitet, kontrolliert und evaluiert werden. Wir verstetigen die Unterstützung
452 der Ukraine
453 im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EPF) und stärken deren Einheit für
454 Risikoanalyse und Rüstungskontrolle. Die Strukturen der EPF sollten so angepasst
455 werden,
456 dass die Verfügbarkeit der Mittel und die Planbarkeit der Ausgaben verbessert
457 werden.

458 Im Verteidigungssektor führt die unkoordinierte Beschaffung der EU-
459 Mitgliedstaaten zu
460 Überlappungen und damit zur Verschwendung von Steuergeldern in großem Maßstab.
461 Unser Ziel
462 ist eine gemeinsame europäische Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern.
463 Dafür bedarf
464 es finanzieller Anreize und Vertrauen, aber auch des politischen Willens, die
465 industriepolitischen Interessen der Mitgliedstaaten zugunsten von mehr
466 gemeinsamer
467 Sicherheit zurückzustellen. Die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) hat das
468 bisher nicht
469 im ausreichenden Maß bewerkstelligt. Wir teilen die Zielsetzung von bestehenden

470 Finanzinstrumenten wie dem European Defense Fund (EDF) oder der gemeinsamen
471 Beschaffung
472 (EDIRPA). Allerdings sind diese Instrumente unzureichend, rechtlich fragil und
473 die
474 parlamentarische Kontrolle stark eingeschränkt.

475 Deswegen wollen wir mittelfristig ein rechtssicheres außerbudgetäres
476 Finanzinstrument
477 schaffen, das die bestehenden Einzelprogramme ersetzt und den gesamten
478 militärischen
479 Fähigkeitszyklus abdeckt – von Forschung über Beschaffung bis hin zu
480 Instandhaltung und
481 Training. Die Ausgaben dieses Topfes müssen unter strenger und abgestimmter
482 Kontrolle des
483 Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente stehen.

484 Für einen gemeinsamen europäischen Rüstungsmarkt muss die EU-Kommission
485 Standardisierung,
486 Zertifizierung und Normierung betreiben, um die gemeinsame Einsatzfähigkeit von
487 Waffensystemen sicherzustellen. Bei allen diesen Schritten muss die
488 Komplementarität mit
489 Kommandostrukturen und Fähigkeiten der NATO gesichert bleiben.

490 Rüstungsexporte europäisch regulieren

491 Die gemeinsame Entwicklung, Anschaffung und Nutzung von europäischen
492 Waffensystemen schafft
493 mehr Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. Damit senkt sie auch den Druck, die
494 Waffensysteme an
495 Drittstaaten zu exportieren, und ist somit auch ein Beitrag für eine gemeinsame
496 wertebasierte Sicherheitspolitik. Für diese EU-Gemeinschaftsprojekte braucht es
497 einheitliche
498 und restriktive europäische Ausfuhrregeln. Wir wollen hierfür auf der Grundlage
499 des
500 gemeinsamen Standpunkts der EU eine Rüstungsexportkontrollverordnung
501 beschließen, die
502 Transparenz und Klarheit schafft sowie auf europäischen Werten und einer
503 gemeinsamen
504 Einschätzung der Sicherheitslage beruht. Es muss klare Entscheidungsmechanismen
505 und vor dem
506 Europäischen Gerichtshof (EuGH) einklagbare Sanktionsmöglichkeiten geben.
507 Vorgehende
508 Risikoanalysen sowie verbindliche und physische Endverbleibskontrollen müssen
509 dabei
510 vorgeschrieben werden. Europäische Waffen dürfen nicht weiter in die Hände von
511 Regimen
512 gelangen, die Menschenrechte systematisch verletzen oder diese für Verbrechen
513 der Aggression
514 nutzen. Wir setzen uns für ein Exportverbot für Überwachungstechnologien an
515 repressive
516 Regime und für ein weitgehendes Exportverbot für Kleinwaffen an Drittstaaten
517 ein.

518 Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Gerade
519 in
520 unsicheren Zeiten wollen wir die Rüstungskontrolle stärken und
521 Abrüstungsinitiativen
522 fördern. Die EU muss sich für eine Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung
523 von Kernwaffen
524 (NVV) einsetzen und ihre Mitgliedstaaten zum schrittweisen Beitritt zum
525 Atomwaffenverbotsvertrag sowie zum Bekenntnis zu Vision Global Zero ermutigen.
526 Das Ziel
527 unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie Welt. Die völkerrechtlichen
528 Bemühungen um
529 eine Regulierung von autonomen Waffensystemen unterstützen wir. Es darf keinen
530 Einsatz von
531 Waffensystemen geben, bei denen eine Maschine die letzte Entscheidung über Leben
532 und Tod
533 trifft.

534 Konflikten vorbeugen

535 Wir setzen uns für eine vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik ein, die
536 Konflikte
537 frühzeitig erkennt und ihnen begegnet. Wir wollen daher die EU-Mittel für
538 friedensfördernde
539 zivile Akteure umfassend aufstocken. Dabei muss die EU lokale
540 zivilgesellschaftliche
541 Konzepte und Akteure in der Friedensförderung stärker unterstützen und
542 Förderrichtlinien in
543 diesem Zusammenhang flexibilisieren. Die Fähigkeiten zur Friedenssicherung der
544 UN und der
545 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie von
546 Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir stärken.

547 Wir wollen zivile Missionen der GSVP als Instrument der EU-Außenpolitik durch
548 mehr
549 finanzielle Ressourcen und Personal stärken, um zum Beispiel die Polizei oder
550 das
551 Justizwesen in fragilen Staaten zu unterstützen. Mit rechtsstaatlichen und
552 bürgernahen
553 Institutionen können sie Vertrauen aufbauen und Konflikten vorbeugen. Eine
554 Neuausrichtung
555 der zivilen GSVP-Missionen auf Migrationsmanagement lehnen wir ab.

556 Durch eine Politik der Prävention leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur
557 Fluchtursachenbekämpfung. Gefestigte lokale Strukturen und funktionierende
558 staatliche
559 Institutionen mindern die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, die menschliches
560 Leid erzeugen
561 und Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen.

562 Die europäischen und internationalen Organisationen im Bereich der humanitären
563 Hilfe wollen
564 wir stärken. Dazu zählen insbesondere eine bessere finanzielle Ausstattung sowie

565 effizientere Strukturen und Vergaberichtlinien der europäischen Organisation für
566 humanitäre
567 Hilfe ECHO. Auch die nationalen europäischen Hilfen wollen wir besser
568 koordinieren.
569 Schließlich wollen wir die europäischen Organisationen in der Nothilfe
570 verpflichten, stärker
571 auf geschlechterspezifische Bedürfnisse und die Bedürfnisse von marginalisierten
572 Gruppen zu
573 achten.

574 3. Globale Gerechtigkeit

575 Verlässliche Partnerin sein

576 Im Mittelpunkt unseres entwicklungspolitischen Engagements stehen für uns die
577 Menschen, die
578 wir bei ihrem Streben nach besseren Lebensverhältnissen vor Ort unterstützen
579 wollen. Damit
580 stehen wir für eine andere Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern
581 als
582 Autokratien. Chinas Entwicklungsinitiativen haben oft zum Ziel, einseitige
583 Abhängigkeiten zu
584 schaffen. Russland hat in seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die
585 Ukraine
586 gezeigt, dass es bereit ist, Hunger als Waffe einzusetzen. Wir wollen, dass die
587 EU aktiv den
588 Wettbewerb um die Partnerschaft mit dem Globalen Süden aufnimmt und den
589 begonnenen Weg eines
590 koordinierten Vorgehens mit den Mitgliedstaaten beim Aufbau von fairen
591 Partnerschaften
592 intensiviert. Dafür stehen wir auf europäischer Ebene ein. Dies muss auch dem
593 Erbe unserer
594 kolonialen Vergangenheit gerecht werden.

595 Wir wollen lokales Wissen und lokale Initiativen fördern, um den Aufbau von
596 Wirtschaftskreisläufen und sozialen Sicherungssystemen zu unterstützen. Dafür
597 wollen wir die
598 bestehenden Instrumente der europäischen Entwicklungszusammenarbeit im Dialog
599 mit unseren
600 Partnern weiterentwickeln. Dafür muss die EU lokale und zivilgesellschaftliche
601 Akteure in
602 Hochschulen, NGOs oder Start-ups stärken und Förderrichtlinien flexibilisieren.
603 Auch die
604 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gehört dazu. Wir setzen uns dafür ein,
605 dass
606 zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus Ländern
607 des Globalen
608 Südens nach dem Vorbild des kanadischen Equality Fund direkt durch die EU
609 gefördert werden.

610 Angesichts der globalen Herausforderungen bedarf es substanzieller Mittel für
611 die
612 Entwicklungszusammenarbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass alle EU-
613 Mitgliedstaaten das
614 gegebene Versprechen einlösen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für
615 Entwicklungsfinanzierung (ODA-Quote) auszugeben. Es kommt aber nicht nur auf die
616 Quantität
617 der Unterstützung an, sondern auch darauf, Projekte partnerorientiert, schnell
618 und
619 unbürokratisch umzusetzen. Die Entwicklungsgelder müssen vor allem den
620 bedürftigsten Ländern
621 zukommen und zur Erfüllung der nachhaltigen Entwicklungsziele sowie des Pariser
622 Klimaabkommens beitragen. In Kooperation mit den Partnerstaaten wollen wir auch
623 die soziale
624 Absicherung der Menschen stärken. Wir unterstützen den Aufbau sozialer
625 Sicherungssysteme als
626 nachhaltiges Instrument gegen Armut.

627 Noch allzu häufig arbeiten EU-Kommission und Mitgliedstaaten im
628 entwicklungspolitischen
629 Bereich nebeneinanderher. Wir unterstützen deswegen den Team-Europe-Ansatz, der
630 in
631 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft eine bessere sektorübergreifende
632 Koordinierung,
633 Kohärenz, Sichtbarkeit und Effektivität anstrebt. Um Kohärenz und Transparenz zu
634 erhöhen,
635 setzen wir uns für sektorübergreifende Evaluierungen und einen
636 Transparenzmechanismus für
637 öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in der EU ein. Das Europäische Parlament
638 wollen wir
639 in entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse besser einbeziehen.

640 Ernährung global sichern

641 Die multiplen Krisen unserer Zeit, allen voran die Klimakrise, bedeuten
642 existenzielle
643 Herausforderungen für die Ernährungssicherheit weltweit. Die EU muss sich für
644 ein
645 nachhaltiges und resilientes globales Ernährungssystem einsetzen und damit zur
646 Umsetzung des
647 Rechts auf Nahrung beitragen.

648 Eine resiliente und produktive ökologische Landwirtschaft mit starken regionalen
649 Märkten ist
650 das beste Mittel, um die Landwirtschaft widerstandsfähiger gegen politische
651 Krisen und die
652 Folgen des Klimawandels zu machen. Projekte der europäischen
653 Entwicklungszusammenarbeit
654 sollen verstärkt wirtschaftlich tragfähige und ökologisch nachhaltige
655 Anbausysteme mit
656 möglichst geschlossenen Nährstoffkreisläufen fördern. Europäische
657 Agrarsubventionen,

658 patentiertes Saatgut und Landraub dürfen nicht länger kleinbäuerliche Strukturen
659 und Märkte
660 in Ländern des Globalen Südens unterminieren und einseitige, teure
661 Abhängigkeiten schaffen.
662 Viele traditionelle Anbaumethoden geraten immer mehr unter Druck. Wir wollen den
663 Auf- und
664 Ausbau lokaler Saatgutbanken fördern, damit traditionelles Wissen und die
665 biologische
666 Vielfalt erhalten und zugänglich bleiben. Wir wollen uns im Rahmen der EU für
667 striktere
668 Mechanismen zur Verhinderung von exzessiven Nahrungsmittelspekulationen, vor
669 allem in
670 Notsituationen, einsetzen. Exporte von chemisch-synthetischem Dünger und
671 Pestiziden, die in
672 der EU verboten sind, wollen wir beenden.

673 Die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern
674 muss dabei
675 im Rahmen von umfassenden Strategien zur Stärkung von Ernährungssystemen
676 umgesetzt werden,
677 inklusive Zugang zu Technologien, Infrastrukturen, Märkten und Finanzmitteln.

678 Globale Verantwortung annehmen

679 Noch immer belastet das Erbe der Kolonialzeit die Beziehungen zwischen Europa
680 und ehemaligen
681 Kolonien. Es zeigt sich etwa in der ungleichen globalen Vermögensverteilung, in
682 wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen oder fehlender Repräsentanz. Die
683 Mitgliedstaaten
684 der EU müssen sich ihrer historischen Verantwortung stellen, die sich aus den
685 Verbrechen der
686 Kolonialgeschichte ergibt, und Machtungleichgewichte in den Blick nehmen. Dafür
687 braucht es
688 eine antirassistische Perspektive.
689 Wir wollen benachteiligende Klauseln in Handelsabkommen korrigieren und Reformen
690 bei den
691 Entwicklungsbanken vorantreiben. In internationalen Natur- und
692 Umweltschutzabkommen wollen
693 wir die Menschen- und Landrechte indigener und lokaler Gemeinschaften besser
694 achten. Die
695 europäische Entwicklungszusammenarbeit wollen wir in Kooperation mit
696 Partnerländern und
697 Zivilgesellschaft im Sinne einer kritischen Reflexion von Machtverhältnissen
698 kontinuierlich
699 evaluieren und weiterentwickeln.
700 Viele Entwicklungs- und Schwellenländer befinden sich in einer Schuldenkrise,
701 die ihre
702 Handlungsmöglichkeiten für sozialökologische Modernisierungsprozesse massiv
703 einschränkt. Die
704 EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich für solide Schuldenrestrukturierungen
705 und

706 Schuldenerlasse für besonders belastete Länder einsetzen. Dazu muss auch ein bei
707 den UN
708 angesiedeltes, transparentes und unabhängiges Schuldenrestrukturierungsverfahren
709 für Staaten
710 unter Einbezug von privaten Gläubiger*innen gehören. Wir wollen verhindern, dass
711 europäische
712 Rechtsräume zur Geldwäsche oder für die Steuervermeidung missbraucht werden, was
713 die
714 finanziellen Handlungsspielräume von Ländern des Globalen Südens weiter
715 einschränkt.

716 4. Fairer Handel

717 Mit Handel Wohlstand schaffen

718 Handel fördert den Austausch zwischen Menschen und Gesellschaften und kann
719 Wohlstand mehren.
720 Das hat die EU selbst gezeigt, deren Binnenmarkt sie bis heute als eine
721 wesentliche Säule
722 trägt. Besonders in Deutschland hängt unser Wohlstand aufgrund der starken
723 Exportorientierung unserer Wirtschaft von einem gut funktionierenden globalen
724 Handel ab. Es
725 ist daher eine politische Aufgabe der EU, ihren wirtschaftlichen und politischen
726 Einfluss so
727 zu nutzen, dass sie durch Handelspolitik Wertschöpfung fördert und zusätzlich
728 weltweit
729 Standards für soziale Gerechtigkeit, Klima- und Naturschutz sowie Menschenrechte
730 beeinflusst. Auf diese Weise schützen wir auch unsere eigenen Standards vor
731 einem
732 Unterbietungswettbewerb und wirken damit im Sinne unserer Werte und Interessen.

733 Die Krisen der letzten Jahre, Pandemie, Extremwetter und Krieg, haben gezeigt,
734 dass wir
735 Risiken bei Lieferketten und dem Zugang zu Rohstoffen reduzieren müssen. Eine
736 vorausschauende, offene Handelspolitik, die zuverlässige Partnerschaften knüpft,
737 liefert
738 dazu einen wichtigen Beitrag. Dazu müssen wir europäische Unternehmen dabei
739 unterstützen,
740 ihre Investitionstätigkeiten und Wertschöpfungsketten breiter zu streuen.

741 Handelsinstrumente neu ausrichten

742 Globaler Handel braucht globale Regeln. Die Welthandelsorganisation (WTO) ist
743 der
744 bestmögliche Rahmen, um diese Regeln zu formulieren, zu überprüfen und
745 eventuelle
746 Streitigkeiten auszutragen. Wir wollen die WTO grundlegend reformieren, damit
747 sie dieser
748 Rolle wieder gerecht werden kann. Dabei müssen auch gute Arbeitsstandards,
749 Klima- und

750 Umweltschutz, Zugang zu Gesundheitsprodukten und grünen Technologien sowie eine
751 faire
752 Entwicklung in das Zentrum der globalen Handelspolitik gestellt werden.

753 Doch die WTO ist aufgrund der angespannten geopolitischen Lage aktuell kaum noch
754 handlungsfähig und die Bereitschaft zu einer Reform global gesehen gering. Wir
755 setzen daher
756 verstärkt auf regionale Handelsabkommen auf Augenhöhe mit Partnern wie
757 Australien, Indien,
758 den Ländern Lateinamerikas oder der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN,
759 die sich
760 ebenfalls zu einem regelbasierten Welthandel bekennen.

761 Wir setzen uns dafür ein, dass Nachhaltigkeitsziele und Menschenrechte in alle
762 zukünftigen
763 internationalen Handelsabkommen aufgenommen und einklagbar werden. Im Falle
764 eklatanter
765 Missachtung der Menschenrechte oder bei Verstößen gegen das Pariser
766 Klimaabkommen, sollte
767 die EU konsequent von diesen Klauseln Gebrauch machen oder das Abkommen
768 aussetzen. Das
769 kürzlich abgeschlossene Freihandelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland ist
770 ein Vorbild
771 für einklagbare Nachhaltigkeitsstandards.

772 Wir wollen das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des
773 geistigen Eigentums
774 (TRIPS) neu ausrichten. Damit werden wir den Transfer von klimafreundlichen
775 Technologien und
776 wichtigen Gesundheitstechnologien aus dem Globalen Norden in den Süden
777 unterstützen, um die
778 Entwicklung der dortigen Wirtschaft zu fördern und weltweite Emissionen zu
779 senken.

780 Die Digitalisierung kann global gerechten Handel wesentlich vereinfachen, etwa
781 indem sie die
782 Überwachung der Lieferketten automatisiert. In den Handelsabkommen der EU und in
783 ihren
784 Handelsinstrumenten müssen der digitale Handel von Gütern und Dienstleistungen,
785 geistige
786 Eigentumsrechte, Datenschutz und Netzneutralität stets mitgedacht werden. Dies
787 erfordert
788 eine Überarbeitung der europäischen Handelsinstrumente in den Bereichen
789 Datenbestimmungen,
790 Datenlokalisierung, Forschung und Entwicklung, nationale Steuersysteme und
791 digitaler
792 Binnenmarkt.

793 Zudem wollen wir die demokratische Kontrolle von Handelsabkommen verbessern. Vor
794 Beginn der
795 Verhandlungen sollte das Europäische Parlament das Verhandlungsmandat gemeinsam
796 mit dem Rat
797 der EU bestimmen.

798 Wenn EU-Industrien durch unfaire Handelspraktiken geschädigt werden, müssen
799 handelspolitische Schutzinstrumente der EU eine wirksame Antwort bieten, um den
800 fairen
801 Wettbewerb zu schützen. Umgekehrt wollen wir gerade weniger industrialisierten
802 Staaten einen
803 offenen Dialog anbieten und ihnen in Handelsabkommen eine faire Chance zu einer
804 Industriepolitik mit dem Ziel eigener Wertschöpfung einräumen. In diesem Bereich
805 haben wir
806 durch eine stetige Erweiterung unseres handelspolitischen Werkzeugkastens schon
807 vieles
808 erreicht. Zum Beispiel durch das Instrument gegen Zwangsmaßnahmen (Anti-
809 Coercion-
810 Instrument), mit dem sich die EU gegen einseitige Zwangsmaßnahmen von
811 Handelspartnern wehren
812 kann.

813 Im Einklang mit dem Klima handeln

814 Wir wollen unsere Wirtschaft klimaneutral umbauen und zu einer starken
815 Kreislaufwirtschaft
816 weiterentwickeln. Dazu gehört, mit unseren Handelspartnern gemeinsam Standards
817 zu
818 entwickeln, damit globale Märkte für grüne Produkte wie klimaneutralen Stahl
819 entstehen
820 können.

821 Die Einführung des Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) ist ein wichtiger Schritt,
822 um eine
823 faire CO₂-Bepreisung im Welthandel einzuführen und das EU-Emissionshandelssystem
824 zu ergänzen
825 und abzusichern. Dadurch werden Importe von bestimmten Produkten wie etwa Stahl
826 oder Zement
827 aus Ländern ohne Emissionshandel teurer, wenn diese in klimaschädlichen
828 Verfahren
829 hergestellt werden. Der CBAM unterstützt damit auch die Modernisierung unserer
830 Industrie,
831 indem er beispielsweise die Produzenten von grünem Stahl vor außereuropäischer
832 Konkurrenz
833 durch fossil hergestellten Stahl schützt und einen fairen Wettbewerb
834 sicherstellt.

835 Es ist wichtig, dass wir Investitionen in fossile Brennstoffe und andere
836 klimaschädliche
837 Aktivitäten beenden und stattdessen Anreize für nachhaltige Investitionen
838 setzen. Dies
839 erfordert eine grundlegende Änderung des Modells für bilaterale EU-
840 Investitionsverträge. Der
841 Ausstieg aus dem klimaschädlichsten Investitionsschutzvertrag der Welt – dem
842 Energiechartavertrag – von Deutschland und anderen EU-Ländern ist ein großer
843 Erfolg. Wir
844 kämpfen jetzt folgerichtig für einen Austritt der gesamten EU aus dem
845 Energiechartavertrag.

846 Das Gesetz zu entwaldungsfreien Lieferketten ist ein wichtiger Baustein bei dem
847 Ziel, die
848 gravierenden Abholzungsraten weltweit zu bekämpfen.

849 Auf faire Partnerschaften setzen

850 Als globale Wirtschaftsakteurin muss die EU bei einer zukunftsorientierten
851 Handelspolitik
852 Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ins Zentrum rücken. Die Gesetze zur
853 Regulierung der
854 europäischen Lieferketten sind ein wichtiger Hebel, um diese Ziele zu erreichen.
855 Damit
856 übernimmt die EU Verantwortung dafür, weltweit effektiv Sozial- und
857 Umweltdumping
858 zurückzudrängen.

859 Die Ratifizierung und Umsetzung der Kernarbeitsnormen der Internationalen
860 Arbeitsorganisation (ILO) sollte als Mindestanforderung für jedes
861 Handelsabkommen angesehen
862 werden. Handelsabkommen müssen auch die Anliegen von indigenen Völkern und
863 Gemeinschaften
864 vor Ort berücksichtigen und ihre Rechte schützen.

865 Es gibt derzeit mehr als 25 Millionen Zwangsarbeiter*innen auf der Welt.
866 Produkte aus dieser
867 heutigen Art der Sklaverei haben auf dem EU-Binnenmarkt nichts verloren. Das EU-
868 Importverbot
869 für Produkte aus Zwangsarbeit, welches gerade verhandelt wird, muss daher
870 konsequent
871 umgesetzt werden.

872 Die Wirtschaftsbeziehungen mit Entwicklungs- und Schwellenländern müssen wir
873 fair gestalten.
874 Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit den Staaten Afrikas, der Karibik
875 und des
876 Südpazifiks wollen wir im Sinne eines fairen und entwicklungsorientierten
877 Handels
878 überprüfen. Dazu gehört es, die besonderen Vorteile der Least Developed
879 Countries, die es
880 diesen Ländern erlauben, Waren zollfrei in die EU einzuführen, auch als Teil von
881 EPAs zu
882 garantieren und den Staaten des Globalen Südens eine aktive Industriepolitik zu
883 ermöglichen.

884 **5. Mehr EU in Europa**

885 Erweiterungsperspektiven

886 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem ureigenen
887 Interesse.
888 Sie stärkt unsere Sicherheit, unsere Stabilität und unseren Wohlstand. Deswegen

889 ist es
890 unsere Verantwortung, die Kandidatenländer aktiv zu unterstützen. Klare
891 Kriterien für den
892 Beitritt wollen wir in einem fairen Beitrittsprozess mit verbindlichen Angeboten
893 der
894 Zusammenarbeit verknüpfen. Damit eine erweiterte EU handlungsfähig bleibt, muss
895 sie ihre
896 Strukturen reformieren: Erweiterung und Reformen müssen Hand in Hand gehen.

897 Alle Kandidatenstaaten müssen die Kopenhagener Kriterien, die Beitrittskriterien
898 der EU,
899 ohne Abstriche erfüllen und das gemeinsame Recht der EU, den *acquis*
900 *communautaire*,
901 vollumfänglich übernehmen.

902 Indem wir die EU-Erweiterung schrittweise voranbringen, dynamisieren wir den
903 langwierigen
904 und oft schwerfälligen Beitrittsprozess und sichern die Glaubwürdigkeit des
905 europäischen
906 Projekts. Es muss deutlich sichtbarer werden: Allein das Reformtempo in den
907 Beitrittsländern bestimmt das Beitrittstempo. Deswegen wollen wir den
908 Beitrittsprozess mit
909 sichtbaren Zwischenschritten gestalten und diese mit positiven Anreizen
910 anerkennen, zum
911 Beispiel dem Zugang zu Roaming, Erasmus+ oder Teilen des Binnenmarkts. Ein
912 Stillstand der
913 Verhandlungen über einen längeren Zeitraum oder gar Rückschritte sollten im
914 Umkehrschluss zu
915 einem Wegfall der Vorteile führen. Ein Fokus im Beitrittsprozess muss auf dem
916 Kampf gegen
917 Korruption und Organisierte Kriminalität liegen. Dazu wollen wir die Mandate der
918 EU-
919 Antikorruptionsbehörde OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft auf die
920 Beitrittskandidaten und die von ihnen eingesetzten EU-Mittel ausweiten.

921 Zentral ist für uns auch die Stärkung der Zivilgesellschaften in den
922 Beitrittsstaaten, ihre
923 Vernetzung untereinander und mit den Mitgliedstaaten der EU. Auf dem Weg in die
924 EU ist uns
925 eine enge Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften der Beitrittsländer
926 auch jenseits
927 der Regierungen wichtig. Regierungsvertreter*innen der Beitrittsländer sollen an
928 ausgewählten Sitzungen des Rats der EU teilnehmen können.

929 Westbalkanstaaten

930 Die Zukunft der sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina,
931 Kosovo,
932 Montenegro, Nordmazedonien und Serbien liegt in der EU.

933 Das Versprechen eines EU-Beitritts ist weiterhin ein wichtiger Motor für den
934 sensiblen
935 Friedens- und Aussöhnungsprozess in den Ländern des Westbalkans. Dieses

936 Beitrittsversprechen
937 darf die EU nicht aufs Spiel setzen. Der Beginn der Beitrittsgespräche mit
938 Albanien und
939 Nordmazedonien, der Kandidatenstatus für Bosnien und Herzegowina sowie die
940 Visaliberalisierung für Kosovo sind wichtige Fortschritte auf dem Weg in die EU.

941 Gleichzeitig bleiben die Herausforderungen angesichts von Korruption,
942 Organisierter
943 Kriminalität, schwacher rechtsstaatlicher Strukturen und teils unzureichender
944 Aufarbeitung
945 der Kriegsverbrechen groß. Bei deren Bewältigung wollen wir die Staaten im
946 Beitrittsprozess
947 intensiv unterstützen. Die Zivilgesellschaften der Region wollen wir noch besser
948 fördern,
949 besonders auch die grenzüberschreitende Jugendarbeit in der Region stärken und
950 eine
951 inklusive Erinnerungskultur unterstützen. Im Rahmen der Grünen Agenda für den
952 Westbalkan
953 wollen wir die Region beim Ausbau guter Arbeitsplätze, erneuerbarer Energien und
954 nachhaltiger Investitionen schnell und effektiv unterstützen.

955 Ukraine

956 Die Ukraine steht in der Mitte der europäischen Familie. Ihr Platz ist in der
957 EU. Millionen
958 Ukrainer*innen stellen sich täglich dem völkerrechtswidrigen russischen
959 Angriffskrieg mutig
960 entgegen: Sie wehren sich gegen den brutalen Versuch Russlands, ihr Land zu
961 unterwerfen und
962 ihre Kultur auszulöschen, das Völkerrecht und die europäische Friedensordnung zu
963 zerstören.

964 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU in ihrer humanitären, politischen,
965 finanziellen und
966 auch militärischen Unterstützung der Ukraine nicht nachlässt. Wir werden die
967 Ukraine
968 weiterhin entschlossen unterstützen, damit sie ihre Souveränität und volle
969 territoriale
970 Integrität wiedererlangen und verteidigen kann. Wir stehen fest an der Seite der
971 Ukraine,
972 ihrer Menschen und ihres Rechts auf Freiheit, Selbstbestimmung und
973 Selbstverteidigung und
974 unterstützen den Wunsch zu einem nachhaltigen Frieden und zu robusten,
975 zuverlässigen
976 Sicherheitsgarantien.

977 Auch auf dem Weg in die EU werden wir die Ukraine umfassend unterstützen. Beide
978 Seiten
979 profitieren von einem geordneten und zügigen Beitrittsprozess. Wir setzen dabei
980 auf
981 Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Korruptionsbekämpfung und eine

982 aktive Rolle
983 der Zivilgesellschaft und der regionalen und kommunalen Ebene.

984 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten den Wiederaufbau
985 der Ukraine
986 finanziell, technisch und mit Investitionen engagiert unterstützen. Dazu bedarf
987 es auch
988 großer finanzieller Anstrengungen und erheblich beschleunigter Verfahren, um
989 schnelle
990 Ergebnisse zu erzielen und das Land gegen die russischen Angriffe zu stärken.

991 Wir setzen auf vielfältige internationale Ermittlungs- und Justizorgane, die
992 russische
993 Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen einschließlich des
994 Verbrechens des
995 Aggressionskriegs aufklären und bestrafen. Ein internationaler Mechanismus soll
996 über die
997 Wiedergutmachung der Sach- und Personenschäden durch Russland an die Ukraine
998 entscheiden und
999 so eine Rechtsgrundlage zur Heranziehung Russlands zur Finanzierung des
1000 Wiederaufbaus der
1001 Ukraine schaffen.

1002 Die Wirtschaft der Ukraine ist durch den Krieg massiv geschwächt. Wir möchten,
1003 dass die EU
1004 die Wirtschaft der Ukraine durch Makrofinanzhilfen weiter stabilisiert und diese
1005 als Zeichen
1006 der Solidarität und als Beitrag zur europäischen Sicherheit fortsetzt. Dazu
1007 gehört auch, den
1008 Ausbau alternativer Exportwege für ukrainische Agrarprodukte jenseits des
1009 Schwarzen Meeres
1010 (solidarity lanes) weiter voranzutreiben. Das hilft der Ukraine wirtschaftlich
1011 und trägt zur
1012 globalen Ernährungssicherung bei.

1013 Georgien und Moldau

1014 Die Zukunft Moldaus und Georgiens liegt in der EU. Beide Länder sind seit Langem
1015 Ziel von
1016 militärischer Aggression und Destabilisierungsversuchen Russlands. Diese sind
1017 seit Beginn
1018 des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine intensiviert worden. Wir stehen
1019 entschlossen
1020 zur Souveränität und territorialen Integrität der beiden Länder. Wir werden
1021 Moldau und
1022 Georgien auf ihrem Weg in die EU tatkräftig unterstützen, gleichzeitig aber auch
1023 die dafür
1024 nötigen Reformen einfordern. Insbesondere Moldau hat als EU-Beitrittskandidat
1025 seit 2020
1026 einen mutigen und ambitionierten Reformkurs eingeschlagen, den wir konsequent
1027 unterstützen.

1028 Europäische Nachbarschaft

1029 Die europäische Familie ist größer als die EU. Wir möchten eine EU, die
1030 konstruktiv mit
1031 ihren europäischen Nachbarn zusammenarbeitet.

1032 Die Zusammenarbeit der EU mit dem Europarat bei der Förderung und Verteidigung
1033 von
1034 Demokratie und Menschenrechten auf dem europäischen Kontinent möchten wir
1035 intensivieren.

1036 Wir begrüßen die Europäische Politische Gemeinschaft als eine Plattform zur
1037 engeren
1038 Zusammenarbeit mit europäischen Staaten, unabhängig davon, ob diese eine EU-
1039 Mitgliedschaft
1040 anstreben oder nicht. Insbesondere im Bereich Energie ist diese Zusammenarbeit
1041 im
1042 ausgeprägten europäischen Interesse.

1043 Wir möchten, dass die EU und das Vereinigte Königreich weiter konstruktiv daran
1044 arbeiten,
1045 ihre Beziehungen nach dem Brexit wieder zu intensivieren. Eine enge
1046 wirtschaftliche und
1047 militärische Zusammenarbeit von EU und Vereinigtem Königreich ist im
1048 beiderseitigen
1049 Interesse. Wir begrüßen, dass das Vereinigte Königreich wieder in das EU-
1050 Forschungsprogramm
1051 Horizont Europa einsteigt. Gleichzeitig erwarten wir, dass die britische
1052 Regierung
1053 praktische Hürden beim Austausch und der Zusammenarbeit mit der EU, zum Beispiel
1054 bei den
1055 Studierenden-Visa, möglichst rasch abbaut.

1056 Die OSZE wollen wir angesichts der Herausforderungen durch den russischen
1057 Angriffskrieg
1058 gegen die Ukraine als wichtiges Forum für Dialog und Krisenprävention bewahren.
1059 Sie kann in
1060 der Gestaltung der Nachkriegsordnung in Osteuropa eine zentrale Rolle spielen.

1061 Türkei

1062 Die Türkei und die EU – und dabei ganz besonders Deutschland – verbindet eine
1063 langjährige
1064 Freundschaft und Partnerschaft, die sich in engen gesellschaftlichen,
1065 kulturellen und
1066 wirtschaftlichen Beziehungen niederschlägt. Wir glauben, dass eine demokratische
1067 Türkei, in
1068 der die Rechte aller ihrer Bürger*innen geachtet werden, einen festen Platz in
1069 der
1070 europäischen Familie hat.

1071 Derzeit sieht die politische Realität leider anders aus: Die türkische Regierung
1072 hat sich in

1073 den vergangenen Jahren immer weiter von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten
1074 entfernt.

1075 Mit einer aggressiven Außen- und Regionalpolitik richtet sich Ankara zum Teil
1076 offensiv gegen
1077 europäische Interessen. Die anfängliche Blockade des schwedischen NATO-Beitritts
1078 oder die
1079 völkerrechtswidrige Militäroffensive in Nordsyrien zeigen zugleich, was für eine
1080 schwierige
1081 Partnerin die Türkei für Europa und die NATO in der aktuellen Sicherheitslage
1082 ist.
1083 Gleichzeitig hat sie sich als Vermittlerin im Krieg gegen die Ukraine und
1084 darüber hinaus
1085 engagiert.

1086 Die Türkei bleibt trotz dieser ambivalenten Rolle eine strategische Partnerin
1087 für die NATO,
1088 für Europa und für Deutschland. Diesem Dilemma stellt sich eine aktive GRÜNE
1089 Außenpolitik.
1090 Für uns kann es eine Wiederaufnahme der Gespräche über einen EU-Beitritt erst
1091 dann wieder
1092 geben, wenn die Türkei glaubhaft den Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
1093 einschlägt.

1094 Wir unterstützen die Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen sie notwendig und
1095 möglich
1096 ist, etwa zur Sicherheit im Schwarzen Meer oder bei der Bekämpfung des
1097 Klimawandels. Der
1098 autoritären Politik und nationalistischen Rhetorik aber, die sich offen gegen
1099 die EU, gegen
1100 die Sicherheit von türkischen Oppositionellen in der EU, gegen Kurd*innen und
1101 andere
1102 Minderheiten oder gegen Menschenrechts-Verteidiger*innen im eigenen Land wenden,
1103 treten wir
1104 entschieden entgegen. Die türkische Regierung muss die unzähligen politischen
1105 Gefangenen aus
1106 der Haft entlassen und den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für
1107 Menschenrechte Folge
1108 leisten.

1109 Wir stehen weiterhin fest an der Seite der vielen Türk*innen, die sich für
1110 Demokratie und
1111 Rechtsstaatlichkeit engagieren. Wir möchten, dass die EU die türkische
1112 Zivilgesellschaft,
1113 die sich für einen demokratischen Wandel einsetzt, besonders unterstützt.

1114 **6. Ein starkes Europa in der Welt**

1115 Die östliche Nachbarschaft der EU

1116 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eine Zäsur für die EU und unseren
1117 Kontinent.

1118 Die EU ist aufgefordert, neue Antworten auf ihre Nachbarschaft zu einem
1119 feindseligen
1120 Russland zu finden. Für unsere osteuropäischen Partner der EU braucht es
1121 zielgerichtete
1122 Politiken einer neuen EU-Politik für Osteuropa und Zentralasien, die besonders
1123 die
1124 veränderten Sicherheitsinteressen unserer Partner in den Blick nehmen.
1125 Gleichzeitig müssen
1126 wir die demokratischen Reformkräfte und Zivilgesellschaften in den durch
1127 russische
1128 Einmischung bedrohten europäischen Nachbarstaaten Russlands besonders
1129 unterstützen.

1130 Wir stehen fest an der Seite der mutigen Menschen, die sich in Belarus seit den
1131 Protesten
1132 rund um die gefälschten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 unermüdlich für
1133 Demokratie und
1134 Menschenrechte in ihrem Land einsetzen. Wir werden uns weiterhin solidarisch und
1135 mit
1136 Nachdruck für die Unterstützung der belarusischen Zivilgesellschaft und
1137 Opposition, die
1138 Freilassung aller politischen Gefangenen, die Sanktionierung des belarusischen
1139 Regimes und
1140 für freie und faire Wahlen im Land einsetzen.

1141 Diktator Lukaschenka und sein Regime haben sich in Belarus und durch die
1142 Unterstützung des
1143 russischen Angriffskriegs in der Ukraine schwerer Menschenrechtsverletzungen und
1144 Kriegsverbrechen schuldig gemacht. Dafür müssen sie zur Rechenschaft gezogen
1145 werden. Wir
1146 setzen uns insbesondere dafür ein, dass die EU die Sammlung und Sicherung von
1147 Beweismaterial
1148 unterstützt.

1149 Die EU kann und sollte sich stärker in allen Ländern des Südkaukasus engagieren
1150 und
1151 bestehende Demokratiebewegungen und die Zivilgesellschaft aktiv unterstützen.
1152 Armeniens Weg
1153 für mehr politische Teilhabe und persönliche Freiheiten wurde durch russischen
1154 Druck und den
1155 Krieg um Bergkarabach massiv erschwert. Wir begrüßen daher die EU-
1156 Beobachtersmission in
1157 Bergkarabach als wichtigen Schritt, den fortwährenden Konflikt zwischen
1158 Aserbaidschan und
1159 Armenien zu befrieden. Die EU kann hier als stabilisierender Mittler agieren und
1160 dadurch
1161 zugleich die demokratischen Reformkräfte Armeniens stärken.

1162 Putin und sein Machtregime haben Russland in eine totalitäre Diktatur gewandelt.
1163 Sicherheit
1164 in Europa kann es aktuell nur vor Russland geben – und nicht mit Russland.
1165 Gewalt, Lüge,
1166 Korruption und Willkür prägen die politische Realität. Die Zivilgesellschaft

1167 wurde mundtot
1168 gemacht, die Opposition befindet sich entweder im Exil oder in politischer
1169 Gefangenschaft.
1170 Wir werden uns weiterhin für die Freilassung aller politischen Häftlinge
1171 einsetzen. Wir
1172 sehen uns als Freunde und Partner derer, die ein freies, friedliches und
1173 demokratisches
1174 Russland wünschen. Wir verstehen uns als harte Widersacher all jener, die das
1175 verbrecherische Regime um Putin stützen. Wir unterstützen daher die europäische
1176 Sanktionspolitik gegen das Regime und seine Vertreter*innen. Wirtschafts- und
1177 handelspolitische Normalität kann es mit diesem Russland nicht geben.

1178 Wir begrüßen den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den
1179 russischen
1180 Präsidenten. Er hat sich schlimmster Menschenrechtsverbrechen schuldig gemacht
1181 und muss
1182 dafür mit voller Härte des Rechts zur Rechenschaft gezogen werden.

1183 Transatlantische Beziehungen

1184 Mit keinem Land außerhalb Europas verbindet uns Europäer*innen zugleich eine so
1185 tiefe
1186 gemeinsame Geschichte und eine so starke Partnerschaft wie mit den USA. Die USA
1187 haben nach
1188 dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Kalten Kriegs maßgeblich zur politischen
1189 Einigung auf
1190 dem europäischen Kontinent und zur Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen.

1191 Die transatlantischen Beziehungen sind aber auch von zentraler Bedeutung für
1192 unsere
1193 europäische Gegenwart und Zukunft. Seit dem russischen Angriffskrieg auf die
1194 Ukraine haben
1195 die USA mehr als jedes andere Land dazu beigetragen, die Friedensordnung in
1196 Europa zu
1197 verteidigen und die politische Einheit der europäisch-atlantischen Allianz zu
1198 sichern. Die
1199 derzeitige US-Administration ist ein strategischer Partner: für unsere
1200 Sicherheit, für die
1201 klimagerechte Erneuerung unseres Wohlstands und für die Selbstbehauptung der
1202 liberalen
1203 Demokratie.

1204 Gemeinsam sind wir stärker in der systemischen Auseinandersetzung mit China,
1205 Russland und
1206 anderen autoritären und totalitären Regimen. Gemeinsam können wir globale
1207 Wertepartnerschaften und multilaterale Foren und Vereinbarungen sichern und
1208 ausbauen.
1209 Gemeinsam können wir die globale Handelsordnung gestalten und den klimaneutralen
1210 Umbau
1211 unserer Industrien voranbringen. Und gemeinsam können wir Zukunftstechnologien
1212 entwickeln
1213 und sie zugleich zum Wohle der Menschen und ihrer Freiheit aktiv gestalten.

1214 Eine starke transatlantische Beziehung benötigt handlungsfähige und
1215 handlungsbereite Partner
1216 auf beiden Seiten des Atlantiks. Deshalb braucht es mehr europäische
1217 Anstrengungen, um
1218 eigene sicherheits-, verteidigungs- und wirtschaftspolitische Kapazitäten zu
1219 entwickeln.
1220 Antiliberalen Tendenzen auf beiden Seiten des Atlantiks gefährden das
1221 Wertefundament, auf dem
1222 die transatlantische Partnerschaft basiert. Ihnen gilt es entschieden
1223 entgegenzutreten.

1224 Das bedeutet auch, dass wir die strategische Partnerschaft mit den USA
1225 gleichzeitig
1226 intensivieren und diversifizieren müssen. Diversifizierung heißt zum einen, die
1227 transatlantischen Beziehungen auf ein breiteres Fundament zu stellen – durch den
1228 Ausbau von
1229 Partnerschaften mit Bundesstaaten, Städten, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und
1230 Wissenschaft.
1231 Und Diversifizierung heißt zum anderen, einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren
1232 – durch eine
1233 Stärkung der eigenständigen Handlungsfähigkeit der EU.

1234 Der gemeinsame Handels- und Technologierat (TTC) der EU und der USA ist ein
1235 geeignetes
1236 Forum, um gemeinsame Antworten auf globale Herausforderungen zu entwickeln.
1237 Einer Vertiefung
1238 der wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA stehen wir offen gegenüber, wenn
1239 die soziale
1240 und ökologische Standardsetzung dabei dem Prinzip des „Race to the Top“ folgt.

1241 China

1242 Für uns ist China Partner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer
1243 Rivale. Durch
1244 Chinas zunehmend aggressives Auftreten auf der globalen Bühne tritt die
1245 Partnerschaft jedoch
1246 zunehmend in den Hintergrund. Wir sind besorgt über die politische Entwicklung
1247 in China. Sie
1248 trägt zu einer weiteren Verschärfung der Differenzen zwischen Europa und China
1249 bei. Im
1250 Innern handelt die chinesische Führung repressiver und autoritärer; nach außen
1251 verfolgt sie
1252 inzwischen offen hegemoniale Ambitionen und versucht aggressiv, den eigenen
1253 globalen
1254 Einfluss zu erweitern. Dazu gehört eine enge Partnerschaft mit Russland.
1255 Deswegen setzen wir
1256 uns für eine engere Koordination der Mitgliedstaaten und der EU als Institution
1257 sowie für
1258 einen strukturierten Informationsaustausch und eine engere transatlantische
1259 Koordinierung
1260 des Verhältnisses zu China ein.

1261 Die EU muss ihre einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China, zum
1262 Beispiel bei
1263 Rohstoffen und Medikamenten, deutlich schneller reduzieren und die europäische
1264 Wirtschaft
1265 dabei unterstützen, langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben. Ohne eine
1266 ambitionierte,
1267 eigenständige Industrie- und Investitionspolitik kann dies nicht gelingen. Dabei
1268 ist es
1269 zentral, dass die EU einen eigenständigen Kurs gegenüber China formuliert.
1270 Stimmen, die
1271 einer kompletten Entkopplung von China das Wort reden, erteilen wir dagegen eine
1272 Absage.

1273 China ist der größte Handelspartner der EU, aber nur unser drittgrößter
1274 Exportmarkt. Das
1275 Handelsdefizit wächst: Importe aus China nehmen zu, die Exporte nach China ab.
1276 Noch gibt es
1277 in China Abhängigkeiten von Technologien aus Europa, zudem ist der europäische
1278 Markt für
1279 chinesische Konzerne attraktiv. Die EU kann hier den bestehenden
1280 Handlungsspielraum besser
1281 und selbstbewusster nutzen, vor allem im Bereich der Transparenzpflichten
1282 chinesischer
1283 Konzerne bei Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, aber auch Sicherheitsstandards. Der
1284 Schutz
1285 kritischer Infrastruktur vor dem Zugriff chinesischer Investitionen muss
1286 nachhaltig und in
1287 der gesamten EU gewährleistet werden.

1288 Wir unterstützen die Einführung und den Einsatz des Anti-Coercion-Instruments
1289 der EU sowie
1290 einen koordinierten Ansatz bei Exportrestriktionen im Bereich sensibler
1291 Technologien. Mit
1292 gemeinsamen Instrumenten kann sich die EU besser gegen wirtschaftliche
1293 Erpressungsversuche
1294 verteidigen und eine abschreckende Wirkung erzielen.

1295 Die massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen Uigur*innen in
1296 der Provinz
1297 Xinjiang, aber auch gegen Tibeter*innen, religiöse Minderheiten und
1298 Vertreter*innen der
1299 Zivilgesellschaft durch die chinesische Regierung müssen beendet werden. Der
1300 Schutz der
1301 Menschenrechte ist Grundlage europäischer Politik. Produkte aus Zwangsarbeit in
1302 China dürfen
1303 keinen Zugang zum europäischen Markt bekommen.

1304 Wir halten an der Ein-China-Politik der EU fest. Gleichzeitig erkennen wir an,
1305 dass das
1306 Eskalationsrisiko in der Taiwan-Straße durch die Erhöhung des militärischen
1307 Drucks der
1308 Volksrepublik China deutlich zugenommen hat. Wir betrachten Taiwan als
1309 demokratischen

1310 Wertepartner und setzen uns dafür ein, den wirtschaftlichen, kulturellen und
1311 politischen
1312 Austausch zu intensivieren.

1313 Bei zentralen globalen Herausforderungen wie der Schuldenkrise der
1314 Entwicklungsländer, der
1315 Finanzierung von wirtschaftlicher Modernisierung sowie bei Klimaschutz- und
1316 Anpassungsmaßnahmen werden wir, wo immer dies möglich ist, mit China
1317 zusammenarbeiten. Dies
1318 gilt auch für den globalen Gesundheitsschutz, den Schutz der Biodiversität oder
1319 den Schutz
1320 der Weltmeere. In diesen und weiteren Bereichen bleiben wir auf Basis der
1321 universellen
1322 Erklärung der Menschenrechte und der Kernprinzipien der multilateralen Ordnung
1323 offen für
1324 Kooperation.

1325 Naher Osten und Nordafrika

1326 Der Nahe Osten und Nordafrika ist eine Region im Umbruch und ein wichtiger
1327 Nachbar für die
1328 EU. Die Hoffnung der Revolutionsbewegungen in der Region blieb weitestgehend
1329 unerfüllt, und
1330 in den vergangenen Jahren haben sich wieder autoritäre Akteure in der Region
1331 verfestigt. Wir
1332 wollen aber trotz der schwierigen Lage eine enge Zusammenarbeit anstreben, die
1333 die
1334 wirtschaftliche Entwicklung zugunsten der Menschen unterstützen soll. Ihr Wunsch
1335 nach einem
1336 Leben in Würde und Sicherheit und mehr politischer Teilhabe soll im Zentrum der
1337 europäischen
1338 Nahostpolitik stehen.

1339 Große Potenziale liegen beim Ausbau der erneuerbaren Energien. In der
1340 Zusammenarbeit von
1341 kleinen und mittleren Unternehmen sehen wir dabei eine besondere Chance, um
1342 Strukturen
1343 jenseits der oft staatsdominierten Großunternehmen in der Region zu stärken.

1344 In der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft muss die EU verlässliche
1345 Partnerin sein für
1346 all diejenigen, die frauen- und menschenrechtliche Perspektiven schaffen und
1347 Freiheit und
1348 Selbstbestimmung voranbringen wollen. Durch die Geschichte von Kolonialismus und
1349 jahrzehntelanger Unterstützung autoritärer Regierungen trägt Europa hier eine
1350 besondere
1351 Verantwortung.

1352 Wir wollen eine Migrationspolitik gestalten, die uns nicht von autoritären
1353 Regimen in der
1354 Region erpressbar macht. Eine einseitige Fokussierung auf Flüchtlingsabwehr im
1355 Verhältnis zu
1356 den südlichen Mittelmeeranrainern stützt autoritäre und dysfunktionale Regime,

1357 die selbst
1358 Fluchtgründe schaffen.

1359 Die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen
1360 Volkes mit
1361 gleichen Rechten für all seine Bürger*innen sind unverhandelbar. Für Frieden und
1362 Sicherheit
1363 braucht es eine Zweistaatenregelung mit der Schaffung eines souveränen,
1364 lebensfähigen und
1365 demokratischen Staates Palästina.

1366 Im Iran stehen wir an der Seite der Protestbewegung, die sich für feministische
1367 Prinzipien
1368 und einen freiheitlichen und demokratischen Staat einsetzt. Wir treten dafür
1369 ein, dass die
1370 EU die Sanktionen gegen die Verantwortlichen des Regimes aufrechterhält und
1371 erweitert. Die
1372 iranische Revolutionsgarde muss rechtssicher als Terrororganisation gelistet
1373 werden. Zudem
1374 muss die EU die demokratische Opposition im Iran und in der Diaspora
1375 unterstützen und
1376 politisch verfolgte Iraner*innen schnell aufnehmen. Das Islamische Zentrum
1377 Hamburg als
1378 Koordinationspunkt der Überwachung der Diaspora in Deutschland muss endlich
1379 geschlossen
1380 werden. Der Iran muss sich an internationale nukleare Nicht-Verbreitungsabkommen
1381 halten.

1382 Der Rüstungsspirale in der Region wollen wir mit einer gemeinsam und geschlossen
1383 auftretenden EU entgegenwirken. Wir begrüßen diplomatische Bemühungen um
1384 Deeskalation in der
1385 Region. Normalisierung von Beziehungen darf nicht zu Straflosigkeit führen, zum
1386 Beispiel
1387 angesichts der Menschheitsverbrechen des Assad-Regimes in Syrien.

1388 Durch das jahrelange Engagement und den anschließenden schnellen Abzug
1389 westlicher Truppen
1390 tragen wir eine besondere Verantwortung gegenüber Afghanistan. Wir verurteilen
1391 vor allem die
1392 Verdrängung von Frauen aus fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens und
1393 erkennen die
1394 Taliban nicht als Regierung Afghanistans an. Wir setzen uns dafür ein, dass die
1395 EU
1396 angesichts der dramatischen Lage im Land weiterhin humanitäre Hilfe leistet und
1397 dabei
1398 explizit Frauen einbindet. Ortskräfte und Menschenrechts-Verteidiger*innen sind
1399 aufgrund
1400 ihrer Arbeit – etwa für die Bundeswehr und internationale Organisationen – oder
1401 ihres
1402 Einsatzes für Menschenrechte in Gefahr. Wir stehen daher für den konsequenten
1403 Schutz und die
1404 Aufnahme von Ortskräften und Menschenrechts-Verteidiger*innen.

1405 Afrika

1406 Die afrikanischen Staaten und Europa sind geografisch wie historisch eng
1407 verbunden. Wir
1408 wollen die vielfältigen Länder und Gesellschaften auf dem afrikanischen
1409 Kontinent in ihren
1410 Bemühungen unterstützen, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und gute Jobs
1411 vor Ort zu
1412 schaffen. Wir sehen eine wachsende Zusammenarbeit der EU mit dem afrikanischen
1413 Kontinent in
1414 Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft als Chance für beide
1415 Seiten. Dabei
1416 begreifen wir die Stärkung der Demokratie als wichtige Aufgabe.

1417 Ein gutes Beispiel sind die europäischen Klima- und Wasserstoffpartnerschaften,
1418 die dazu
1419 beitragen können, die Industrie auf beiden Kontinenten klimaneutral
1420 voranzubringen. Wir
1421 wollen sie daher ausbauen. Dabei ist für uns klar, dass die erzeugte Energie und
1422 damit
1423 verbundene Wertschöpfungsketten immer zuerst den produzierenden Ländern vor Ort
1424 und ihrer
1425 Nachbarschaft zur Verfügung stehen müssen.

1426 Dabei ist die geplante Zusammenarbeit im Rahmen der Global-Gateway-Initiative
1427 ein Schritt in
1428 Richtung weiterer wirtschaftlicher Entwicklung beider Kontinente und trägt als
1429 attraktives
1430 europäisches Angebot für die großen Investitionsbedarfe zur Verringerung der
1431 Abhängigkeit
1432 von China und Russland bei. Wir wollen die regionale Integration in den
1433 afrikanischen
1434 Wirtschaftsgemeinschaften und der Afrikanischen Union inklusive der entstehenden
1435 panafrikanischen Freihandelszone unterstützen.

1436 Gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit sind unverzichtbare Grundlage für
1437 gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Dort, wo die staatlichen
1438 Strukturen
1439 geschwächt sind, wollen wir durch eine Unterstützung der Zivilgesellschaft und
1440 demokratischer politischer Akteure zu einem Wiederaufbau beitragen. Eine
1441 besondere Rolle
1442 kommt dabei Frauen und marginalisierten Gruppen zu.

1443 Europas Verflechtung mit Afrika ist bis heute von einem Machtungleichgewicht
1444 gekennzeichnet.
1445 Zudem leidet der afrikanische Kontinent bereits heute besonders stark unter den
1446 Folgen der
1447 Klimakrise, die in bedeutendem Maß durch europäische Emissionen verursacht
1448 wurde. Im
1449 Bewusstsein auch unseres kolonialen Erbes wollen wir Beziehungen gestalten, die
1450 von Respekt
1451 und Gleichberechtigung getragen werden.

1452 Indopazifik

1453 Das ökonomische Gravitationszentrum hat sich in den indopazifischen Raum
1454 verschoben. Hier
1455 findet ein Großteil des globalen Wachstums, der Innovation und Entwicklung
1456 statt.

1457 Wir wollen die enge Kooperation mit Europas zentralen Partnern wie Japan,
1458 Südkorea,
1459 Australien und Neuseeland ausbauen und den Austausch mit den ASEAN-Staaten
1460 intensivieren.
1461 Dabei wollen wir unseren Fokus auch auf mehr Zusammenarbeit bei Klimaschutz und
1462 wirtschaftliche Modernisierung legen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft und
1463 die
1464 Menschenrechte stärken. Auch die tiefe Kooperation mit Japan als engster Partner
1465 im
1466 indopazifischen Raum sowie einziges Mitglied der G7 in der Region wollen wir
1467 weiter
1468 ausbauen. Ein Beispiel hierfür ist die Digitale Partnerschaft, welche die EU im
1469 Mai 2022 mit
1470 Japan als erstes Partnerland überhaupt geschlossen hat.

1471 In der Pazifikregion liegen viele Staaten, die durch die Klimakrise in ihrer
1472 Existenz
1473 bedroht sind, obwohl sie selbst wenig den globalen Emissionen beigetragen haben.
1474 Wir wollen
1475 sie im Umgang mit den Folgen der Erderwärmung und des steigenden Meeresspiegels
1476 konkret und
1477 finanziell unterstützen. Wir wollen den Klimaschutz stärker in
1478 Handelsbeziehungen mit den
1479 Staaten der gesamten Region verankern und die Produktion von grüner Energie in
1480 der Region,
1481 zum Beispiel durch die Global-Gateway-Initiative der EU, gemeinsam voranbringen.

1482 Wir streben eine Vertiefung und Erweiterung der Beziehungen der EU mit Indien
1483 an. Wir
1484 begrüßen den Start des EU-India Trade and Technology Council im Jahr 2023 ebenso
1485 wie die
1486 2021 begonnene Konnektivitätspartnerschaft. Wir erkennen Indiens neue Bedeutung
1487 für die
1488 Bereitstellung globaler digitaler Güter an und wollen eine verstärkte
1489 Zusammenarbeit bei
1490 digitalen Zahlungssystemen ausloten. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit muss
1491 sich an klaren
1492 Sozial-, Minderheits- und Klimaschutzstandards orientieren. Mit zunehmender
1493 Sorge betrachten
1494 wir in dieser Hinsicht die aktuellen innenpolitischen Entwicklungen. Wir
1495 unterstützen die
1496 indische Zivilgesellschaft und setzen uns für eine friedliche Lösung
1497 territorialer Konflikte
1498 in Grenzregionen ein.

1499 Lateinamerika

1500 Die Länder Lateinamerikas sind nicht nur wichtige Wirtschafts-, sondern viele
1501 auch unsere
1502 Wertepartner. Die zahlreichen Demokratien dort sind für Europa natürliche
1503 Partner bei der
1504 Stärkung des Multilateralismus. Foren wie das wiederbelebte Gipfeltreffen
1505 zwischen der EU
1506 und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC)
1507 ermöglichen
1508 eine intensive Kooperation und Partnerschaft mit den Ländern des Kontinents.

1509 Allerdings ist die liberale Demokratie in einigen Staaten nach wie vor unter
1510 Druck, wie
1511 beispielsweise der Sturm auf Regierungsgebäude Anfang 2023 in Brasilien gezeigt
1512 hat.
1513 Ereignisse wie diese verdeutlichen, dass die Demokratie gegen autokratische
1514 Tendenzen und
1515 Gruppierungen verteidigt werden muss. Hierfür ist eine starke Zivilgesellschaft
1516 essenziell.
1517 Wir wollen Aktivist*innen für Menschenrechte, Umweltschutz und für die Rechte
1518 von LGBTIQ*
1519 Frauen und Indigenen schützen und ihre Arbeit aktiv unterstützen. Auch eine
1520 effektive
1521 Bekämpfung von Korruption und Drogenkriminalität ist wichtig.

1522 Über 55 Prozent der weltweiten Fläche an Regenwald befinden sich in
1523 Lateinamerika. Die
1524 Region ist zentral zum Schutz unseres Weltklimas. Deswegen wollen wir eine
1525 Intensivierung
1526 von Klima- und Rohstoffpartnerschaften sowie eine Ausweitung der Kooperation für
1527 nachhaltige
1528 Landwirtschaft und für effektiven Naturschutz. Der Schutz der Rechte der
1529 indigenen
1530 Bevölkerung muss dabei bei allen Vorhaben mitgedacht und priorisiert werden.

1531 Europa braucht enge Handelsbeziehungen mit Lateinamerika, nicht zuletzt auch, um
1532 seine
1533 Lieferketten mit Blick auf China zu diversifizieren. Die Global-Gateway-
1534 Initiative der EU
1535 kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Diese Partnerschaften können nur dann
1536 erfolgreich
1537 sein, wenn beide Seiten davon profitieren und ein substanzieller Teil der
1538 Wertschöpfung in
1539 Lateinamerika verbleibt. Wir werden das Mercosur-Abkommen nur ratifizieren, wenn
1540 von Seiten
1541 der Partnerländer umsetzbare, überprüfbare und rechtliche verbindliche,
1542 einklagbare
1543 Verpflichtungen im Bereich des Umwelt-, Sozial-, und Klimaschutzes vereinbart
1544 werden.
1545 Gleichzeitig kann es für uns das Mercosur-Abkommen nur gemeinsam mit einer
1546 gleichwertigen

1547 Zusatzvereinbarung zum Schutz und Erhalt des Regenwaldes geben. Dadurch stellen
1548 wir sicher,
1549 dass unsere Partnerschaft mit Lateinamerika intensiviert und gleichzeitig
1550 Menschenrechte
1551 garantiert und das Weltklima geschützt werden.

A6 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller*in: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 11.09.2023)

Antragstext

1 Die Europäische Union (EU) ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und der
2 Demokratie. Die
3 Europäer*innen haben sie auf den Ruinen von Krieg und Unterdrückung errichtet.
4 Heute
5 garantiert sie, dass wir ohne Grenzkontrollen reisen können, wo uns früher
6 Stacheldraht,
7 Mauern und Schlagbäume trennten. Sie sorgt dafür, dass Meinungsfreiheit gilt, wo
8 noch vor
9 wenigen Jahrzehnten Diktatoren herrschten. Sie schützt den Rechtsstaat. Sie
10 garantiert, dass
11 alle Europäer*innen ihre Regierungen frei wählen können – von der Gemeindeebene
12 bis nach
13 Brüssel.

14 Das Europa, das wir weiter prägen wollen, bietet Sicherheit und Schutz, führt
15 zusammen und
16 bindet ein. Unterschiede nämlich nicht nur auszuhalten, sondern als Chance zu
17 begreifen;
18 Brücken zu bauen über Grenzen und Gräben hinweg; das verbindende Element zu
19 suchen, statt
20 das Trennende tatenlos hinzunehmen: Nichts anderes ist Gründungsgedanke der EU.

21 Sicherheit und Schutz aber brauchen Organe, die sie schaffen und erhalten. Sie
22 wollen wir
23 stärken. Extremismus, Desinformation und Kriminalität machen vor nationalen
24 Grenzen nicht
25 Halt, im Gegenteil: Gerade in den vergangenen Jahren haben wir erlebt, wie
26 autoritäre
27 Staaten unsere freie Gesellschaft angreifen. Die EU ist in der Verantwortung,
28 durch
29 Koordination und starke eigene Institutionen den Schutz zu bieten, den die
30 Bürger*innen zu
31 Recht erwarten – zumal diese Erlebbarkeit von Sicherheit und staatlicher
32 Verlässlichkeit das
33 Vertrauen in den demokratischen Staatenverbund der EU unmittelbar steigert.

34 Die Entwicklung der EU ist eine Entwicklung zu einem immer engeren Bündnis. Das
35 ist gut,
36 denn wir brauchen das Gewicht und die Fähigkeiten der EU, um viele der
37 drängenden Probleme
38 unserer Zeit zu lösen. Wie wir das tun, müssen wir in einem demokratischen
39 Prozess
40 bestimmen. Im Zentrum davon steht das Europäische Parlament, dessen Rechte wir
41 erweitern
42 wollen. So schaffen wir die Grundlage für eine föderale europäische Republik mit
43 einer
44 eigenen Verfassung. Auch wenn Entscheidungsprozesse in Europa zuweilen mühsam

45 und langwierig
46 sind, so stellen sie doch einen großen Wert da: Sie ersetzen die Gewehrkegel,
47 die nicht mit
48 sich reden lässt, mit der Kraft des Wortes und der Diskussion. Dabei steht am
49 Ende oft ein
50 Kompromiss, der zwar nicht jede und jeden vollends zufriedenstellt, aber alle
51 weiterbringt.
52 Dafür stehen wir ein.

53 Denn der Zuwachs an Freiheit, Sicherheit und Demokratie, für den die europäische
54 Einigung
55 seit dem Zweiten Weltkrieg gesorgt hat, dürfte in der Weltgeschichte
56 seinesgleichen suchen.

57 Nicht ohne Grund ist die EU das Zielobjekt von Extremist*innen aller Art: Wer
58 meint, dass
59 Frauen nicht die gleichen Rechte haben sollten wie Männer, wer freie Medien
60 mundtot machen
61 will, wer seine Interessen durch Desinformation und Hetze durchsetzen will – für
62 den ist die
63 EU ein Dorn im Auge.

64 Wir finden: gut so.

65 Wir wollen die EU in ihrer Fähigkeit stärken, die Rechte und Freiheiten derer zu
66 schützen,
67 die hier leben. Unser Credo: Wir schützen unsere Freiheit am besten, wenn wir
68 sie ausbauen.

69 Wir wollen die europäische Demokratie stärken, damit die besten Ideen in einen
70 fairen
71 Wettstreit um die Zukunft unseres Kontinents treten können. Wir wollen die
72 Rechtsstaatlichkeit ausbauen, die allen Bürger*innen Sicherheit und gleiche
73 Rechte bietet.

74 Wir wollen eine EU, die für ihre Bürger*innen arbeitet. Wir wollen, dass diese
75 über das
76 Europäische Parlament noch klarer den Kurs mitbestimmen können. Und wir wollen,
77 dass die EU
78 auch im Inneren, etwa gegenüber Regierungen wie der ungarischen von Viktor
79 Orbán, die nötige
80 Durchsetzungskraft beweist: Wer gegen die Grundwerte der EU verstößt, sollte
81 nicht
82 gleichzeitig uneingeschränkt von ihren Privilegien profitieren können.

83 Die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe aller ist einer dieser
84 Grundwerte – und eine
85 Grundvoraussetzung für unseren Zusammenhalt. Das gilt nicht zuletzt für die
86 Rechte von
87 Frauen. Solange die Hälfte der Bevölkerung in vielen Lebensbereichen
88 benachteiligt ist,
89 solange ist unsere Demokratie nicht vollständig. Autoritäre Kräfte innerhalb und
90 außerhalb
91 Europas stellen unseren Zusammenhalt indes infrage, indem sie einzelne Gruppen
92 zum Feindbild
93 erklären. Das schwächt uns alle und droht unseren Kontinent zu spalten. Dem

94 treten wir
95 entschieden entgegen. Ein vielfältiges Europa ist ein starkes Europa: Es sorgt
96 dafür, dass
97 alle beitragen und teilhaben können. Wir stehen fest an der Seite all jener, die
98 ausgegrenzt
99 und diskriminiert werden. Und weil wir die EU als Vorreiterin einer
100 wertegeleiteten
101 Digitalisierung sehen, wollen wir Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch im
102 Netz sichern.

103 Die EU ist stark, wenn sie im Kern ein Wertebündnis ist. Diese Werte müssen
104 dabei
105 glaubwürdig gelebt werden. Das gilt nicht zuletzt im Umgang mit Menschen, die
106 nach Europa
107 kommen wollen – oder müssen. Das Sterben im Mittelmeer und die Lage an den
108 europäischen
109 Außengrenzen sind unhaltbar. Wir stehen für Humanität und Ordnung im Umgang mit
110 Geflüchteten
111 und Migrant*innen. Wir wollen Schutz bieten und zugleich Einwanderung so
112 gestalten, dass
113 diejenigen, die als Informatikerinnen oder Krankenpfleger, als Studentinnen oder
114 Erntehelfer
115 zum Erfolg unserer Gemeinschaft beitragen wollen, diesen Beitrag auch leisten
116 können.

117 In Vielfalt geeint, so lautet das Motto der EU. Gemeinschaft soll sie sein,
118 Gemeinschaft
119 soll sie bleiben – über alle Unterschiede und Herausforderungen hinweg. Wir
120 setzen uns ein
121 für eine EU, die sich als Motor für ein immer engeres Zusammenwachsen unseres
122 Kontinents
123 versteht. Für einen Kontinent, in dem die Menschen in Freiheit und unter
124 demokratischen
125 Werten sicher leben. Für eine EU, die ein Zuhause bietet. Dieses Europa wollen
126 wir sein.

127 1. Demokratische Institutionen

128 Rechtsstaatlichkeit verteidigen

129 Die Achtung von Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und
130 Rechtsstaatlichkeit
131 einschließlich der Rechte von Minderheiten bilden das Fundament der EU. Wenn
132 Regierungen in
133 Mitgliedstaaten diese Wertebasis systematisch aushöhlen, indem sie die
134 Unabhängigkeit der
135 Justiz – die erste Wächterin des Rechtsstaats – aushebeln, Freiräume der
136 Opposition und
137 Zivilgesellschaft beschneiden, eine freie Presse bekämpfen, Minderheiten- und
138 LGBTIQ*-Rechte
139 einschränken, das Recht auf Asyl verweigern oder Korruption Tür und Tor öffnen,

140 schwächen
141 sie die EU. Deshalb ist es unverzichtbar, dass die bestehenden
142 Rechtsstaatsinstrumente
143 konsequenter und schneller genutzt und weiterentwickelt werden.

144 Die Grundrechtecharta, das Grundgesetz der EU, wollen wir zum Schutzschirm für
145 Europas
146 Bürger*innen machen. Da sich ihre Anwendung auf die Durchführung von EU-Recht
147 durch die EU-
148 Organe beschränkt, ist ihre Schutzwirkung bislang beschränkt. Das wollen wir
149 ändern: Sie
150 soll auch für das Handeln der Mitgliedstaaten gelten und einklagbar werden. Wenn
151 eine
152 Regierung die Grundrechte ihrer Bürger*innen verletzt, soll sie dafür auch auf
153 europäischer
154 Ebene belangt werden können. Auch die Durchsetzbarkeit der Urteile des
155 Europäischen
156 Menschenrechtsgerichtshofs, der über die Einhaltung der Europäischen
157 Menschenrechtskonvention wacht, wollen wir innerhalb der EU stärken.

158 Dem bestehenden Rechtsstaatscheck und dem Rechtsstaatsdialog, mit denen die Lage
159 der
160 Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten durchleuchtet wird, wollen wir mehr
161 Gewicht
162 verleihen. Wir sorgen dafür, dass besonders der Freiraum für die
163 Zivilgesellschaft gezielter
164 bemessen und geschützt wird. Um den Reformdruck zu erhöhen, setzen wir auf
165 verbindliche
166 Reformvereinbarungen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten, die perspektivisch
167 sanktionsbewehrt werden müssen. Öffentliche Debatten hierzu im Europäischen
168 Parlament müssen
169 zur Regel werden und in die Bewertungen einfließen. Das Rechtsstaatsverfahren
170 nach Artikel
171 7, das in einem mehrstufigen Verfahren zum Beispiel zum Entzug des Stimmrechts
172 führen kann,
173 soll wieder nutzbar gemacht werden. Das soll dadurch geschehen, dass die
174 Mitgliedstaaten im
175 Europäischen Rat in allen Phasen des Verfahrens nicht mehr mit Konsens, sondern
176 mit
177 qualifizierter Mehrheit abstimmen.

178 Die Auszahlung von EU-Mitteln soll an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit,
179 demokratischer
180 Prinzipien und der Grundrechte geknüpft werden. Um den Missbrauch europäischer
181 Steuergelder
182 etwa durch systematische Korruption, Günstlings- und Vetternwirtschaft zugunsten
183 bestimmter
184 Parteien wirksam zu stoppen, darf die Überprüfung nicht allein stehen bleiben.
185 Auch eine
186 wirksame Gewaltenteilung und die umfängliche Gewährung der Grundrechte sind
187 entscheidend.
188 Deshalb erweitern wir den Haushaltsmechanismus auf die Einhaltung der
189 Grundrechtecharta. Das

190 heißt: Bei Verstößen müssen EU-Gelder anteilig und gegebenenfalls stufenweise
191 eingefroren
192 werden.

193 Für eine Stärkung unserer gemeinsamen Werte setzen wir auf eine zwischen Rat,
194 Kommission und
195 Europäischem Parlament besser abgestimmte, sich gegenseitig verstärkende
196 Anwendung aller
197 Rechtsstaatsinstrumente. Die jeweiligen Erkenntnisse führen wir zu einer
198 gemeinsamen
199 Bewertungsgrundlage zusammen. Um einen regelmäßigen Charta-Check zu garantieren,
200 den alle
201 Mitgliedstaaten akzeptieren, schaffen wir eine unabhängige Expert*innen-
202 Kommission, die die
203 EU-Kommission unterstützt. Wollen Mitgliedstaaten künftig EU-Fördermittel
204 erhalten, müssen
205 sie sich verpflichten, mit der europäischen Staatsanwaltschaft zu kooperieren.
206 Bei
207 Mittelkürzungen dürfen am Ende aber nicht die Menschen in den Kommunen die
208 Leidtragenden
209 sein, weil sich korrupte Regierungen aus ihrer finanziellen Verantwortung
210 stehlen und lieber
211 mit dem Finger nach Brüssel zeigen. Daher prüfen wir, wie Kommunen direkt
212 unterstützt werden
213 können.

214 Mehr Demokratie wagen

215 Die Stärkung der EU muss mit ihrer weiteren Demokratisierung und mehr Bürgernähe
216 einhergehen. Dazu wollen wir das direkt gewählte Europäische Parlament weiter
217 stärken. Das
218 Parlament soll dem Rat gesetzgeberisch in allen Politikfeldern gleichgestellt
219 sein und wie
220 jedes Parlament gleichberechtigt Gesetze beschließen, etwa in der Steuer- oder
221 Sicherheitspolitik. Es soll ein vollwertiges Initiativrecht erhalten, damit es
222 eigenständig
223 Gesetze auf den Weg bringen kann. Wir wollen sein Recht ausbauen,
224 Untersuchungsausschüsse
225 einzuberufen und Zeug*innen vorzuladen. Außerdem soll es die Kommission auf
226 Vorschlag der
227 Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten wählen und im Notfall
228 wieder
229 entlassen können.

230 Für mehr demokratische Legitimierung der Entscheidungen auf EU-Ebene braucht es
231 mehr
232 Transparenz im Europäischen Rat und in den Ministerräten. Die Debatten und die
233 Positionen
234 der einzelnen Mitgliedsländer sollen nachvollziehbarer gemacht werden.

235 Unsere Vision ist die Föderale Europäische Republik mit einer europäischen
236 Verfassung. Das

237 Parlament soll in einem Zweikammersystem zusammen mit dem Rat ein
238 gleichberechtigter Teil
239 der gesetzgebenden Gewalt werden.

240 Um die Europawahlen europäischer und demokratischer zu machen, wollen wir, dass
241 alle
242 Parteien Spitzenkandidat*innen nominieren. Aus deren Reihen wiederum wählt das
243 Europäische
244 Parlament den nächsten Präsidenten bzw. die nächste Präsidentin der Kommission.
245 Zudem sind
246 bei der Europawahl bislang nur Kandidat*innen aus dem jeweils eigenen Land
247 wählbar. Das
248 wollen wir im Sinne eines grenzüberschreitenden Wahlkampfs ändern. Ein Teil der
249 Abgeordneten
250 soll zukünftig nicht mehr allein über die nationalen Listen, sondern über
251 europäische
252 transnationale Listen bestimmt werden.

253 Junge Menschen mischen sich ein und wollen Europa mitgestalten. Deshalb war die
254 Einführung
255 des Wahlrechts ab 16 Jahren in Deutschland für die Europawahl ein großer Erfolg.

256 Ergänzend zur demokratischen Vertretung der Bürger*innen im Europäischen
257 Parlament wollen
258 wir mehr direkte Teilhabe auch auf EU-Ebene ermöglichen.

259 Mit dem Europäischen Bürger*innenforum können europäische Bürger*innen, die nach
260 dem
261 Zufallsprinzip aus der gesamten Bevölkerung der EU ausgelost werden, in einem
262 Bürger*innen-
263 Gutachten konkrete Handlungsvorschläge formulieren. Das war das Prinzip der
264 Europäischen
265 Zukunftskonferenz. Wir wollen dieses Instrument fest verankern.

266 Die Europäische Bürgerinitiative (EBI), bei der Bürger*innen direkt ein Thema
267 auf die
268 Tagesordnung der europäischen Politik setzen können, wollen wir erweitern,
269 verbindlicher und
270 bekannter machen. Einer erfolgreichen EBI muss zwingend innerhalb eines Jahres
271 ein
272 Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission folgen und dem Europäischen
273 Parlament sowie
274 dem Rat zur Abstimmung vorgelegt werden. Die Initiator*innen einer EBI sollen
275 als
276 Zwischenschritt auch ein Europäisches Bürger*innenforum einberufen können.

277 Handlungsfähiger werden

278 Angesichts der vielfältigen Herausforderungen sind wir auf eine handlungsfähige
279 EU
280 angewiesen. Deshalb wollen wir zum einen mit der Ausweitung von
281 Mehrheitsentscheidungen
282 Entscheidungen schneller ermöglichen. Wo bisher noch Einstimmigkeit zwischen den

283 Staaten
284 erforderlich war und Entscheidungen deshalb leicht blockiert werden konnten,
285 soll in Zukunft
286 mit qualifizierter Mehrheit abgestimmt werden. Dabei ist es wichtig, dass die
287 Interessen
288 kleinerer Mitgliedstaaten weiterhin Gehör finden.

289 Zum anderen wollen wir die in den Verträgen vorgesehene Klausel der Verstärkten
290 Zusammenarbeit (Passerelle-Klausel) besser nutzen. Sie erlaubt es einer Gruppe
291 von
292 mindestens neun EU-Mitgliedstaaten, in ausgewählten Politikfeldern enger zu
293 kooperieren und
294 gemeinsam Projekte anzustoßen. Damit können sie schneller wichtige Projekte auf
295 den Weg
296 bringen. Wichtig für uns: Dabei soll das Europäische Parlament einbezogen werden
297 – und alle
298 anderen Mitgliedsländer sollen sich auch zu einem späteren Zeitpunkt anschließen
299 können.

300 Einige der Reformen sind ohne Vertragsänderung möglich. Sie sollen zügig und
301 zeitnah in die
302 Realität umgesetzt werden. Eine Reihe der Reformvorschläge, für die wir
303 eintreten, bedarf
304 einer Vertragsänderung. Dafür wollen wir einen Konvent unter der Einbeziehung
305 von EU-
306 Bürger*innen einberufen. Dieser soll die Empfehlung der wegweisenden Konferenz
307 zur Zukunft
308 der EU einbeziehen. Hier waren Bürger*innen maßgeblich an der Formulierung von
309 neuen
310 Perspektiven für die EU beteiligt.

311 Korruption bekämpfen

312 Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger*innen, jeder Anschein käuflicher
313 Politik richtet
314 Schaden an. Wir sorgen deshalb für mehr Transparenz im Europäischen Parlament,
315 in der
316 Kommission und im Rat, um die Glaubwürdigkeit demokratischer Prozesse und das
317 Vertrauen in
318 die EU zu stärken. Wir machen Lobbyinteressen und Interessenskonflikte für alle
319 sichtbar.
320 Mit dem Korruptionsskandal einzelner Europaabgeordneter aus dem Jahr 2022 ist
321 das
322 dringlicher denn je.

323 Den Verhaltenskodex des Europäischen Parlaments stellen wir endlich scharf. Bei
324 Verstößen
325 müssen finanzielle Strafen auf dem Fuße folgen. Mit einem für alle EU-
326 Institutionen, auch
327 den Rat, verbindlichen Lobbyregister legen wir auf allen politischen Ebenen
328 offen, wer in
329 den Institutionen ein- und ausgeht. Diejenigen, die auf die Gesetzgebung

330 Einfluss ausüben,
331 machen wir durch einen „legislativen Fußabdruck“ sichtbar, der umfassend
332 nachvollziehbar
333 macht, welche Positionen im Gesetzgebungsprozess eingebracht wurden.

334 Wir beenden die unwirksame reine Selbstkontrolle und schalten eine unabhängige
335 Ethikbehörde
336 ein, die für alle EU-Institutionen die Regeln zur Lobbykontrolle durchsetzt.
337 Beim Wechsel
338 zwischen Politik und Wirtschaft sorgen wir für klare Karenzzeitregeln, die an
339 Übergangszahlungen angepasst sind, und für deren Kontrolle.

340 Mit einer EU-weiten Datenbank, die politische Onlinewerbung sowie ihre Auftrag-
341 und
342 Geldgeber*innen transparent erfasst und digitaler Wahlkampfwerbung bei der
343 Nutzung
344 persönlicher Daten klare Schranken setzt, garantieren wir mehr Fairness im
345 demokratischen
346 Wettbewerb und mehr Schutz gegen Desinformation und Onlinehass.

347 2. Feminismus

348 Europa zum Motor für Frauenrechte machen

349 Frauen und Mädchen sollen in der gesamten EU gleichgestellt und selbstbestimmt
350 leben können.
351 In Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft – überall gibt es
352 noch viel zu
353 tun. Oft war Europa die Vorreiterin für Frauenrechte und Gleichstellung der
354 Geschlechter.
355 Doch rechte und rechtskonservative Kräfte in vielen Ländern nehmen unsere
356 Errungenschaften
357 ins Visier. Sie versuchen durch eine rückwärtsgewandte Familienpolitik, Frauen
358 aus dem
359 Arbeitsmarkt zu drängen. Reproduktive Rechte, besonders das Recht auf
360 Schwangerschaftsabbruch, werden offen infrage gestellt, Errungenschaften im
361 Kampf gegen
362 Gewalt an Frauen werden zurückgedrängt. Dem stellen wir uns mit aller Macht
363 entgegen.

364 Unser Ziel ist es, dass die EU eine Garantin für Geschlechtergerechtigkeit auf
365 unserem
366 Kontinent bleibt. Geschlechtergerechtigkeit soll sich durch alle Politikbereiche
367 der Union
368 ziehen. Deshalb wollen wir das EIGE (European Institute for Gender Equality)
369 stärken und
370 ausbauen.

371 Die Gender-Equality-Strategie der EU-Kommission, die 2025 ausläuft, muss zügig
372 und
373 umfangreich evaluiert werden. Auf Grundlage dieser Ergebnisse werden wir in der
374 kommenden

375 Legislatur einen ambitionierten Plan erstellen, um mit großen Schritten in
376 Sachen
377 Gleichberechtigung voranzukommen.

378 Alle Menschen müssen selbst über ihren Körper und ihr Leben entscheiden können.
379 Wir wollen
380 auch deswegen, dass die EU die Selbstbestimmungsrechte von Frauen und Mädchen
381 stärkt. Dazu
382 gehört, dass die reproduktive Gesundheit und das Recht auf körperliche
383 Selbstbestimmung
384 sowie selbstbestimmte Familienplanung für alle sichergestellt sind. Wir wollen
385 den
386 uneingeschränkten Zugang zu Verhütungsmitteln stärken. Eine professionelle
387 Beratung zur
388 Familienplanung ist die Grundlage für selbstbestimmte Entscheidungen. Sie muss
389 breit in der
390 EU verfügbar sein. Die Initiative, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in der
391 EU-
392 Grundrechtecharta zu verankern, unterstützen wir.

393 Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt verwirklichen

394 Alle profitieren davon, wenn Frauen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.
395 Als
396 Ingenieurinnen, Erzieherinnen, Ärztinnen und in unzähligen weiteren Berufen
397 schaffen sie
398 Wohlstand – für Europa und für sich: Denn eine faire Beteiligung am Arbeitsmarkt
399 hilft
400 Frauen, ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern und zum Beispiel
401 Altersarmut zu
402 vermeiden. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir auch politisch den Weg ebnen.

403 Der Gender-Pay-Gap, also die Lücke zwischen den Löhnen von Männern und denen von
404 Frauen,
405 klafft in allen EU-Ländern. Im Durchschnitt liegt er bei 12,1 Prozent, in
406 Deutschland sogar
407 bei circa 18 Prozent. Deshalb war die Verabschiedung der
408 Lohntransparenzrichtlinie ein
409 großer Erfolg. Sie schafft mehr Transparenz durch Auskunftsansprüche und
410 Berichte,
411 Entschädigungsansprüche bei geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung und
412 stärkt so die
413 Rechte der Arbeitnehmerinnen. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass
414 diese
415 Richtlinie auch in den Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt wird. Und natürlich
416 müssen
417 sogenannte Sorge- und Care-Berufe, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt werden,
418 durch
419 bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung aufgewertet sowie die gerechtere
420 Verteilung von
421 bezahlter Arbeit und unbezahlter Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern
422 verbessert werden.

423 Um für Frauen die gleichen Zugangs- und Aufstiegschancen auf dem Arbeitsmarkt zu
424 schaffen
425 und die Geschlechtergerechtigkeit zu erhöhen, wurde vom Europäischen Rat eine
426 Vereinbarkeitsrichtlinie erlassen. Diese soll es Eltern partnerschaftlich
427 ermöglichen,
428 Berufs- und Privatleben miteinander zu vereinbaren. Mit der Familienstartzeit,
429 die
430 Partner*innen nach der Geburt eine 14-tägige berufliche Freistellung ermöglicht,
431 wird die
432 Bundesregierung hier einen weiteren Schritt zur Erfüllung tun und Paare bei der
433 partnerschaftlichen Arbeitsteilung unterstützen. Eine gute und
434 partnerschaftliche
435 Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eine effektive Maßnahme, um dem
436 existierenden
437 Fachkräftemangel durch eine höhere Erwerbsquote von Frauen entgegenzuwirken.
438 Denn: Viele
439 Frauen möchten gern mehr arbeiten und immer mehr Männer wünschen sich,
440 Familienaufgaben
441 paritätisch aufzuteilen – die Bedingungen lassen es aber nicht zu.

442 Besonders auffällig ist der geringe Anteil von Frauen in allen Bereichen der
443 sogenannten
444 MINT-Berufe und den entsprechenden Studiengängen. Das gilt für ganz Europa.
445 Angesichts des
446 Arbeits- und Fachkräftemangels ist es geradezu fahrlässig, auf dieses Potenzial
447 zu
448 verzichten. Entsprechend wollen wir das Arbeitskräfteangebot für den MINT-
449 Bereich
450 verbessern. Auf EU-Ebene fordern wir deshalb bessere Finanzierungsmöglichkeiten
451 für Darlehen
452 und Eigenkapitalfinanzierungen für junge Unternehmerinnen und Innovatorinnen
453 durch EU-Fonds
454 und Programme sowie die Erleichterung des Zugangs von Frauen zu bestehenden
455 Fonds, aber auch
456 zu gut bezahlten Arbeitsplätzen.

457 Gewaltschutz durchsetzen

458 Wir wollen ein Europa, das Schutz und Unterstützung für alle Opfer von
459 geschlechtsbasierter
460 Gewalt bietet. Wir setzen uns dafür ein, dass Gewalt gegen Frauen verhindert
461 bzw. verfolgt
462 und verurteilt wird. Ein wichtiger Baustein dafür ist die finanzielle
463 Unabhängigkeit von
464 Frauen, da sie die Trennung von gewalttätigen Partnern erleichtert und somit
465 eine wichtige
466 Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben ist. Die Istanbul-Konvention ist
467 das erste
468 Instrument in Europa, das rechtsverbindliche Standards speziell zur Bekämpfung
469 von Gewalt
470 gegen Frauen und häuslicher Gewalt festlegt. Endlich wurden durch die Initiative

471 der
472 Bundesregierung auch in Deutschland sämtliche Vorbehalte zurückgenommen. Bis
473 heute aber
474 haben sechs Mitgliedstaaten – Bulgarien, die Tschechische Republik, Ungarn,
475 Lettland,
476 Litauen und die Slowakei – diese Konvention noch nicht ratifiziert. Deshalb ist
477 es ein
478 großer Erfolg, dass die EU selbst umfassend und ohne Ausnahmen der Istanbul-
479 Konvention
480 beigetreten ist. Wir wollen, dass alle Leistungen der Mitgliedstaaten zum Schutz
481 von Frauen
482 mindestens den Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention und ihrem
483 erläuternden Bericht
484 entsprechen – einschließlich der Standards für Unterkünfte, Betreuungsstellen
485 für Opfer
486 sowie Notrufstellen. Nun muss auch die ergänzende neue EU-Richtlinie zur
487 Bekämpfung von
488 Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zügig verabschiedet und umgesetzt
489 werden.

490 Menschenhandel bekämpfen

491 Menschenhandel ist eine schwere Straftat und Menschenrechtsverletzung, die wir
492 durch ein
493 gemeinsames europäisches Vorgehen konsequent bekämpfen müssen. Die verbreitetste
494 Form des
495 Menschenhandels in der EU geschieht zum Zweck der sexuellen Ausbeutung.
496 Betroffene werden
497 gezwungen, unter menschenunwürdigen Bedingungen in der Prostitution zu arbeiten.
498 Mehr als
499 die Hälfte der Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung in
500 der EU sind
501 EU-Bürger*innen, überwiegend Frauen und Mädchen.

502 Wir wollen die internationale Zusammenarbeit bei der Prävention, Strafverfolgung
503 und zum
504 Schutz der Betroffenen entlang der bereits bestehenden Vereinbarungen stärken.
505 Darüber
506 hinaus machen wir uns bei der anstehenden Überarbeitung der EU-Opferschutz-
507 Richtlinie dafür
508 stark, dass alle Opfer von Straftaten besser geschützt werden. Wir wollen den
509 Zugang zu
510 Informationen über Opferrechte stärken sowie eine gute Koordination zwischen den
511 Mitgliedstaaten, öffentlichen Stellen und den Justizbehörden sicherstellen.
512 Dabei muss der
513 Opferschutz im Zentrum des Handelns stehen. Opfer von Menschenhandel einfach
514 abzuschieben,
515 ist falsch. Stattdessen würden ihre Anzeige- und Aussagebereitschaft durch
516 Schutzprogramme
517 und dauerhafte Bleiberechte erhöht und die Strafverfolgung der Täter*innen
518 erleichtert.

519 Die Hälfte der Macht zur Realität werden lassen

520 Solange Frauen in Schlüsselbereichen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft
521 nicht
522 angemessen vertreten sind, ist die Demokratie nicht vollständig. Auch in Europa
523 müssen wir
524 immer noch mit der Lupe suchen, um Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen zu
525 finden. Wir
526 begrüßen, dass die Richtlinie zu Führungspositionen nun endlich in Kraft treten
527 konnte. Denn
528 verbindliche Quoten sind ein effektives Mittel, um Führungsgremien in Wirtschaft
529 und Politik
530 geschlechtergerecht zu besetzen, auch in den Institutionen der EU selbst. Auch
531 die
532 Kommission selbst soll geschlechterparitätisch besetzt werden.

533 Um die finanzielle Macht in Europa geschlechtergerechter zu gestalten, wollen
534 wir ein
535 effektives Gender Budgeting und Gleichstellungschecks für den EU-Haushalt
536 durchsetzen. Es
537 ist uns gelungen, künftige EU-Haushalte gerechter für alle Geschlechter
538 aufzustellen: In der
539 neuen Haushaltsordnung ist nun festgeschrieben, dass die Vergabe von EU-Geldern
540 nach
541 Geschlechtern transparent gemacht wird. Dadurch werden bestehende
542 Ungerechtigkeiten bei der
543 Mittelverteilung sichtbar und können korrigiert werden. Zudem hat die Kommission
544 eine
545 Methode zur Messung der Auswirkungen von Haushaltsmitteln auf die Gleichstellung
546 entwickelt.
547 Diese muss aber in einigen Bereichen noch verbessert werden. Aufgrund der neuen
548 Datenlage
549 muss der nächste Mehrjährige Finanzrahmen geschlechtergerecht gestaltet werden.

550 **3. Europas Vielfalt**

551 Zivilgesellschaft stärken

552 Europa zeichnet sich durch seine Vielfalt und das Miteinander verschiedener
553 Menschen aus.
554 Queere Menschen, Menschen mit und ohne Behinderung, Atheist*innen und religiöse
555 Menschen,
556 Junge und Alte bringen jeweils ihre Lebensperspektiven ein, gestalten unser
557 Miteinander und
558 unsere Demokratie. Unsere pluralistische Demokratie ist stark, weil sie in
559 Bürgerinitiativen
560 und Parteien, Vereinen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine lebendige
561 Zivilgesellschaft gestalten. Es ist Aufgabe der EU, diese Freiheitsrechte zu
562 sichern.

563 Wir unterstützen deshalb die europäische Zivilgesellschaft dabei, sich selbst
564 grenzüberschreitend zu denken und zu organisieren. Im Europäischen Parlament
565 haben wir
566 erfolgreich eine Initiative für ein europäisches Vereinsrecht auf den Weg
567 gebracht. So
568 sorgen wir dafür, dass zivilgesellschaftliche Initiativen überall in Europa
569 rechtlich
570 abgesichert arbeiten können.

571 Zivilgesellschaftliche Initiativen sind häufig die erste Anlaufstelle für
572 Menschen, die
573 Diskriminierung und Gewalt erfahren. Damit sie Betroffene angemessen beraten
574 können, wollen
575 wir die bestehenden Beratungsstrukturen weiter fördern und ausbauen.

576 Wir setzen uns dafür ein, dass Förderprogramme wie „Bürgerinnen und Bürger,
577 Gleichstellung,
578 Rechte und Werte“ (CERV) angemessen ausgestattet werden. So fördern wir
579 Initiativen und
580 Selbstvertretungsorganisationen, die sich für die Gleichberechtigung aller
581 Menschen stark
582 machen und dort aktiv sind, wo Rechtsstaatlichkeit und Demokratie besonders
583 unter Druck
584 stehen.

585 Religion und Glauben haben eine integrative Kraft in der Gesellschaft und sind
586 Bestandteil
587 unserer Kulturen. Sie sind die Grundlage vieler Gemeinden und Einrichtungen, die
588 zum
589 Zusammenhalt beitragen. Religionsfreiheit ist konstitutiv für eine vielfältige
590 und freie
591 Gesellschaft. Menschen, die aufgrund ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung
592 verfolgt
593 werden, verdienen unseren Schutz. Wir wollen den interreligiösen Dialog
594 vertiefen und
595 Gemeinden dabei unterstützen, Menschen verschiedenen Glaubens miteinander in
596 Kontakt zu
597 bringen. Wir sind überzeugt, dass im gegenseitigen Respekt und im Dialog auf
598 Augenhöhe unser
599 vielfältiges Europa gestärkt wird.

600 Diskriminierung überwinden

601 Sicherheit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Bürger*innen-Rechte
602 gelten für alle
603 Menschen. Sie sind die Voraussetzung für ein Leben in Freiheit. Sie müssen
604 unabhängig davon
605 gelten, woher ein Mensch kommt, wie er oder sie liebt, lebt oder glaubt. Ein
606 Europa, das in
607 seiner Vielfalt zusammenhält und die Rechte jedes und jeder Einzelnen schützt,
608 schafft
609 demokratischen Fortschritt, Teilhabe und Freiheit für alle. Um dieses

610 Versprechen
611 einzulösen, muss die EU konsequent mit rechtlichen Maßnahmen gegen
612 Diskriminierung vorgehen.

613 Noch immer ist Antisemitismus bis in die Mitte der europäischen Gesellschaft
614 tief verwoben.
615 Jüdische Einrichtungen werden bedroht und angegriffen. Dem stellen wir uns
616 entschlossen
617 entgegen. Dies gilt in besonderer Weise für uns als Deutschland und dem
618 Versprechen „Nie
619 wieder!“, dem sich auch Europa nach dem Zweiten Weltkrieg und der Shoah
620 verpflichtet hat. Es
621 ist die Aufgabe aller Mitgliedstaaten, die Sicherheit jüdischer Gemeinden zu
622 gewährleisten
623 und sicherzustellen, dass Jüdinnen und Juden in Europa eine sichere Zukunft
624 sehen. Wir
625 befürworten deshalb die Aufstockung der europäischen Gelder für
626 Sicherheitsprojekte, um sie
627 dabei zu unterstützen. Als Europäer*innen ist es nicht nur unsere Aufgabe,
628 Antisemitismus in
629 all seinen Formen entgegenzutreten, sondern auch jüdisches Leben in seiner
630 Vielfalt sichtbar
631 zu machen und zu stärken. Um das Wissen über das jüdische Leben allgemein sowie
632 Kontakte und
633 Erfahrungen mit jüdischen Menschen europaweit zu vermitteln, wollen wir
634 politische und
635 kulturelle Bildungsangebote fördern.

636 Muslim*innen bilden die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Europa.
637 Muslimisches Leben
638 gehört zu Europa und ist zugleich zur Zielscheibe von rechten und
639 verschwörungsideologischen
640 Bewegungen geworden. Wir begrüßen es, dass die EU nach langer Zeit endlich die
641 Stelle der
642 EU-Koordinatorin gegen Islamfeindlichkeit neu besetzt hat. Ihre Rolle wollen wir
643 stärken.

644 Wir wollen, dass die Bekämpfung von Antiziganismus eine neue Priorität wird und
645 sich dabei
646 von paternalistischen Ansätzen verabschiedet. Denn Menschen mit Romani-
647 Hintergrund werden
648 beim Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen und Arbeit oft benachteiligt. Damit
649 die
650 politische Teilhabe und der Einsatz gegen Antiziganismus gefördert werden,
651 richten wir ein
652 europäisches Beratungsgremium ein. Diesem gehören unter anderem Expert*innen für
653 Roma-
654 Politik, Selbstvertretungsorganisationen und lokale sowie regionale
655 Gebietskörperschaften
656 an.

657 Menschen, die Diskriminierung erfahren, sei es durch öffentliche Institutionen,
658 auf dem

659 Wohnungs- oder auf dem Arbeitsmarkt, dürfen nicht allein gelassen werden,
660 sondern müssen
661 Recht und Gesetz auf ihrer Seite wissen. Die EU hat durch ihre Vorgaben den
662 Schutz gegen
663 Diskriminierung bereits erheblich verbessert. Um das Schutzniveau zu
664 vereinheitlichen und zu
665 stärken sowie Schutzlücken zu schließen, wollen wir, dass die 5.
666 Antidiskriminierungsrichtlinie endlich verabschiedet wird. Das Amt der bzw. des
667 Antirassismusbeauftragten der Europäischen Kommission soll gestärkt und über
668 2025 hinaus
669 besetzt werden. Wir unterstützen die Minority-SafePack-Initiative und wollen
670 Minderheitenrechte wie den Erhalt von Sprache, Kultur und Identität in der EU
671 stärken.

672 Queere Rechte schützen

673 Die Möglichkeit, sich frei zu entfalten und in der eigenen Individualität leben
674 zu können,
675 ist ein Kern der europäischen Werte. Obwohl queere Menschen in den letzten
676 Jahrzehnten viele
677 ihrer Rechte erfolgreich erkämpfen konnten, erleben wir, dass autoritäre Kräfte
678 versuchen,
679 diese wieder zurückzudrehen. Nicht selten ist ein selbstbestimmtes Leben in
680 Sicherheit für
681 lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen (LGBTIQ*)
682 nicht möglich,
683 weil ihre Rechte eingeschränkt oder sie im Alltag angefeindet oder angegriffen
684 werden.
685 Diesen Versuchen stellen wir uns klar entgegen, ganz egal aus welcher Motivation
686 sie
687 geschehen oder von wem sie ausgehen.

688 Auf unsere Initiative hin hat das Europäische Parlament die EU zur „LGBTIQ*
689 Freedom Zone“
690 erklärt. Wir setzen uns auf dieser Grundlage dafür ein, dass die EU-Kommission
691 und der Rat
692 alle ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente – inklusive
693 Vertragsverletzungsverfahren und
694 Sanktionen – nutzen, um das systematische Vorgehen von Regierungen gegen
695 LGBTIQ*-Personen
696 sowie die Demontage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stoppen.

697 Familie ist dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen – ob mit zwei
698 Müttern,
699 alleinerziehend oder Mutter und Vater. Landesgrenzen dürfen nicht darüber
700 entscheiden, ob
701 Kinder mit ihren Eltern aufwachsen, denn das Recht auf Freizügigkeit muss auch
702 für
703 Regenbogenfamilien ohne Wenn und Aber gelten. Wir streiten dafür, dass eine in
704 einem EU-Land
705 begründete Elternschaft, eingetragene Partnerschaft oder gleichgeschlechtliche

706 Ehe in der
707 gesamten Union anerkannt wird.

708 Inklusion verwirklichen

709 Die europäische Behindertenbewegung hat sich erfolgreich für ihr Recht auf
710 Gleichstellung
711 und Teilhabe eingesetzt. Mit der Verabschiedung der UN-
712 Behindertenrechtskonvention haben
713 sich die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, alle Barrieren abzubauen, die der
714 Teilhabe am
715 politischen und gesellschaftlichen Leben im Weg stehen. Wir wollen dafür sorgen,
716 dass die
717 inklusive Gesellschaft endlich in ganz Europa Wirklichkeit wird.

718 Um selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, wollen wir eine stärkere Förderung von
719 selbstständigem Wohnen, inklusivem Leben und Arbeiten. Dazu wollen wir unter
720 anderem das
721 Werkstättensystem reformieren – denn sozialer Schutz und Mindestlöhne müssen
722 auch für
723 Menschen mit Behinderung gelten.

724 Schlechte Nutzbarkeit von Webseiten, Stufen ohne Rampe, zu enge Türen – Menschen
725 mit
726 Behinderung, aber auch ältere Menschen oder mobilitätseingeschränkte Personen
727 erleben in
728 ihrem Alltag unterschiedliche Barrieren, die ihre Teilhabe am öffentlichen Leben
729 einschränken. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-Barrierefreiheitsrichtlinie,
730 der
731 sogenannte European Accessibility Act (EAA), in allen Mitgliedstaaten – auch in
732 Deutschland
733 – umgesetzt wird.

734 Um die europäische Freizügigkeit auch für Menschen mit Behinderung erlebbar zu
735 machen,
736 wollen wir einen europäischen Schwerbehindertenausweis einführen, gegenseitige
737 Anerkennung
738 nationaler Definitionen von Behinderung und barrierefreies Reisen durch ganz
739 Europa
740 umsetzen. Dies gilt auch für die Inanspruchnahme von sozialen Leistungen.

741 **4. Eine lebendige Kulturlandschaft**

742 Kultur als Säule der Demokratie

743 Wenig eint Europa so sehr wie seine vielfältige, lebendige Kultur. Sie entsteht
744 aus dem
745 Zusammenspiel von Traditionen des gesamten Kontinents mit Einflüssen von außen
746 und der
747 beständigen Entwicklung neuer Ausdrucksformen. Kultur ist ein Wert an sich und
748 zugleich ein

749 unverzichtbarer Teil der europäischen Demokratie, denn in ihr finden Austausch
750 und
751 Zusammenleben über Grenzen hinweg auf verschiedenste Weise statt. Wir
752 verteidigen deshalb
753 die freie Kunst und Kultur gegen staatliche Eingriffe, aber auch durch die
754 Gestaltung einer
755 öffentlichen Förderung, die künstlerische Kreativität auch jenseits der
756 Marktlogiken
757 ermöglicht.

758 Das Programm „Creative Europe“ wollen wir deshalb ausbauen und deutlich
759 vereinfachen, um die
760 Zusammenarbeit und den Austausch von Künstler*innen und Kulturveranstalter*innen
761 in ganz
762 Europa zu ermöglichen, nicht zuletzt auch dort, wo Vielfalt und Demokratie unter
763 Druck
764 stehen. Es soll sich als Dienstleister für Kulturschaffende verstehen, der
765 ansprechbar ist
766 sowie schnell und zielgerichtet unterstützt.

767 Das Ziel der Klimaneutralität betrifft in besonderem Maß die europäische
768 Dimension der
769 Kultur, die von der Bewegung von Kulturgütern und Menschen lebt. Wir wollen
770 daher im Rahmen
771 von Creative Europe ein Programm schaffen, in dem Beratung und Finanzierung für
772 den Wandel
773 der europäischen Kulturzusammenarbeit hin zur Klimaneutralität gebündelt werden.
774 Auch die
775 Idee des Neuen Europäischen Bauhauses, das einen interdisziplinären Ansatz für
776 klimaneutrales Bauen und Gestalten fördert, wollen wir partizipativ weiter
777 ausbauen und als
778 eigene Mission in Horizont Europa verankern.

779 Im Programm der europäischen Kulturhauptstädte wird die Vielfalt unseres
780 Kontinents erlebbar
781 und gefördert. Wir wollen dieses erfolgreiche Konzept fortführen, dabei aber die
782 Bewerbungsverfahren überprüfen und transparenter gestalten.

783 Zur europäischen Kultur gehört auch ihre gewachsene Struktur einer unabhängigen
784 Kulturwirtschaft mit kleinen und mittelständischen Unternehmen. Sie gestalten
785 unter anderem
786 virtuelle Welten, Games, Filme oder Serien und sind wesentliche Treiberinnen von
787 Innovation
788 und Wachstum – weit über ihren eigenen Sektor hinaus. Diese Strukturen wollen
789 wir fördern
790 und gegen die Marktmacht der großen internationalen Plattformen schützen, etwa
791 indem wir uns
792 in Handelsabkommen für die Aufrechterhaltung der kulturellen Ausnahme einsetzen.

793 Kreative stärken

794 Die Schaffenskraft von Künstler*innen und Kreativen ist die Grundlage für unsere
795 lebendige

796 Kulturlandschaft. Angesichts technischer und gesellschaftlicher Veränderungen
797 müssen sie
798 ihren Platz in der Wertungskette der Kulturproduktion immer wieder neu
799 behaupten. Das
800 gilt vor allem für die neuen Entwicklungen der Künstlichen Intelligenz (KI).
801 Diese nutzt von
802 Menschen erdachte Bilder, Töne und Texte, um neue Inhalte zu erzeugen. Damit
803 tritt sie in
804 Konkurrenz zu menschlichen Urheber*innen. Wir setzen uns daher für die
805 Durchsetzung der
806 Rechte von Urheber*innen ein, zum Beispiel dafür, dass sie die Zustimmung zur
807 Verwendung
808 ihres Materials auf der Grundlage des bestehenden Urheberrechts verweigern
809 dürfen.
810 Urheber*innen wollen wir bei der fairen Vergütung ihrer Werke unterstützen.
811 Urheber*innen
812 und auch andere Kulturschaffende wie Schauspieler*innen oder Musiker*innen
813 müssen einen
814 Platz am Tisch haben, wenn über die Weichenstellungen der digitalisierten
815 Kulturwelt
816 entschieden wird.

817 Durch eine Erweiterung des Erasmus-Programms auf Künstler*innen und Kreative
818 wollen wir die
819 Mobilität und die europäische Perspektive von Kulturschaffenden weiter stärken.
820 Für
821 Kulturschaffende, denen außerhalb der EU Verfolgung droht, wollen wir einen
822 sicheren Hafen
823 und Unterstützungsmöglichkeiten anbieten.

824 Medienfreiheit garantieren

825 Freie Medien sind eine unverzichtbare Grundlage für jede demokratische
826 Öffentlichkeit. Auch
827 in Mitgliedstaaten der EU wird diese Grundlage heute angegriffen. Wir
828 unterstützen deshalb
829 verbindliche Instrumente, um gegen die Einschränkung von Pressefreiheit – sei es
830 in Form
831 offener Zensur, durch die Kontrolle und Zentralisierung von Verlageigentum oder
832 auf anderem
833 Weg – vorzugehen. Dabei gilt für uns auch hier, dass alle Kontrollmechanismen
834 dem Grundsatz
835 der Staatsferne folgen müssen.

836 Private Medien in Print und Online werden auch durch die Marktmacht der
837 Plattformen im
838 Wettbewerb um Werbeeinnahmen stark in ihrem Wirtschaftsmodell beeinträchtigt.
839 Wir streben
840 deshalb an, durch geeignete Instrumente die Wettbewerbssituation für
841 journalistische
842 Angebote besonders im Netz zu verbessern.

843 Der grenz- und sprachüberschreitende Raum der EU stellt für die Herausbildung
844 einer
845 gemeinsamen Öffentlichkeit eine besondere Herausforderung dar. Deshalb setzen
846 wir uns für
847 einen Ausbau transnationaler und mehrsprachiger Angebote des öffentlich-
848 rechtlichen
849 Rundfunks ein. Konkret wollen wir dazu zunächst den erfolgreichen Ansatz des
850 Senders arte
851 ausbauen und ihn schrittweise zu einem gemeinsamen europäischen Angebot
852 entwickeln. Darüber
853 hinaus setzen wir uns für die Vernetzung der Angebote des öffentlich-rechtlichen
854 Rundfunks
855 in Europa und für eine verbesserte Auffindbarkeit europäischer Kultur- und
856 Medienangebote im
857 Netz ein. Wir wollen Förderung und Schutz für Exilmedien schaffen, damit die EU
858 ein Raum des
859 freien Ausdrucks auch für Menschen aus Ländern sein kann, in denen die Presse-
860 und
861 Meinungsfreiheit unterdrückt wird.

862 Europäisch erinnern

863 Die Erinnerung an vergangenes Unrecht gehört zu den Grundlagen aller
864 Gesellschaften eines
865 Kontinents, der über Jahrhunderte von Gewalt und Kriegen gezeichnet war. Die EU
866 als
867 Friedensprojekt hat die Aufgabe, diese Perspektiven zueinander in Beziehung zu
868 setzen.
869 Erinnerung soll einen Beitrag zu Versöhnung und Verständigung leisten, nicht
870 spalten. Dabei
871 ist es wichtig, eine multiperspektivische Erinnerungskultur zu fördern, die auch
872 die
873 Geschichte von bisher zu Unrecht überhörten Gruppen mit in den Blick nimmt. Wir
874 wollen mit
875 europäischen Mitteln Initiativen unterstützen, die sich der Aufgabe der
876 Verständigung widmen
877 und beispielsweise auch in Osteuropa die sich historisch überlagernden
878 Gewalterfahrungen
879 durch den Angriffskrieg Deutschlands sowie die Unterdrückung durch die
880 Sowjetunion in ihrem
881 komplexen Erbe verständlich und nachvollziehbar machen. Bestrebungen nach einer
882 Umdeutung
883 der Geschichte im Dienste nationalistischer Tendenzen treten wir entschieden
884 entgegen.

885 Allen Versuchen, einen „Schlussstrich“ unter das Erinnern an die Verbrechen des
886 Nationalsozialismus und besonders der Shoah zu ziehen oder sie zu verharmlosen,
887 stellen wir
888 uns klar entgegen. Sie sind mit den demokratischen Werten unvereinbar. Wir
889 werden dies nicht
890 unbeantwortet lassen – nicht in Deutschland, nicht in Europa, nirgendwo.

891 Zum europäischen Erbe gehört auch die grausame Geschichte von Völkermord,
892 Kolonialismus,
893 Versklavung und Ausbeutung in Afrika, Lateinamerika und Asien. Viele europäische
894 Staaten
895 waren in diese Verbrechen verwickelt und profitieren teilweise noch heute von
896 den damals
897 geschaffenen Abhängigkeiten. Deswegen wollen wir die Aufarbeitung der kolonialen
898 Geschichte
899 in enger Zusammenarbeit mit den Nachkommen, mit Forscher*innen und
900 zivilgesellschaftlichen
901 Initiativen aus ehemals kolonisierten Staaten auch auf europäischer Ebene
902 vorantreiben. Dazu
903 gehört die Rückgabe beispielsweise von Raubkunst oder menschlichen Gebeinen.

904 Fair Play im Sport

905 Ob Amateurfußball oder Champions League, ob Fahrradausflug oder Tour de France –
906 Sport steht
907 im Herzen von Europa. Er verbindet Menschen, schafft und vermittelt regionale
908 Identitäten,
909 sorgt für Gesprächsstoff. Im Zentrum stehen die vielen Menschen, die sich
910 ehrenamtlich in
911 Vereinen und Verbänden engagieren. Wir wollen Verbände stärken, die sich
912 besonders für
913 gesellschaftlichen Zusammenhalt, Demokratie und Gleichberechtigung sowie gegen
914 Ausgrenzung
915 und Hass stark machen. Europäische Fördermittel wollen wir für sie einfacher
916 zugänglich
917 machen.

918 Sport kann nur dann eine Vorbildfunktion einnehmen und verbinden, wenn er fair
919 und
920 transparent funktioniert. Betrug, Doping und Korruption stehen seinem Wesen
921 diametral
922 entgegen. Wir wollen daher eine unabhängige europäische Agentur etablieren, die
923 sich mit
924 NGOs, Anti-Korruptionsexpert*innen sowie internationalen Ermittler*innen für
925 Transparenz,
926 Integrität und echte Rechenschaftspflichten um Korruptions- und Betrugsfälle im
927 weltweiten
928 Sport kümmert.

929 Damit wollen wir Vertrauen wiederherstellen. Das ist auch eine Grundlage dafür,
930 dass
931 internationale Sportgroßveranstaltungen in Europa weiter ihren Platz haben. Wenn
932 sie mit
933 klaren und verlässlichen Standards für soziale und ökologische Fairness und
934 Nachhaltigkeit
935 arbeiten, können sie damit weltweit einen Wettbewerbsvorteil erlangen und
936 Zeichen setzen.
937 Wir setzen besonders auf eine grenzüberschreitende Ausrichtung von

938 Sportereignissen. So
939 machen wir den europäischen Spitzensport gemeinsam erlebbar.
940 Wir wollen Sport gegen die Auswirkungen der Klimakrise resilient machen. Viele
941 Sportarten
942 sind von einer intakten Natur abhängig, gleichzeitig verursacht der Sport
943 Schäden. Wir
944 wollen durch ein europäisches Forschungsprogramm Wege aufzeigen, wie sich
945 Europas
946 vielfältige Sportszene klimaneutral entwickeln kann.

947 5. Humanität und Ordnung

948 Fach- und Arbeitskräfte willkommen heißen

949 Europa steht vor einem demografischen Wandel mit einer rasch alternden
950 Bevölkerung und sucht
951 händeringend nach Fach- und Arbeitskräften. Um unseren Wohlstand zu sichern,
952 müssen wir im
953 weltweiten Wettbewerb um schlaue Köpfe und fleißige Hände attraktiver werden und
954 Einwanderung modern gestalten. Statt bürokratischer und langwieriger Verfahren
955 wollen wir
956 die Fach- und Arbeitskräfteeinwanderung mit EU-weiten gemeinsamen
957 Rahmenregelungen fördern.
958 Hierzu zählt, die Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus Drittstaaten
959 einheitlich und
960 unbürokratisch zu gestalten.

961 Um qualifizierte Fachkräfte anzuwerben, wollen wir den EU-Talentpool weiter
962 ausbauen. Dafür
963 braucht es in den europäischen Botschaften mehr Personal und eine
964 Digitalisierungsoffensive,
965 damit Anträge schnell und auch digital gestellt werden können. Fach- und
966 Arbeitskräfte
967 gewinnen wir aber nicht nur durch unbürokratische Verfahren. Wir wollen auch
968 sicherstellen,
969 dass sich Migrant*innen durch eine gelebte Ankommens- und Willkommenskultur
970 schnell bei uns
971 einleben und gern bei uns leben. Denn eine aktive Willkommenskultur macht uns
972 auch als
973 Wirtschaftsstandort attraktiv. Dazu gehört es auch, Rassismus und Ausgrenzung
974 entgegenzutreten, die nicht zuletzt Europas Wohlstand schaden. Um Angebote für
975 eine gute und
976 schnelle Integration vor Ort zu unterstützen, wollen wir den kommunalen
977 Integrationsfonds
978 stärken und weiter ausbauen.

979 Wir wollen alle Arbeitskräfte gegen Ausbeutung schützen – auch Menschen ohne
980 Papiere. Faire
981 Arbeitsbedingungen dürfen nicht von der Herkunft abhängen. Dazu wollen wir
982 mehrsprachige und

983 niedrigschwellige Beschwerde- und Beratungsstrukturen ausbauen und stärken,
984 damit sich alle
985 Arbeiter*innen an sie wenden können.

986 Gemeinsame Asylpolitik angehen

987 Wir kämpfen für eine EU, die den Zugang zum Grundrecht auf Asyl garantiert sowie
988 humanitäre
989 und völkerrechtliche Verpflichtungen einhält. Wir stehen zur Genfer
990 Flüchtlingskonvention,
991 der Europäischen Menschenrechtskonvention, der UN-Kinderrechtskonvention, der
992 Behindertenrechtskonvention und dem internationalen Seerecht.

993 Eine langfristige, geordnete und faire gemeinsame Asylpolitik ist nötig, um
994 menschenunwürdige Ad-hoc-Lösungen zu beenden. Mit einer fairen und verbindlichen
995 Verteilung
996 von Schutzsuchenden stärken wir die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und
997 verteidigen
998 unsere gemeinsamen Werte. Abschottung und Grenzzäune schaffen Chaos und Leid,
999 rechtsstaatliche Verfahren sorgen für Humanität und Ordnung.

1000 Gerade Staaten mit europäischen Außengrenzen sind auf eine geordnete Verteilung
1001 und
1002 Unterstützung der EU sowie auf Solidarität beim rechtsstaatlichen
1003 Grenzmanagement
1004 angewiesen. Wir setzen uns deshalb für einen dauerhaften, verlässlichen und
1005 verpflichtenden
1006 Solidaritäts- und Verteilmechanismus ein. Um die gemeinsamen Herausforderungen
1007 zu
1008 bewältigen, müssen sich alle Mitgliedstaaten einbringen – ob durch die Aufnahme
1009 von
1010 Schutzsuchenden oder durch finanzielle Unterstützung für die Aufnahme von
1011 Geflüchteten.
1012 Geld- und Sachleistungen an Drittstaaten sind dabei keine Kompensation.
1013 Mitgliedstaaten, die
1014 in besonderem Maße Geflüchtete aufnehmen, müssen gestärkt und finanziell
1015 entlastet werden.

1016 Viele Kommunen in der EU sind bereit, beherzt anzupacken. Bei der Verteilung von
1017 Geflüchteten innerhalb der EU wollen wir eine aktive Rolle der Kommunen stärken
1018 und die
1019 kommunalen Integrationsfonds ausbauen. Wenn es um die Verteilung Geflüchteter
1020 auf der
1021 europäischen Ebene geht, möchten wir die Ressourcen der Länder und Kommunen über
1022 einen
1023 Matching-Mechanismus mit den Bedürfnissen der Geflüchteten in Einklang bringen.

1024 Um das Vertrauen in unser Asylsystem zu stärken, wollen wir die EU-Asylagentur
1025 in ihren
1026 Befugnissen erweitern, damit sie die gemeinsamen europäischen Asylregeln
1027 durchsetzen kann.
1028 Perspektivisch soll die Behörde dort, wo das System in einzelnen Mitgliedstaaten
1029 überlastet

1030 ist, auch die Kompetenz für Asylverfahren erhalten. Dabei sind
1031 menschenrechtliche
1032 Verpflichtungen einzuhalten und streng zu kontrollieren.

1033 Humanität und Ordnung an den Außengrenzen sicherstellen

1034 Die EU ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Das Recht auf
1035 Freizügigkeit
1036 bzw. der Abbau von Grenzen innerhalb Europas war und ist eine der größten
1037 Errungenschaften
1038 für das Zusammenwachsen der europäischen Gemeinschaft. Deshalb lehnen wir
1039 dauerhafte und
1040 stationäre Binnengrenzkontrollen ab.

1041 Ein gemeinsamer Schengen-Raum braucht kontrollierte Außengrenzen. Denn für die
1042 Freiheit und
1043 Sicherheit im Inneren müssen wir zuverlässig wissen und kontrollieren können,
1044 wer nach
1045 Europa kommt.

1046 Die Glaubwürdigkeit der europäischen Werte und damit auch der Einfluss
1047 europäischer Politik
1048 nach außen setzt indes die Achtung von Recht und Werten im eigenen Handeln
1049 voraus. Mit
1050 dieser Erkenntnis ist es schwer vereinbar, dass das europäische Versprechen von
1051 Humanität
1052 und Rechtsstaatlichkeit für Tausende jährlich an Stacheldraht und
1053 Patrouillenbooten
1054 zerschellt.

1055 Dem Versuch, Geflüchtete rechtswidrig zurückzudrängen, stellen wir uns
1056 entschieden entgegen.
1057 Menschen, die bei uns in Europa ankommen, müssen zuverlässig registriert,
1058 erstversorgt und
1059 menschenwürdig untergebracht werden. Das Recht auf Einzelfallprüfung und das
1060 Nichtzurückweisungsgebot gelten dabei immer und überall.

1061 Trotz dieser völker- und europarechtlich verbrieften Prinzipien erleben wir an
1062 Europas
1063 Außengrenzen immer wieder systematische Rechtsbrüche. Menschen sind
1064 Misshandlungen
1065 ausgesetzt, ihnen wird der Zugang zum Asylverfahren verweigert oder sie werden
1066 in Seenot
1067 ihrem Schicksal überlassen. Wir setzen uns dafür ein, dass illegale Pushbacks
1068 rechtlich und
1069 politisch konsequent geahndet werden. Wir wollen außerdem das staatliche und
1070 zivilgesellschaftliche Menschenrechtsmonitoring durch die EU-Grundrechteagentur
1071 weiter
1072 ausbauen. Gleichzeitig bedarf es einer engmaschigen parlamentarischen Kontrolle
1073 von Frontex-
1074 Einsätzen und einer systematischen Menschenrechtsbeobachtung vor Ort. Hilfs- und
1075 Menschenrechtsorganisationen benötigen jederzeit Zugang zu den Geflüchteten und
1076 den

1077 Grenzregionen. Kooperationen der EU mit Drittstaaten müssen immer auf der Basis
1078 von Grund-
1079 und Menschenrechten erfolgen. Die Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache
1080 wollen wir
1081 endlich beenden.

1082 Wir stehen entschlossen an der Seite der vielen Engagierten, die Geflüchtete
1083 versorgen und
1084 beraten. Wir wollen sicherstellen, dass Presse, NGOs und Anwält*innen
1085 ungehindert Zugang zu
1086 ihnen haben, um ihrem humanitären Engagement nachzugehen. Die Bedarfe von
1087 besonders
1088 schutzbedürftigen Gruppen wie Frauen, queeren Menschen, Kindern oder Menschen
1089 mit
1090 Behinderungen müssen wir dabei besonders in den Blick nehmen. Kinder, die sich
1091 allein auf
1092 den Fluchtweg machen, müssen wir besser vor kriminellen Strukturen schützen. Sie
1093 müssen
1094 kindergerecht untergebracht und versorgt werden.

1095 Spurwechsel, Migrations- und Rückführungsabkommen

1096 Alle Menschen, die in Europa Schutz suchen, haben ein Recht auf faire und
1097 rechtsstaatliche
1098 Asylverfahren. Wir fordern, dass sie dabei Zugang zu unabhängigen Asylberatungen
1099 haben, um
1100 ihre Rechte zu kennen und durchzusetzen. Auch im Rahmen von möglichen
1101 Grenzverfahren muss
1102 eine unabhängige Rechtsberatung gewährleistet sein.

1103 Gleichzeitig wissen wir, dass nicht alle Asylverfahren zu einer
1104 Aufenthaltserlaubnis führen.
1105 Wer nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen
1106 Voraussetzungen sowie
1107 nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat, muss
1108 zügig wieder
1109 ausreisen – sofern dem keine Abschiebehindernisse entgegenstehen. Rückführungen
1110 sind immer
1111 mit besonderen menschlichen Härten verbunden. Wir wollen, dass die freiwillige
1112 Rückkehr
1113 Vorrang vor zwangsweisen Rückführungsmaßnahmen hat. Deshalb setzen wir uns für
1114 eine
1115 europaweite, ergebnisoffene und unabhängige Rückkehrberatung ein.

1116 Klar ist auch, dass Menschen nicht in Staaten abgeschoben werden dürfen, in
1117 denen ihnen
1118 Menschenrechtsverletzungen oder eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben
1119 drohen. Eine
1120 Rückführung darf nur in Länder erfolgen, zu denen die betroffene Person eine
1121 klare
1122 Verbindung hat. Das Konzept der sicheren Drittstaaten finden wir weiterhin
1123 falsch. Der

1124 Abschluss von sogenannten Rückführungs- oder Migrationsabkommen muss
1125 menschenrechtsbasiert,
1126 die Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten partnerschaftlich und auf Augenhöhe
1127 erfolgen.

1128 Sie darf nicht von finanzieller Unterstützung im Rahmen der
1129 Entwicklungszusammenarbeit
1130 abhängig gemacht werden.

1131 Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten finden wir falsch, denn es löst keine
1132 Probleme.

1133 Was hilft, ist: alle Asylverfahren beschleunigen und die Qualität der
1134 Entscheidung
1135 verbessern. Länder, die ihren Staatsbürger*innen eine sichere Rückkehr
1136 garantieren, sollen
1137 über Visaerleichterungen oder Ausbildungspartnerschaften eine Aussicht auf
1138 geordnete
1139 Migration erhalten. Menschen, die schwere Straftaten begangen haben, müssen nach
1140 Verbüßung
1141 ihrer Strafe prioritär zurückgeführt werden.

1142 Viele Geflüchtete leben bereits lange in Europa, bringen sich ein und stehen in
1143 Beschäftigungsverhältnissen. Wir wollen ihnen eine bessere Perspektive geben.

1144 Denn es ist
1145 nicht zumutbar, dass Menschen trotz tiefer Verwurzelung in die europäische
1146 Gesellschaft
1147 täglich Sorge vor einer Abschiebung haben müssen. Wir setzen uns deshalb für
1148 einen
1149 Spurwechsel ins europäische Einwanderungssystem ein.

1150 Menschen in Seenot retten

1151 Jedes Jahr sterben Tausende Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren.

1152 Als EU ist
1153 es unsere Verpflichtung, die Augen vor diesem unerträglichen Zustand nicht zu
1154 verschließen.
1155 Kein Mensch sollte für das Recht, um Asyl zu ersuchen, das eigene Leben oder das
1156 der Familie
1157 und Kinder riskieren müssen. Wir dürfen nicht länger hinnehmen, dass das
1158 Mittelmeer die
1159 tödlichste Grenze der Welt bleibt.

1160 Das Völkerrecht verpflichtet uns dazu, Menschen in Seenot zu retten. Es braucht
1161 endlich eine

1162 europäische Initiative für eine zivile, flächendeckende und staatlich
1163 koordinierte
1164 Seenotrettung. Wir stehen an der Seite der Seenotretter*innen, die Menschenleben
1165 retten.

1166 Alle Mitgliedstaaten der EU sind dafür verantwortlich, zu gewährleisten, dass
1167 Seenotrettungsorganisationen ihre Einsätze gefahrlos absolvieren können. Der
1168 erfolgte
1169 Einstieg Deutschlands in die finanzielle Unterstützung privater Seenotrettungs-
1170 NGOs ist hier

1171 ein wichtiger Schritt. Die Seenotrettungsschiffe dürfen nicht durch Behörden in
1172 ihrer Arbeit
1173 behindert werden. Rettungsschiffe müssen die Gelegenheit haben, den
1174 nächstgelegenen sicheren
1175 Hafen anzulaufen, damit die Menschen an Land gehen und versorgt werden können.
1176 Ein Auslaufen
1177 von Rettungsschiffen darf nicht behindert und Seenotrettung nicht kriminalisiert
1178 werden. Um
1179 Menschenleben zu retten, treten wir für die Verbesserung der staatlichen, unter
1180 anderem
1181 finanziellen, Unterstützung ziviler Organisationen ein. Wenn Menschen von
1182 Seenotrettungsschiffen aufgenommen werden, müssen sie Zugang zum Antrag auf Asyl
1183 erhalten.

1184 Sichere und legale Fluchtwege schaffen

1185 Der wirksamste Weg, irregulärer Migration entgegenzuwirken, ist die Schaffung
1186 sicherer und
1187 legaler Migrationswege. So schützen wir nicht nur Menschenleben, sondern legen
1188 auch
1189 Schleuser*innen das Handwerk.

1190 Wir setzen deshalb auf partnerschaftliche Mobilitäts- und Migrationsabkommen mit
1191 Staaten
1192 außerhalb der EU. Diese sollen vor allem Wege zur Bildungs- und Arbeitsmigration
1193 schaffen
1194 und können gleichzeitig die menschenrechtlich abgesicherte Rückführung
1195 abgelehnter
1196 Asylbewerber*innen umfassen.

1197 Wir setzen uns dafür ein, das Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks
1198 UNHCR deutlich
1199 auszubauen und zu stärken. So können durch die Vereinten Nationen (UN)
1200 anerkannte und
1201 besonders schutzbedürftige Geflüchtete geordnet und solidarisch auf die
1202 Aufnahmeländer
1203 verteilt werden. Wir wollen, dass sich der Anteil nach der Wirtschaftskraft der
1204 Staaten
1205 bemisst. Das EU-Resettlement muss sich dabei an den UNHCR-Kriterien orientieren
1206 und darf das
1207 individuelle Recht auf Asyl nicht schwächen.

1208 Mit der Erteilung von humanitären Visa wollen wir sicherstellen, dass
1209 Asylsuchende Europa
1210 erreichen können, ohne ihr Leben zu gefährden. Als EU müssen wir in besonderem
1211 Maße unserer
1212 Verantwortung gegenüber ehemaligen Ortskräften sowie besonders gefährdeten
1213 Afghan*innen und
1214 ihren Familien gerecht werden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass
1215 Aufnahmeprogramme
1216 gestärkt werden. Afghanischen Frauen, die in Drittstaaten geflohen sind und
1217 denen seit der

1218 Machtübernahme der Taliban ein Studium in ihrem Heimatland untersagt ist, wollen
 1219 wir mit
 1220 einem europäischen Stipendienprogramm ermöglichen, ihr Studium fortzusetzen.
 1221 Wir treten dafür ein, dass Geflüchtete ihre Angehörigen nachholen können.
 1222 Familien gehören
 1223 zusammen. Gleichzeitig unterstützen stabile Lebensverhältnisse die Integration.

1224 6. Ein vereintes Vorgehen gegen Kriminalität

1225 Polizeiliche Zusammenarbeit stärken

1226 Ein starker Raum der Freiheit und Freizügigkeit braucht handlungsfähige
 1227 Institutionen, die
 1228 Recht und Demokratie schützen, und er braucht Männer und Frauen, die oft unter
 1229 großem
 1230 persönlichen Einsatz diesen Auftrag erfüllen. Kriminalität findet
 1231 grenzüberschreitend statt
 1232 und verursacht enorme Schäden – sie bedroht die individuelle Sicherheit aller
 1233 Menschen,
 1234 unsere Lebensqualität, unseren Wohlstand. Die EU muss darauf antworten: Die
 1235 zunehmende
 1236 Vernetzung unserer Gesellschaft und Wirtschaft muss sich auch in der
 1237 Zusammenarbeit unserer
 1238 Sicherheitsbehörden widerspiegeln. Moderne und effiziente Polizei- und
 1239 Justizarbeit muss in
 1240 einem vereinten Europa ebenfalls grenzüberschreitend stattfinden sowie im
 1241 Einklang mit
 1242 Bürger*innen-Rechten und rechtsstaatlichen Standards operieren. Wir setzen auf
 1243 wirksame
 1244 Prävention und gemeinsame Strafverfolgung.
 1245 Die europäische Polizeibehörde Europol wollen wir dafür ausbauen. Europol soll
 1246 eigene
 1247 operative Möglichkeiten für die Bekämpfung von Terrorismus und Organisierter
 1248 Kriminalität
 1249 (OK) bekommen. Das Europol-Informationssystem (EIS) entwickeln wir weiter, um
 1250 den
 1251 Datenaustausch zu verbessern. Die Aufsicht von Europol durch das Europäische
 1252 Parlament
 1253 wollen wir stärken, um Transparenz sicherzustellen. Neben dem Ausbau von Europol
 1254 sind
 1255 Austausch und Vernetzung der europäischen Polizei ein Schlüssel zum Erfolg: Die
 1256 polizeiliche
 1257 Zusammenarbeit fördern wir durch den Ausbau gemeinsamer Joint-Investigation-
 1258 Teams, die in
 1259 enger Zusammenarbeit Ermittlungen durchführen. Gemeinsame Zentren der Polizei in
 1260 Grenzregionen bauen wir auf Ebene der EU aus.
 1261 Vor allem wollen wir die europäische Perspektive in Praxis und Theorie der
 1262 Polizeiarbeit

1263 stärken: Wir schaffen ein europaweites, gefördertes Austauschprogramm für
1264 Polizist*innen,
1265 bauen die Kooperation und Forschung an Polizeihochschulen und Universitäten aus
1266 – und
1267 stärken so eine wissenschaftsbasierte Kriminalpolitik. Auch Drittstaaten wollen
1268 wir hierbei
1269 einbeziehen.

1270 Organisierte Kriminalität bekämpfen

1271 Organisierte Kriminalität (OK) schädigt Menschen europaweit. Sie kostet
1272 Steuerzahler*innen
1273 und Unternehmen Milliardenbeträge. Sie kann Demokratie und Rechtsstaat
1274 unterwandern.
1275 Beispiele hierfür sind die Mordanschläge auf investigative Journalist*innen, die
1276 Unterwanderung legaler Wirtschaftsbereiche oder die politische Einflussnahme
1277 durch
1278 Korruption. Damit schädigt die OK insbesondere wirtschaftlich schwache Regionen
1279 in Europa
1280 und hindert deren Entwicklung. Wir wollen entschlossen und gemeinsam gegen
1281 Organisationen
1282 der OK vorgehen. Gruppierungen wie die Mafia nehmen wir dabei besonders in den
1283 Blick. Dafür
1284 stärken wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Kriminalpolizei und
1285 Justiz. Die
1286 europäischen Gesetze zur Bekämpfung der OK wollen wir harmonisieren.

1287 Die organisierte Wirtschaftskriminalität betrachten wir stärker, schützen so
1288 auch
1289 Verbraucher*innen vor Betrug und Unternehmen vor unfairem Wettbewerb. Den Kampf
1290 gegen die
1291 unterschiedlichen Formen des Menschenhandels wollen wir konsequent führen und
1292 den Opfern
1293 besonderen Schutz zukommen lassen. Ein Schwerpunkt für uns ist die Bekämpfung
1294 der
1295 Umweltkriminalität und Agromafia: Die illegale Entsorgung von Müll, der illegale
1296 Holzeinschlag oder der Handel mit fragwürdig erzeugten Lebensmitteln verursachen
1297 enorme
1298 Schäden für Mensch und Umwelt. Den Handel mit illegalen Drogen werden wir
1299 eindämmen. Ein
1300 nachhaltiges Vorgehen gegen kriminelle Aktivitäten kann nur in Zusammenarbeit
1301 mit der
1302 Zivilgesellschaft gelingen und muss auf Prävention setzen. Daher werden wir
1303 zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen, die sich gegen die OK
1304 engagieren.

1305 Gegen Geldwäsche vorgehen

1306 Geldwäsche und Finanzkriminalität verursachen hohe finanzielle Schäden für Staat
1307 und
1308 Gesellschaft. Allein in Deutschland werden schätzungsweise rund 100 Milliarden

1309 Euro jährlich
1310 „gewaschen“. Der Skandal um die Wirecard AG hat viele Tausende von
1311 Kleinanleger*innen
1312 geschädigt. Wir wollen entschieden gegen Geldwäsche und Finanzkriminalität
1313 vorgehen. Auch
1314 den organisierten Steuer- oder Subventionsbetrug werden wir ins Visier nehmen.
1315 Finanzermittlungen bieten häufig erste Ermittlungsansätze und können helfen,
1316 kriminellen
1317 Gruppen die Geschäftsgrundlage zu entziehen. Für uns ist klar: Kriminalität darf
1318 sich nicht
1319 lohnen!

1320 Die neue europäische Anti-Geldwäschebehörde AMLA wollen wir zu einer
1321 schlagkräftigen
1322 Institution im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung entwickeln.
1323 Wir drängen
1324 darauf, dass alle EU-Mitgliedstaaten nun ohne Verzug europäische und
1325 internationale
1326 Standards zur Bekämpfung der Geldwäsche national umsetzen. Zusätzlich soll der
1327 automatische
1328 Austausch von Steuerinformationen intensiviert werden. Wir setzen uns dafür ein,
1329 dass
1330 international auf Ebene der G7/G20 ein Anti-Geldwäsche-Aktionsplan
1331 vorangetrieben wird. Wir
1332 setzen uns für ein europäisches Vermögensregister ein. Behörden sollten
1333 europaweit die
1334 wirtschaftlichen Eigentümer von Vermögensgegenständen einsehen dürfen, die von
1335 Kriminellen
1336 regelmäßig für Geldwäsche missbraucht werden. Schlupflöcher und
1337 Umgehungsmöglichkeiten der
1338 Transparenzregister, die zur Bekämpfung von Geldwäsche und
1339 Terrorismusfinanzierung dienen,
1340 werden wir weiter einschränken. Der Zugang zu den Transparenzregistern soll für
1341 die
1342 Zivilgesellschaft, Journalist*innen und andere Gruppen mit berechtigtem
1343 Interesse einfach,
1344 kostenfrei und anonym möglich sein. Immobilien müssen wirksam vor Spekulationen
1345 durch
1346 illegales Geld geschützt werden. So schützen wir auch Mieter*innen. Dafür werden
1347 wir die
1348 Transparenzvorschriften und Kontrollen beim Immobilienerwerb verbessern. Die
1349 grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden und Instrumente
1350 im Bereich
1351 Vermögensabschöpfung wollen wir verbessern. Vermögen unklarer Herkunft in
1352 Zusammenhang mit
1353 kriminellen Aktivitäten muss einfacher eingezogen werden können. Für Bargeld
1354 werden wir EU-
1355 weit gültige Höchstgrenzen festlegen, um den Transfer von inkriminierten
1356 Finanzmitteln zu
1357 erschweren. Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung OLAF werden wir personell
1358 und
1359 finanziell stärken, damit es wirksam gegen Betrugs- oder Korruptionsstraftaten,

1360 zum Beispiel

1361 die Veruntreuung von europäischen Fördergeldern, vorgehen kann.

1362 Terrorismus das Handwerk legen

1363 Terroristische Anschläge oder Gewalttaten, derzeit hauptsächlich islamistisch

1364 und

1365 rechtsextrem motiviert, erzeugen unermessliches menschliches Leid. Sie stellen

1366 eine enorme

1367 Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar. Terrornetzwerke reichen oft über den

1368 gesamten

1369 Kontinent und darüber hinaus. Die EU kann und muss hier einen wirkungsvollen

1370 Beitrag zum

1371 Schutz leisten. Eine konsequente und gut abgestimmte polizeiliche wie

1372 nachrichtendienstliche

1373 europaweite Zusammenarbeit mit einheitlichen Standards und Definitionen ist

1374 notwendig, um

1375 dem Terror das Handwerk zu legen. Wir wollen hierfür die Stelle des Anti-Terror-

1376 Koordinators

1377 bzw. der Anti-Terror-Koordinatorin der EU aufwerten und die Mitgliedstaaten zu

1378 mehr

1379 Austausch und Kooperation verpflichten.

1380 Gute Präventionsarbeit ist das beste Mittel, damit Menschen nicht in die

1381 politische

1382 Gewaltszene und den Terrorismus abrutschen. Dafür brauchen wir den europaweiten

1383 Erfahrungsaustausch demokratischer Kräfte, den wir finanziell fördern wollen.

1384 Dazu zählt die

1385 Bildungsarbeit an Schulen oder Jugendeinrichtungen. Programme zur

1386 Deradikalisierung oder

1387 Angebote für Aussteiger*innen aus der islamistischen oder rechtsextremen Szene

1388 wollen wir

1389 EU-weit etablieren. Die Entwicklung anderer und neuer Extremismusformen

1390 beobachten wir

1391 genau. Onlineplattformen spielen eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von

1392 Terrorpropaganda. Wir wollen, dass Onlineplattformen entschiedener dagegen

1393 vorgehen und

1394 entsprechende Inhalte löschen.

1395 Durch eine entschiedene Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung wollen wir dem

1396 Terror die

1397 operative Grundlage entziehen. Wir richten den Blick darauf, wo sich

1398 terroristische und

1399 kriminelle Strukturen überschneiden. So unterbinden wir den Zugang zu

1400 Schwarzmärkten und

1401 legen wichtige Finanzquellen trocken. Wir setzen uns für gemeinsame Standards

1402 und einen

1403 intensiven Austausch bei der Verfolgung von Terrorist*innen ein.

1404 Bei der Beobachtung potenzieller Gewalttäter*innen braucht es ein europaweit

1405 einheitliches

1406 Vorgehen, damit die Sicherheitsbehörden nicht aus administrativen Gründen ihre

1407 Spur
1408 verlieren. Den Begriff des „Gefährders“ wollen wir deshalb EU-weit einheitlich
1409 definieren,
1410 um eine grenzüberschreitende Fallbearbeitung sicherzustellen.

1411 Schwere Gewalttaten und Terroranschläge haben in der Vergangenheit immer wieder
1412 gezeigt,
1413 dass Schusswaffen oder Ausgangsstoffe für Explosivstoffe zu leicht verfügbar
1414 sind. Wir
1415 wollen die Verfügbarkeit von illegalen Schusswaffen einschränken und den
1416 Schwarzmarkt
1417 austrocknen. Für sogenannte Anscheinswaffen, beispielsweise Sammlerstücke,
1418 wollen wir
1419 wirksame europäische Standards einführen, damit eine Reaktivierung der Waffen
1420 nicht mehr
1421 möglich ist. Waffen und relevante Waffenteile müssen lückenlos registriert
1422 werden. Wir
1423 setzen uns für gemeinsame und strenge Standards für die Zuverlässigkeitsprüfung
1424 für
1425 Waffenbesitzer*innen ein. Den Missbrauch von Ausgangsstoffen von Explosivstoffen
1426 wollen wir
1427 durch ein strenges Monitoring unterbinden.

1428 Nachrichtendienste effektiv aufstellen

1429 Grenzüberschreitender Terrorismus, geheimdienstliche Aktivitäten,
1430 Wirtschaftsspionage oder
1431 Desinformationskampagnen bedrohen unsere liberale und offene Gesellschaft.
1432 Besonders
1433 autoritäre Staaten wie China, Russland oder Iran nehmen dabei die gesamte EU in
1434 den Blick
1435 und koordinieren ihre Vorgehen in den verschiedenen Mitgliedstaaten. Beispiele
1436 hierfür sind
1437 Angriffe auf Oppositionelle oder auf unsere Kritischen Infrastrukturen (KRITIS).
1438 Dem müssen
1439 wir uns in Europa gemeinsam und entschlossen entgegenstellen. Die
1440 Nachrichtendienste spielen
1441 dabei eine wichtige Rolle und sind Teil einer wehrhaften Demokratie.

1442 Bisher wird ihre Arbeit aber oft dadurch behindert, dass Informationen und
1443 Erkenntnisse
1444 europaweit nicht ausreichend geteilt werden. Wir fordern effektive und
1445 demokratische
1446 Nachrichtendienste, damit wir die Sicherheit der EU global besser gewährleisten
1447 können.
1448 Deshalb wollen wir für eine bessere und rechtsstaatliche Zusammenarbeit der
1449 europäischen
1450 Nachrichtendienste eine europäische Nachrichtendienstagentur gründen. Dort soll
1451 in den
1452 Mitgliedstaaten gesammeltes Wissen, unter Einhaltung strenger rechtlicher
1453 Vorgaben,
1454 zusammengeführt und ausgewertet werden, um die Analysefähigkeit zu stärken. Es

1455 braucht
1456 demokratisch legitimierte und rechtsstaatliche Kontrollmechanismen der Agentur,
1457 die unter
1458 Einbeziehung des Europäischen Parlaments erarbeitet werden. Wir setzen uns dafür
1459 ein, dass
1460 nachrichtendienstliche Befugnisse europaweit auf klaren Rechtsgrundlagen stehen,
1461 effektiv
1462 begrenzt werden und eine parlamentarische Kontrolle in allen Mitgliedstaaten
1463 eingehalten
1464 wird. Einen rechtswidrigen Ringtausch von fragwürdig erlangten Daten unter den
1465 Nachrichtendiensten lehnen wir ab. Darüber hinaus setzen wir uns für eine
1466 bessere Vernetzung
1467 und Kooperation der mitgliedstaatlichen Aufsichtsbehörden auf der europäischen
1468 Ebene ein.

1469 Gemeinsame Strafverfolgung ausbauen

1470 Eine effiziente und gemeinsame Verfolgung von Straftaten braucht einen
1471 einheitlichen
1472 europäischen Rechtsrahmen – das gilt für das gesamte Spektrum, von der
1473 Organisierten
1474 Kriminalität bis hin zu Hasskriminalität. Dafür wollen wir insbesondere das
1475 Strafrecht
1476 weiter harmonisieren. Hasskriminalität wollen wir in die Liste der EU-Straftaten
1477 aufnehmen,
1478 damit sie europaweit verfolgt werden kann.

1479 Um Recht in Europa durchzusetzen, wollen wir die europäischen Strukturen
1480 stärken: Die
1481 Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
1482 (Eurojust)
1483 wollen wir personell und finanziell besser ausstatten und die Europäische
1484 Staatsanwaltschaft
1485 (EUStA) ausbauen. Sie soll zukünftig eigene Ermittlungen bei
1486 grenzüberschreitenden
1487 Sachverhalten im Bereich von Terrorismus und OK führen. Grenzüberschreitende
1488 Strafverfahren
1489 wollen wir vereinfachen und in einem Land bündeln, damit sie gemeinsam
1490 durchgeführt werden
1491 können. Durch die Digitalisierung des grenzüberschreitenden elektronischen
1492 Rechtsverkehrs
1493 unter Wahrung der IT-Sicherheit und des Datenschutzes schaffen wir eine
1494 schnellere und
1495 effizientere Zusammenarbeit der Justiz in Europa.

1496 Im Zentrum stehen die Rechte der Bürger*innen: Wir treten für einen effektiven
1497 Rechtsschutz
1498 von Beschuldigten und Verteidiger*innen ein. Hinweisgeber*innen, Zeug*innen und
1499 investigative Journalist*innen spielen eine herausragende Rolle bei der
1500 Aufklärung von
1501 Straftaten und Rechtsverstößen. Wir wollen sie deshalb besser schützen. Dafür
1502 schlagen wir

1503 ein EU-Netz vor, das europaweit einen wirksamen Schutz für Menschen bietet, die
1504 bei der
1505 Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten mitwirken. All das soll Menschen dabei
1506 unterstützen, bei der Aufklärung von Verbrechen sicher mit der Justiz
1507 zusammenzuarbeiten.
1508 Das wollen wir nutzen. Aussagen von Kronzeug*innen sollen künftig eine größere
1509 Rolle bei der
1510 grenzüberschreitenden Strafverfolgung spielen.

1511 Die Bevölkerung schützen

1512 Naturkatastrophen, schwere Unglücke oder humanitäre Notlagen: Außerordentliche
1513 Notsituationen können das Leben Tausender Menschen auf den Kopf stellen und
1514 gigantische
1515 Umweltschäden nach sich ziehen. Ebenso können Angriffe auf unsere Kritische
1516 Infrastruktur
1517 unabsehbare Auswirkungen haben. Sie sind die Lebensadern unserer modernen
1518 Gesellschaft. Sie
1519 versorgen uns mit Energie oder Informationen. Einzelne Mitgliedstaaten sind mit
1520 Bedrohungen
1521 dieses Ausmaßes schnell überfordert. Die EU kann durch eigene Ressourcen und
1522 Koordination
1523 praktisch helfen – und so Sicherheit und Wohlstand auf unserem Kontinent
1524 schützen. Wir
1525 wollen den physischen und digitalen Schutz von KRITIS verbessern und
1526 zusammendenken. Dabei
1527 nehmen wir transnationale Netze stärker in den Blick. Ein verbindliches IT-
1528 Schwachstellenmanagement führen wir ein, um Attacken auf digitale Systeme zu
1529 verhindern.

1530 Durch die Klimakrise drohen Extremwetterereignisse mit ihren teilweise
1531 unabsehbaren Folgen
1532 weiter zuzunehmen. Eine Stärkung des europäischen Bevölkerungsschutzes kann
1533 dabei helfen,
1534 Schäden zu reduzieren. Wir wollen das europäische Katastrophenschutzverfahren
1535 weiter stärken
1536 und mit eigenen europäischen Fähigkeiten ausstatten. Dafür wollen wir zunächst
1537 eine echte
1538 europäische Löschflugzeugstaffel aufstellen und in die rescEU-Reserve einbinden.
1539 Den
1540 gesundheitlichen Bevölkerungsschutz und zum Beispiel Kapazitäten zur Hilfe bei
1541 Erdbeben oder
1542 anderen Großschadenslagen wollen wir ausbauen.

1543 7. Digitale Bürgerrechte

1544 Menschenrechte in einer digitalen Welt sichern

1545 Die schnell fortschreitende Digitalisierung hat einen enormen Einfluss auf die
1546 Art, wie wir

1547 zusammen leben. Deswegen entwickeln wir auf der Grundlage unserer Werte eine
1548 Menschenrechtspolitik für das digitale Zeitalter. Wir wollen die EU dabei als
1549 Vorbild und
1550 Partnerin für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in einer globalisierten
1551 digitalen Welt
1552 stärken. Dazu müssen wir bei der Gestaltung der digitalen Dimension die Rechte
1553 der Menschen
1554 immer mitdenken. Menschen haben das Recht, selbstbestimmt zu leben und weder von
1555 KI noch
1556 anderen Technologien vereinnahmt zu werden.

1557 Wir treten dafür ein, dass der digitale Raum stärker unsere vielfältige
1558 Gesellschaft
1559 abbildet und bestehende Diskriminierung nicht in den digitalen Raum übertragen
1560 wird. Wir
1561 fördern das konsequente Vorgehen gegen Diskriminierung und eine aktive
1562 Beteiligung von
1563 Frauen an den Gestaltungspositionen der Digitalisierung.

1564 Instrumente der Massenüberwachung lehnen wir daher ab. Dazu gehört etwa die
1565 anlasslose
1566 Vorratsdatenspeicherung, biometrische Gesichtserkennung, die Überwachung von
1567 Verhalten oder
1568 Emotionen. Besonders KI-gestützte Technologien zur Erkennung von Emotionen oder
1569 die
1570 Zuschreibungen von teils höchst persönlichen Eigenschaften wie Geschlecht,
1571 sexuelle
1572 Orientierung, politische oder gewerkschaftliche Zugehörigkeit lehnen wir
1573 aufgrund der hohen
1574 Wahrscheinlichkeit für Fehler und der möglichen Auswirkungen auf bereits
1575 marginalisierte
1576 Gruppen ab. Die Forschung und der Einsatz besonders von Emotionserkennung zur
1577 Unterstützung
1578 im medizinischen und sozialen Bereich sollen davon aber nicht betroffen sein.
1579 Das Recht auf
1580 eine sichere Kommunikation und Verschlüsselung wollen wir stärken und ausbauen.
1581 Sie ist
1582 gerade für eine freie Presseberichterstattung oder für die Arbeit von
1583 oppositionellen
1584 Kräften in autoritären Ländern von entscheidender Bedeutung.

1585 Der anlasslosen Verarbeitung von umfassenden Fluggastdaten und der Ausweitung
1586 entsprechender
1587 Systeme auf andere Sektoren treten wir klar entgegen. Auch in der EU wird
1588 Spyware
1589 eingesetzt, die tief in die Privatsphäre eindringt. Die Verwendung von Spyware,
1590 zum Beispiel
1591 zur Überwachung von Journalist*innen oder Staatsanwält*innen, lehnen wir ab.

1592 Gegen Hass im Netz vorgehen

1593 Der Zugang zu verlässlichen Informationen und Nachrichten ist eine Voraussetzung
1594 der
1595 Demokratie. Soziale Medien und andere moderne Kommunikationsplattformen erlauben
1596 es heute,
1597 dass Informationen und Nachrichten auf unterschiedlichste Weise aufbereitet und
1598 diskutiert
1599 werden können.

1600 Durch Propagandakampagnen wird die demokratische Meinungsbildung gefährdet.
1601 Wahlen sollen
1602 bewusst mit Mitteln der Desinformation beeinflusst werden. Wir treten dafür ein,
1603 dass
1604 Sanktionen gegen staatliche Propagandaplattformen, die gezielt Desinformationen
1605 verbreiten,
1606 etwa Russia Today, konsequent durchgesetzt werden. Wir wollen, dass regelmäßig
1607 und
1608 europaweit Lagebilder zu Desinformationen erstellt werden, um die Grundlage für
1609 eine
1610 effektive Bekämpfung zu schaffen.

1611 Hass, Hetze und Desinformation greifen gezielt die offene Debatte an diesen
1612 Orten an. Mit
1613 offenem Frauenhass wird versucht, Frauen aus dem digitalen Raum zu drängen.
1614 Algorithmen und
1615 Targeting dominanter Digitalplattformen tragen dazu einen wesentlichen Beitrag,
1616 indem sie
1617 Hassnachrichten und Desinformation verstärkt verbreiten. In der Folge ziehen
1618 sich von
1619 Hassrede betroffene Personen häufig zurück oder schränken ihre Meinungsäußerung
1620 ein – zum
1621 Schaden der demokratischen Debatte.

1622 Die algorithmische Verstärkung von Hass und Hetze nehmen wir ins Visier. Mit dem
1623 Digitale-
1624 Dienste-Gesetz und dem Digitale-Märkte-Gesetz haben wir in Europa die
1625 Grundsteine gelegt, um
1626 mit Nutzer*innen-Rechten, Transparenz und klaren Regeln Hassrede
1627 entgegenzutreten, ein
1628 demokratischeres Internet zu schaffen und Wettbewerb wiederherzustellen. Diese
1629 Regeln gilt
1630 es, jetzt in Deutschland und Europa konsequent durchzusetzen und
1631 weiterzuentwickeln.

1632 Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen von Hass und Hetze betroffene
1633 Personen
1634 einfacher bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen können. Dafür wollen wir
1635 auch eine
1636 europaweite Opferberatung und niedrigschwellige Hilfsangebote etablieren. Die
1637 Einrichtung
1638 von Spezialdienststellen bei Polizei und Staatsanwaltschaften in den
1639 Mitgliedstaaten wollen

1640 wir unterstützen. Die konsequente Durchsetzung des Strafrechts kann auch durch
1641 die rechtlich
1642 gesicherte automatisierte Erkennung von strafrechtlich relevantem Material, zum
1643 Beispiel
1644 Hassposts, unterstützt werden, das anschließend von den Ermittlungsbehörden
1645 überprüft wird.
1646 Europol soll gegen europaweit agierende Netzwerke vorgehen, die gezielt Hass und
1647 Hetze im
1648 Netz verbreiten.

1649 Gleichzeitig können auch klassische Medien bei der Verbreitung von
1650 Desinformation eine
1651 wichtige Rolle spielen, wenn sie zum Beispiel Informationen ohne Überprüfung aus
1652 den
1653 sozialen Medien übernehmen oder gar selbst aktiv bei der Verbreitung von
1654 Falschinformationen
1655 mitwirken. Die Verbreitung von hochwertigen gefälschten Videos, sogenannten
1656 Deepfakes, oder
1657 durch KI manipulierten Bildern lässt Desinformationen noch glaubwürdiger
1658 erscheinen und ist
1659 für viele Menschen nur schwer erkennbar. Daher haben wir im Rahmen des KI-
1660 Gesetzes
1661 erfolgreich die adäquate Kennzeichnung der Deepfakes verankert. Ein wichtiger
1662 Baustein der
1663 Bekämpfung von Desinformationen in einer Demokratie liegt in der Stärkung der
1664 Informationskompetenz, damit Menschen besser Desinformationen erkennen können.

1665 Sogenannte Social Bots, die automatisch Inhalte in sozialen Medien verbreiten,
1666 sollen
1667 entsprechend gekennzeichnet und somit unterscheidbar von menschlichen
1668 Nutzer*innen werden.

1669 Europas IT schützen

1670 Wenn unsere digitale Infrastruktur eine immer wichtigere Rolle für unser
1671 Zusammenleben
1672 spielt, kommt ihrem Schutz eine große Bedeutung bei. Der beste Schutz vor
1673 Cybercrime aber
1674 liegt in der Prävention und in der Resilienz digitaler Systeme. Wir sorgen für
1675 eine
1676 konsequente Etablierung von hohen IT-Sicherheitsanforderungen in digitalen
1677 Produkten,
1678 Diensten und Prozessen. Wir setzen uns für eine zügige Umsetzung der
1679 aktualisierten EU-
1680 Richtlinie zur Cybersicherheit ein, um ein EU-weites Sicherheitsniveau zu
1681 etablieren. Wir
1682 wollen die europäische Kooperation im Bereich der Cyberabwehr deutlich stärken.
1683 Die Agentur
1684 der Europäischen Union für Cybersicherheit entwickeln wir hierfür weiter.

1685 Der Cyberraum wird zunehmend Schauplatz von Kriegen und Konflikten. Das sehen
1686 wir

1687 eindringlich in der Ukraine, wo die militärische Aggression Russlands von
1688 Cyberoperationen
1689 begleitet wird. Auch Cyberattacken etwa auf digitale Wahl- und
1690 Verwaltungssysteme sind eine
1691 Bedrohung für unsere Demokratie und Sicherheit. Wir setzen uns für einen norm-
1692 und
1693 regelbasierten Cyberraum ein, der von Diplomatie und internationaler
1694 Zusammenarbeit geprägt
1695 ist. Gleichzeitig geht Cybersicherheit mit digitaler Souveränität einher. Hier
1696 wollen wir
1697 Kompetenzen in der EU ausbauen.

1698 Wir wollen in Europa die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für
1699 sichere „Digitale
1700 Botschaften“ schaffen. Damit sollen staatliche und öffentlich relevante
1701 Datenbanken und
1702 technische Infrastrukturen in anderen europäischen Mitgliedstaaten gesichert
1703 vorgehalten
1704 werden können, um auch in Krisen- und Kriegssituationen die Arbeitsfähigkeit und
1705 den Zugang
1706 zu Daten, zum Beispiel von Parlamenten, der öffentlichen Verwaltung, der Justiz
1707 oder den
1708 Sozialversicherungen, zu ermöglichen.

1709 Das hohe Tempo der Digitalisierung und die Zunahme digitaler Dienstleistungen
1710 haben auch zu
1711 einer Verlagerung von Straftaten ins Netz geführt. Darauf muss die
1712 Strafverfolgung
1713 reagieren, besonders auf europäischer Ebene, denn Cybercrime kennt ebenso wie
1714 das Internet
1715 keine Grenzen. Dafür stärken wir die Rolle von Europol bei der Bekämpfung von
1716 Kriminalität
1717 im Netz. Auch die europaweite polizeiliche Zusammenarbeit zur Erkennung und
1718 Bekämpfung
1719 stärken wir. So gehen wir auch entschieden gegen die Verbreitung von
1720 sexualisierten
1721 Gewaltdarstellungen von Kindern und Jugendlichen im Netz vor. Wir wollen mit
1722 gezielten
1723 Kampagnen die Bürger*innen für Betrugsdelikte sensibilisieren, die im Internet
1724 begangen
1725 werden.